

Sand im Getriebe 37

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac-austria.org/sig/sig.php email an die Redaktion: sig@attac.de



Weg mit HARTZ IV

Jedoch nicht einfach zurück zum alten Sozialstaat, stattdessen:

Grundeinkommen Mindestlöhne

Deutliche Arbeitszeitverkürzung

Steuergerechtigkeit Umverteilung

Gegen den Sozialabbau findet am 23. September in der **Schweiz** ein **landesweiter Streik- und Aktionstag** statt (S.6) und am 2. Oktober wird es in den **Niederlanden** einen Protesttag geben. Ebenfalls am 2. Oktober wird die Bewegung der **Montagsdemonstrationen** gegen den sozialen Kahlschlag durch Agenda 2010 und Hartz IV in Berlin zu einem vorläufigen Höhepunkt kommen. Inzwischen sind bei einigen Landtagswahlen in Deutschland tektonische Verschiebungen zu beobachten. Die etablierten Parteien reagieren mit Publikumsbeschimpfung und treiben so einen Teil vor allem junger Wähler zu rechtsradikalen Parteien.

Stürmische Zeiten, in denen drei Dinge wichtig sind: Erstens die Interessengegensätze analysieren und benennen (u.a. Schaffung einer Schicht von „working poor“, M.Heinrich S. 3), zweitens das ernsthafte und beständige Ringen nach Solidarität trotz möglicher Differenzen über Forderungen und Aktionsformen (Solidarische Bürgerversicherung, S. 9), drittens das Angehen grundlegender Fragen (z.B. nach der internationalistischen Orientierung der neuen sozialen Bewegungen). Die **Sommerakademien** von ATTAC Deutschland, Österreich und der Schweiz boten dazu Gelegenheit. Einige Beiträge dokumentieren wir hier.

So kritisiert **Christa Wichterich** in einem Beitrag für die Sommerakademie von Attac-Österreich die durch die Globalisierung verursachte skandalöse Arbeitsteilung und Arbeitsbewertung, die Millionen von Frauen zu „Callgirls der globalen Märkte“ macht. Skeptisch gegenüber der Möglichkeit, Vollbeschäftigung wieder herstellen zu können, verlangt sie, dass die Frage der Verteilung von Arbeit wieder ins Zentrum gestellt werden soll, und zwar von aller Arbeit – bezahlter und unbezahlter.

„Eine solche Umverteilung und Umbewertung von Arbeit müsste demokratisch ausgehandelt werden, zwischen den AkteurInnen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.“

Alex Callinicos hat auf der Sommerakademie in Dresden sein „Antikapitalistisches Manifest“ vorgestellt. Als Alternative zu den chaotischen Marktprozessen schlug er eine „**demokratischen Planwirtschaft**“ vor. „Wenn ich von Planung rede, meine ich damit, Mittel und Wege, wie - größtenteils auf horizontaler Ebene - **Netzwerke von Konsumenten und Produzenten** sich demokratisch organisieren können mit dem Ziel, miteinander **auszuhandeln**, was sie produzieren müssen, um ihre Bedürfnisse decken zu können.“

In Dresden wurden auch neue Begriffe wie "Aneignung". "Präkarisierung" und "Umsonst-Kampagnen" vorgeschlagen und ausgelotet. **Christian Zeller** (Attac-Schweiz) nimmt diese Diskussion auf und warnt vor einem verkürzten und verharmlosenden **Aneignungsbegriff**, der einen Bogen um die zentrale Frage, die Eigentumsfrage, schlägt. Ernsthafte Alternativen sollten innerhalb eines weiten Zeithorizonts formuliert werden. Aneignungskonzepte könnten dann Teil einer Übergangsstrategie sein.

„Im Kleinen gewissermaßen das Große vorbereiten.“

Zu den Ergebnisse der **WTO-Runde Ende Juli in Genf** stellen Walden Bello und A. Kwa bitter fest: „Der Übergang von einer konfrontierenden zu einer kooperierenden Strategie und subtilem **Teilen und Herrschen** hat die oberflächliche „Dritte-Welt-Einheit“, die in Cancún entstanden war, auseinander gerissen“. „Der „Entwurf einer Agrarmarkordnung“ der WTO stellt eine Bedrohung für die Armen Indonesiens dar“ (A. Kwa, S. 27). Unterdessen gehen die **Deregulierungsprozesse in der EU** (Bolkenstein-Initiative S.31) weiter und verlangen eine deutliche Antwort der globalisierungskritischen Bewegung. Die trifft sich unter anderem in London zum **Europäischen Sozialforum**, einem Großereignis, von dem wir in der nächsten Nummer von „Sand im Getriebe“ berichten werden.

Gegen Sozialabbau		
Michael Heinrich	Agenda 2010 und Hartz IV: Vom rot-grünen Neoliberalismus zum Protest	3
Regina Richter	Millionen sind stärker als Millionäre!	5
Peter Dzikowski	In der Schweiz »Montagsdemonstrationen« im Gespräch	8
	Aufruf zur Großdemo in Berlin am 2. Oktober 2004	8
Christoph Butterwegge	Die solidarische Bürgerversicherung - Patentrezept für den kranken Sozialstaat?	9
SIG 29-36	Gegen Lohn- und Sozialabbau: Analysen, Berichte, Vorschläge	9
Sommerakademien		
Ilona Plattner	Widerstand bilden – Alternativen entwickeln	14
Rosa Luxemburg	Zitate für die Sommerakademie 2004	11
Christa Wichterich	Demokratisierung von Arbeitsteilung und Arbeitsbewertung	13
Alex Callinicos	Alternativen zum Kapitalismus	
Friedrich Engels	Globalisierung, Privateigentum und Konkurrenz	
Christian Zeller	Zur Debatte um gesellschaftliche Aneignung	
ATTAC-AU	Bericht von der Sommerakademie 2004 in Müzzzuschlag	26
ATTAC-CH	Bericht von der Sommerakademie 2004 in Val d'Hérens	26
Weltwirtschaft		
Walden Bello und A. Kwa	Die Geschichte hinter dem Triumph Washingtons in Genf	27
Aileen Kwa	Die Auswirkungen der geplanten Agrarmarkordnung auf Indonesien	29
Thomas Fritz	Bolkestein will totale Deregulierung des Dienstleistungssektors	31
Oliver Moldenhauer	Gegen den Trend, Wissen immer weiter zu privatisieren	32
Europäisches Sozialforum	London ruft	34
Friedensbewegung Österreich	Sog der Militarisierung	35
Mehrere ATTAC	Solidaritätsadresse zum venezolanischen Revolutionsprozess	36

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen -Die Redaktion dieser Nummer: Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich), Johannes Gruber (ATTAC Schweiz)

Aus dem Aufruf von ATTAC-D zu den Montagsdemonstrationen in Deutschland

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik waren Empörung und Ablehnung gegenüber einer unsozialen Politik so groß wie heute. Von Gewerkschaften über Sozialverbände, Erwerbsloseninitiativen bis zum Kinderschutzbund und kirchlichen Kreisen geht die Ablehnung von Hartz IV. Wenn wir dem ein breites gesellschaftliches Bündnis entgegenstellen kann Hartz IV gestoppt werden.

Allerdings klappt das nur, wenn auch der Druck aus der Gesellschaft groß genug ist und wenn wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen: Osis gegen Wesis, Arbeitende gegen Erwerbslose, Migranten gegen Alteingesessene, Junge gegen Alte.

Die wirklichen Grenzen verlaufen zwischen Oben und Unten.

Heißer Herbst

Attac wird sich daher aktiv an den Protesten in den kommenden Monaten beteiligen - mit eigenen Initiativen und in Bündnissen, mit Aufklärungsarbeit, Straßenaktionen und zivilem Ungehorsam.

Wir unterstützen die Montagsdemonstrationen in Ost und West. Diese Aktionen sind eine mit der Wende begründete Tradition politischen Engagements und eine Bereicherung demokratischer Protestkultur.

Sie sind ein guter Auftakt zu einem heißen Herbst in der ganzen Bundesrepublik.

Agenda 2010 und Hartz IV: Vom rot-grünen Neoliberalismus zum Protest

(...) Neben der „Gesundheitsreform“ bildet das gerade beschlossene „Hartz IV“ Paket das Kernstück der Agenda 2010. Es stellt nicht nur, wie die FAZ am 30.6.2004 titelte, „Die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949“ dar, es wird darüber hinaus auch **erhebliche Auswirkungen auf Arbeitslose wie auf Beschäftigte** haben und vielleicht auch eine einschneidende Veränderung der (partei)politischen Landschaft einleiten.

Dabei folgte Hartz IV von seiner Entstehung her keineswegs einem Masterplan zum grundlegenden Umbau des Sozialstaats. Entstanden ist der Prozess, an dessen Endpunkt jetzt die Hartz IV Gesetze stehen, eher zufällig, aus dem Skandal um geschönte Vermittlungszahlen bei den Arbeitsämtern im Frühjahr 2002. Dieser Skandal führte zur Einsetzung der nach ihrem Vorsitzenden benannten „Hartz-Kommission“, die Vorschläge zur Modernisierung der Arbeitsvermittlung und zum Umbau des Arbeitsamtes machen sollte. (...)

Nicht ganz so zufällig wie das Zustandekommen der Hartz-Kommission war der Inhalt ihrer Vorschläge. Entsprechend dem bis weit in Sozialdemokratie und Grüne vorgedrungenen neoliberalen Zeitgeist und den (zumindest kurzfristigen) Interessen der Unternehmer wurde einerseits die Verbilligung der Arbeitskraft angestrebt - gemäß dem Credo der neoklassischen Theorie, dass niedrigere Löhne oder Lohnnebenkosten zu mehr Einstellungen führen würden - und andererseits wurden die Arbeitslosen selbst für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht, da sie zu unflexibel seien, sich zu wenig um einen Job bemühen würden oder nicht bereit wären, zu einem niedrigen Lohn zu arbeiten. Damit hatte man auch gleich die Lösung parat: mehr Druck auf die arbeitslosen Leistungsbezieher. Den Unternehmern kam vor allem der Versuch entgegen, die **Lohnnebenkosten zu senken**. Aufgrund der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit waren die Gewerkschaften bereits erheblich geschwächt und konnten seit Jahren nur relativ geringe Tarifierhöhungen durchsetzen. Seit Mitte der 90er Jahre stiegen die Löhne in Deutschland langsamer als in den meisten westeuropäischen Ländern. Zudem wurden die meisten Tarifverträge mit Öffnungsklauseln versehen und in vielen Unternehmen galt nicht mehr der Flächentarif sondern ein zuweilen erheblich schlechterer Haustarif. Der Anstieg der Tariflöhne bildete für die Unternehmen also kein Problem. Der Entwicklung der Lohnnebenkosten war durch die Schwäche der Gewerkschaften aber nicht beizukommen, wurden doch hier von den Sozialversicherungen die Kosten auf die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu zahlenden Beiträge umgelegt. Daher der dauernde Ruf nach Begrenzung der Lohnnebenkosten, was von Rot-Grün mit Renten- und Gesundheitsreform denn auch angegangen wurde: de facto wurde vom Prinzip der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber immer weiter abgegangen, indem den Arbeitnehmern durch

den Zwang zur „privaten Vorsorge“ zunächst für die Rente und jetzt auch für eine Reihe von Gesundheitsleistungen immer höhere Kostenanteile aufgebürdet wurden. Nebenbei wurden damit attraktive Geschäftsfelder für Banken und Versicherungen geschaffen.

(...)

Die gewollte Verarmung der Empfänger staatlicher Hilfen

Auch bei langandauernder Arbeitslosigkeit rutschte man bisher nicht automatisch in Armut ab (nach einer gängigen Definition ist ein Haushalt arm, wenn er weniger als 50% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens zur Verfügung hat). (...) Mit Hartz IV ändert sich diese Situation grundlegend: das Arbeitslosengeld wird für Beschäftigte unter 53 Jahren auf maximal 12 Monate begrenzt (wer älter als 53 ist, erhält maximal 18 Monate Arbeitslosengeld) und danach gibt es - unter Umständen - das neue Arbeitslosengeld II, das aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe hervorgegangen ist. Allerdings wurde mit dieser Zusammenlegung de facto die Arbeitslosenhilfe abgeschafft: die Höhe des Arbeitslosengeld II hängt nicht mehr vom früheren Arbeitseinkommen ab, sondern wurde auf Sozialhilfeniveau gesenkt (d.h. Kosten für „angemessenen“ Wohnraum plus 345 Euro in West- und 331 Euro in Ostdeutschland). Für die Anrechnung von Vermögen und Partnereinkommen gelten die erheblich schärferen Regelungen der Sozialhilfe. (Für bisherige Sozialhilfeempfänger gibt es an einigen Punkten Verbesserungen, aber auch einige Verschlechterungen).

Konkret bedeutet dies für einen z.B. 52-jährigen Arbeitnehmer, der vielleicht 30 oder mehr Jahre gearbeitet und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hat, dass er bei Arbeitslosigkeit gerade mal 12 Monate Arbeitslosengeld erhält, danach gezwungen ist, sein Vermögen bis auf relativ geringe Freibeträge (die vor allem der Altersvorsorge dienen sollen) aufzubauchen und dann auf Sozialhilfeniveau weiterleben muss. Hat sein Lebenspartner jedoch einen auch nur mäßigen Verdienst erhält er nicht einmal diesen Sozialhilfesatz.

Aufgrund der verschärften Anrechnungsregeln wird ein erheblicher Teil der bisherigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe überhaupt kein Arbeitslosengeld II oder einen geringeren Betrag als bisher bekommen. Ein Großteil der schlechter Gestellten werden Frauen sein, da das Einkommen ihrer Partner den eigenen Leistungsbezug verhindert. (...)

Die mit Hartz IV eintretende Verarmung der Leistungsbezieher ist keineswegs ein Unfall oder eine „handwerkliche Schwäche“ des Gesetzes sondern dessen Ziel: Einerseits soll getreu dem Glaubenssatz, die Arbeitslosen seien selber Schuld an ihrer Arbeitslosigkeit, Druck auf die Leistungsbezieher ausgeübt werden, jede Arbeit anzunehmen, und diejenigen, die noch Arbeit haben, sollen ruhig noch mehr Angst davor bekommen, was passiert, wenn sie diese Arbeit verlieren.

Andererseits soll mit Hartz IV aber auch effektiv Geld eingespart werden.

Umverteilung von unten nach oben

Was mit dem eingesparten Geld geschieht, wird besonders deutlich angesichts der nächsten Stufe der **Steuerreform**, die am 1. Januar 2005 gleichzeitig mit Hartz IV in Kraft treten soll. Wie üblich profitieren höhere Einkommensgruppen von den Steuersenkungen am stärksten, was diesmal allerdings besonders deutlich ausfällt: Während der Eingangssteuersatz von 16% auf 15% sinkt, soll der Spitzensteuersatz von 45% auf 42% sinken. Für einen Einkommensmillionär, der etwas mehr als eine Million Euro im Jahr bezieht, bedeutet die Senkung des Spitzensteuersatzes eine Steuerersparnis von 30.000 Euro jährlich. Diese Steuergeschenke werden zu einem guten Teil durch die Arbeitslosen finanziert werden: Die 30.000 Euro z.B. entsprechen der Summe, die man erhält, wenn man bei 30 Arbeitslosen die monatlichen Zahlungen um etwas mehr als 80 Euro kürzt. Insofern erleben wir eine ganz unverschleierte Umverteilung von unten nach oben. Daran würde auch die von einigen geforderte Verschiebung der Senkung des Spitzensteuersatzes nichts ändern. Sowohl unter der Kohl-Regierung als auch unter Rot-Grün wurde durch immer neue milliardenschwere Steuergeschenke an Großverdiener und Unternehmen die Einnahmehasis des Staats geschmälert. Geht man von den real gezahlten Steuern aus (berücksichtigt also nicht nur die nominellen Steuersätze, sondern auch die weitreichenden Abschreibungsmöglichkeiten), dann ist Deutschland im westeuropäischen Vergleich inzwischen ein **Niedrigsteuerland**. Nachdem man die Staatseinnahmen gezielt verringert hat, liefert die Staatsverschuldung das einfache Argument für einen quasi natürlichen Sparzwang. Wenn die rot-grüne Regierung unter dem Beifall der Arbeitgeberverbände als Begründung für ihre Kürzungspolitik anführt, dass „der Sozialstaat in der bisherigen Form nicht mehr finanzierbar sei“, dann hat sie dies selbst herbeigeführt. (...)

Die Schaffung einer Schicht von „working poor“

Mit Hartz IV droht für alle von Arbeitslosigkeit Betroffenen nach einem Jahr Arbeitslosengeld der ungebremste Absturz in die Sozialhilfe, was nicht nur ein finanzielles Problem ist. Den Betroffenen wird damit deutlich gemacht: ihr seid jetzt ganz unten angelangt und habt keinerlei Ansprüche mehr zu stellen. Um staatliche Unterstützung zu erhalten sind nicht nur alle Vermögens- und Lebensverhältnisse offen zu legen, vor allem muss jetzt - nach den mit Hartz IV erheblich verschärften „**Zumutbarkeitsregelungen**“ - jede Arbeit angenommen werden, sonst wird die Unterstützung gekürzt oder ganz gestrichen. Das physische Überleben - und nicht vielmehr wird von der Sozialhilfe oder dem Arbeitslosengeld II gesichert - wird nur

garantiert, wenn man bereit ist, seine Arbeitskraft auch zu schlechtesten Bedingungen auf den Markt zu werfen.

Das bedeutet einerseits, dass man gezwungen ist, die nach dem Gesetz zu schaffenden „im öffentlichen Interesse liegenden, zusätzlichen Arbeiten“, die mit einem oder zwei Euro pro Stunde entlohnt werden („Entschädigung für Mehraufwendungen“), anzunehmen. Diese Arbeitsgelegenheiten dienen in erster Linie dazu die „Arbeitswilligkeit“ der Leistungsempfänger zu testen und sie gegebenenfalls vom Leistungsbezug auszuschließen. Sie haben **also in erster Linie eine repressive Funktion**. Wenn aber, wie angekündigt, Kommunen und Wohlfahrtsverbände solche Ein-Euro-Jobs (die es bereits jetzt in gewissem Umfang für Sozialhilfeempfänger gibt) in größerem Umfang schaffen, dann werden dadurch nicht nur mit Sicherheit reguläre Stellen abgebaut, es fällt auch die (im Moment noch teilweise vorhandene) Hemmung weg, solche Jobs anzubieten. Ein extremer Niedriglohnssektor wird damit gesellschaftsfähig.

Ergänzend wird mit den verschärften Zumutbarkeitsregeln für die Bezieher von Arbeitslosengeld II jede auf dem Arbeitsmarkt angebotene Arbeit als zumutbar erklärt. Sie muss angenommen werden, egal wie unqualifiziert, egal wie schlecht bezahlt sie ist. Die einzige noch bestehende Grenze ist die „Sittenwidrigkeit“ der Bezahlung und die besteht erst dann, wenn die Bezahlung um mehr als 30% unter dem ortsüblichen Tarif liegt.

Wenn die Tariflöhne in strukturschwachen Gebieten sowieso schon niedrig sind, im Sicherheits- und Bewachungsgewerbe liegen sie z.B. je nach Region zwischen 4,5 und 6 Euro brutto pro Stunde, und man dann nochmals 30% abzieht, erreicht man mit einer Vollzeitstelle gerade mal ein Bruttoeinkommen von 700-800 Euro. Nur zum Vergleich: die Pfändungsgrenze, also das, was zum Leben als unbedingt erforderlich gilt, und wovon dem Gläubiger daher auch nichts abgegeben werden muss, liegt derzeit für eine Einzelperson bei 930 Euro.

Menschen, die nicht aufgrund fehlender Beschäftigung arm sind, sondern trotz einer Vollzeitbeschäftigung, bezeichnet man als *working poor*. Bisher arbeiten „nur“ 12% der Vollzeitbeschäftigten in der BRD zu Armutslöhnen (vgl. Claus Schäfer, Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 7/2003). Mit Hartz IV wird sich dies bald ändern: die letzten Schamgrenzen, Arbeitsplätze zu Hungerlöhnen anzubieten, werden fallen und von Rot-Grün werden die Arbeitslosen in genau diese Beschäftigungsverhältnisse hineingezwungen. Die *working poor*, mit allen aus anderen Ländern gut bekannten Konsequenzen wie z.B. den erheblich schlechteren Bildungschancen für deren Kinder, werden bald zur gesellschaftlichen Normalität der Bundesrepublik gehören.

Konsequenzen für die Gewerkschaften

Schon jetzt sind die Gewerkschaften angesichts zurückgehender Mitgliederzahlen

und hoher Arbeitslosigkeit geschwächt und das System der Flächentarifverträge befindet sich in einem Erosionsprozess. In Zukunft werden Gewerkschaften aber nicht nur mit dem allgemeinen Druck der Arbeitslosigkeit konfrontiert sein, der ihre Verhandlungsposition schwächt, zukünftig werden die Arbeitslosen - gezwungen durch die Gesetze der rot-grünen Regierung - zu Tarifbrechern werden. Das Tarifgefüge wird sich damit noch weiter absenken, wodurch sich auch die Löhne der „zumutbaren“ Arbeit (30% unter Tarif) weiter verringern werden: eine einzige Rutschbahn nach unten.

Diese Rutschbahn ist auch auf internationaler Ebene wirksam. Wenn ausgerechnet beim Exportweltmeister Deutschland ein wachsender Bereich von Armutslöhnen und sinkenden Tarifen eingeführt wird, dann wird allen anderen, am Weltmarkt weniger erfolgreichen Ökonomien nicht viel anderes übrig bleiben als Ähnliches zu versuchen. Was der US-amerikanische Ökonom Paul Krugman schon vor Jahren den „Wettlauf der Besseren“ nannte, einen Wettlauf hin zu immer schlechteren Bedingungen, wird durch die rot-grüne Politik kräftig angekurbelt.

In der Geschichte der Bundesrepublik wurde die Position der Gewerkschaften wahrscheinlich von keiner anderen Regierung so stark unterminiert, wie durch die von der rot-grünen Koalition beschlossenen Zumutbarkeitsregelungen. Trotzdem stehen die Führungen von DGB und Einzelgewerkschaften, wenn auch häufig nur noch zähneknirschend, treu zur Regierung. Und wenn doch einmal ein Gewerkschaftsvorsitzender wie jüngst ver.di-Chef Frank Bsirske, den offensichtlichen Sachverhalt, dass die Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gescheitert ist, öffentlich ausspricht, wird er gleich gezwungen zurückzurudern. Wie einst im Realsozialismus der DDR gilt anscheinend auch bei Rot-Grün das Aussprechen allseits bekannter Wahrheiten als Majestätsbeleidigung.

Dass die Gewerkschaftsführungen nach wie vor zur Regierung stehen und ihre Kritik äußerst moderat bleibt, liegt wohl daran, dass sie glauben, wenigstens noch über so viel Einfluss zu verfügen, um „das Schlimmste zu verhindern“ - wobei aber das, was gestern noch als „das Schlimmste“ erschien, heute bereits zum „kleineren Übel“ wird, das man gegen noch Schlimmeres verteidigt. Dass die CDU zuweilen noch größere Grausamkeiten fordert als Rot-Grün den Bürgern zumutet, mag diese Haltung verstärken. Allerdings sollte man nicht übersehen, dass die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem immer schärferen neoliberalen Kurs die Union geradezu vor sich her treibt: um sich überhaupt noch von Rot-Grün zu unterscheiden, bleibt der CDU nichts anderes übrig, als immer noch ein bisschen mehr Sozialabbau zu fordern, als von Rot-Grün selbst schon bewerkstelligt wird.

Der Niedergang der Sozialdemokratie

Unterhalb der Führungsebenen sieht es in vielen Gewerkschaften häufig ganz anders aus. Der angestaute Frust von Gewerkschaftsmitgliedern und mittleren

Funktionären ist enorm. Und sie lassen sich auch nicht mehr mit dem Verweis auf die noch schlimmere CDU bei der rot-grünen Stange halten. Während Rot-Grün in der noch einigermaßen wohlhabenden „neuen Mitte“ punkten kann, **beginnt das traditionelle sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Klientel der SPD die Loyalität aufzukündigen**.

Der Unmut artikuliert sich zunehmend öffentlich, in vermehrten Demonstrationen, in Wahlenthaltungen und Parteiaustritten vor allem der SPD Basis, in Parteigründungsinitiativen. Bis weit in die Mittelschichten hinein ist inzwischen die Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg verbreitet. Die Mär vom „faulen Arbeitslosen“ taugt nicht mehr, wenn Arbeitslosigkeit an sich selbst oder an nahen Bekannten und Verwandten erfahren wird und wenn ins allgemeine Bewusstsein dringt, dass (wie im Juli 2004) den über 4,3 Millionen arbeitslos gemeldeten Personen gerade mal 300.000 gemeldete offene Stellen gegenüberstehen (von denen die meisten in kürzester Zeit besetzt werden). Und dass Hartz IV den Abstieg der von Arbeitslosigkeit Betroffenen beschleunigt, ist inzwischen auch bei vielen Menschen angekommen. Dass dieser Abstieg gerade von der Sozialdemokratie, die bislang als der Anwalt der „kleinen Leute“ galt, organisiert wird, macht die Sache nicht besser. Bei den bisherigen Wahlen kamen die **Grünen** noch ungeschoren davon oder konnten sogar Zuwächse verbuchen. Da soziale Fragen noch nie im Zentrum grüner Politik standen, macht man die Grünen weit weniger als die SPD für den Sozialabbau verantwortlich, obwohl sie häufig noch stärker neoliberal argumentieren. Ihren linken Rand haben die Grünen jedenfalls schon lange verloren. Hinzu kommt: inzwischen sind sie (neben der FDP) die Partei der „Besserverdienenden“ und derjenigen, die darauf hoffen, dies bald zu sein.(...)

Wahlpolitisch entlädt sich der Unmut über die Regierungspolitik vor allem bei der **SPD**. (...) Dass die **CDU** trotzdem von der Schwäche der SPD bisher nicht richtig profitieren konnte, sondern ebenfalls wenn auch weit kleinere Stimmenverluste hinnehmen musste, deutet darauf hin, dass den frustrierten SPD Wählern klar ist, dass von der CDU auch keine andere Politik zu erwarten ist.

Die **PDS**, die im Westen Deutschlands auch 14 Jahre nach der Vereinigung nicht wirklich angekommen ist, (...) kommt als Auffangbecken der Unzufriedenheit allenfalls noch in Teilen Ostdeutschlands in Frage. Von daher sind die Versuche zur Gründung einer **neuen „Links-partei“** wenig überraschend. Überraschend ist vielmehr wie schnell und wie breit dieser Versuch auf Zustimmung gestoßen ist.(...)

Offensichtlich ist das parteipolitische System der Bundesrepublik in einem ähnlichen Zustand wie während der Gründungsphase der Grünen Ende der 70er Jahre: der Unmut über die etablierten Parteien und insbesondere über die sozialdemokratisch geführte Regierung, ist dermaßen groß, dass sich die Wähler nicht mehr von der ewigen Leier des „kleineren Übels“, der „verlorenen Stimmen“ oder der „Spaltung der Linken“ davon abhalten lassen,

eine neue Partei zu wählen - auch wenn diese Partei ein zunächst noch verworrenes Bild abgibt.

Drastischer als Ende der 70er Jahre ist heute allerdings der Niedergang der SPD. Es ist nicht mehr nur ein kleiner linker Rand, der sich von der SPD abnabelt, sondern der traditionelle sozialdemokratische Kern, der sich enttäuscht von „seiner“ Partei abwendet. Die hilflosen Beschwörungen der SPD-Führungsrige, die Menschen hätten ihre Politik bloß nicht verstanden, können daran nichts ändern. Die Verluste der SPD dürften daher (egal ob mit oder ohne neue Linkspartei) erheblich stärker ausfallen als in den 80er Jahren und sie dürften wahrscheinlich auch langfristiger sein: es ist kaum zu erwarten, dass die Mehrheit der langjährigen Anhänger und Wähler, die sich jetzt schwer enttäuscht von der SPD abwenden, sich ihr wieder zuwenden, wenn sie ab 2006 in der Opposition genau die Politik vollmundig kritisiert, die sie als Regierungspartei selbst betrieben hat. Die einzige Hoffnung der gegenwärtigen SPD-Führung, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung die sozialen Härten vergessen macht und als Erfolg der eigenen Politik ausgegeben werden kann, wird sich wohl kaum erfüllen. Stattdessen dürfte die SPD

aufgrund der Politik von Schröder, Clement und Müntefering auf lange Zeit beschädigt bleiben.

Mit der Agenda 2010 und Hartz IV wird nicht nur ein erheblicher sozioökonomischer Umbau eingeleitet, von dem noch nicht alle Konsequenzen abzusehen sind, es zeigen sich auch Verwerfungen im parteipolitischen System, deren weitere Entwicklung offen ist. Dies sollte wenigstens die Linke dazu motivieren, nicht nur zu versuchen, die jeweils letzte Verschlechterung zu verhindern, sondern auch wieder grundsätzliche Fragen aufzuwerfen. Der materielle Reichtum in Deutschland war noch nie so groß wie jetzt. Gleichzeitig sollen die umfangreichsten Sozialkürzungen der bundesdeutschen Geschichte stattfinden. Der einzige Ausweg, den die herrschende Politik angesichts von millionenfacher Arbeitslosigkeit kennt, besteht darin, die Reichen noch reicher zu machen, auf dass viel-leicht ein paar Brosamen für die Armen abfallen. Ein stärkeres Wirtschaftswachstum, ungeachtet aller davon verursachten ökologischen Probleme und gestützt auf längere und unbezahlte Arbeitszeiten, bei bereits erheblich gestiegenen Gewinnen, wird als notwendige Maßnahme zur „Standortsicherung“ propagiert.

Angesichts dessen sollte man sich die Frage stellen, wie lange man ein System ertragen will, das einerseits einen noch nie da gewesenen Reichtum erzeugt, andererseits aber nur durch äußerste Anspannung der Arbeitskraft und fortschreitende Zerstörung der Natur ein für die Mehrheit einigermaßen erträgliches Auskommen ermöglicht (in den „entwickelten“ Ländern wohl gemerkt - von der sogenannten 3. Welt ganz zu schweigen). **Vielleicht sollte man endlich wieder anfangen, nicht mehr nur über Alternativen im Kapitalismus, sondern auch über Alternativen zum Kapitalismus zu diskutieren** - selbst wenn letztere wahrscheinlich noch lange auf sich warten lassen und man selbst erst einmal als „Utopist“ verschrien wird.

erscheint in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 136 „Umbrüche des Sozialstaats“ (34. Jahrgang, Nr. 3) Michael Heinrich ist Politikwissenschaftler in Berlin und Mitglied in der Redaktion der Zeitschrift PROKLA (www.prokla.de) Kontakt: m.heinrich@prokla.de, web: www.oekonomiekritik.de

Millionen sind stärker als Millionäre!

Auszüge aus der Rede der Friseurin Regina Richter, gehalten auf der Montagsdemonstration am 30. August in Leipzig

Meine lieben undankbaren, jammernden, staatliche Vollkasko-Versicherung begehrenden, grundlos unzufriedenen, uneinsichtigen und von Populisten aufgehetzten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Seit dem unübersehbaren Anschwellen der Proteste, nicht nur im Osten, sondern zum Glück auch im Westen dieser Republik hat sich der Wind in etlichen Medien gedreht. Wahrscheinlich nicht nur auf Wunsch und auf Grund der Bezahlung durch die Propagandastrategen der Bundesregierung. Vielleicht auch ganz freiwillig, weil diejenigen, die solche Beschimpfungen ihrer Gebührenzahler und Abonnenten in die Welt setzen, sich gar nicht vorstellen können, was es bedeutet, mit monatlich 331 Euro plus Warmmiete über die Runden kommen zu müssen. Viele von denen, die uns jetzt Wasser predigen und selber Wein trinken, bekommen locker das 20- bis 30fache. Ob sie das auch verdienen, wage ich zu bezweifeln.

Mein Name ist Regina Richter, und ich arbeite als teilzeitbeschäftigte Friseurin wöchentlich 18,5 Stunden bei der Firma Astoria in Leipzig. Dafür bekomme ich einschließlich umsatzabhängiger Bestandteile ein monatliches Bruttogehalt von durchschnittlich 400 Euro. Da ich einen zum Glück etwas mehr verdienenden Ehemann und deshalb die Steuerklasse fünf habe, bekomme ich für meinen Halbtagsjob netto monatlich 250 Euro. Und trotzdem beneide ich keinen von denen, die ab Januar 2005 mit 331 Euro plus Warmmiete auskommen müssen. Denn um Arbeitslosengeld II zu bekommen, müssen sie im Job-Center die Hosen herunterlassen und

sich prinzipiell in jede Arbeit, sofern die Bezahlung nicht eindeutig sittenwidrig ist, zwingen lassen.

Als sittenwidrig gilt nach der Rechtsprechung aber nur der Lohn, der mindestens 30 Prozent unter dem Tariflohn oder der ortsüblichen Vergütung liegt. (...) Nur wenige wissen, daß beispielsweise der tarifliche Stundenlohn einer Friseurin hier in Sachsen nur 4,38 Euro und der eines Wachmannes 4,83 Euro beträgt. Und erst, wenn die Arbeit Anbietenden solche Niedriglöhne um mehr als 30 Prozent heruntergedrückt haben, darf zukünftig ein Arbeitsloser, der mehr als sechs Monate arbeitslos ist, ungestraft die angebotene Arbeit ablehnen. (...) Ansonsten muß er damit rechnen, daß seine Leistung um bis zu 30 Prozent gekürzt oder gar gänzlich gestrichen wird. Das ist auf deutsch gesagt Zwangsarbeit zum Hungerlohn!

Diese Lohndrückerei werden auch diejenigen, die noch Arbeit haben, zu spüren bekommen. Und zwar indirekt, indem es den Gewerkschaften zukünftig noch schwerer fallen wird, anständige Tarife durchzusetzen oder zumindest zu halten. Direkt, indem sie von ihren Arbeitgebern mit einkommensenkenden oder die Arbeitszeit verlängernden Änderungsverträgen beglückt werden. Und wie leider schon lange üblich, wird dann auch unverhohlen mit Änderungskündigung gedroht, wenn man sich weigert, einen entsprechenden Änderungsvertrag zu unterschreiben.

An die Adresse derer, die uns jetzt die hiesigen Verhältnisse vor 1989 vorhalten, sage ich: Ja, wir wollten 1989 Veränderungen, wir wollten eine soziale Demokratie. Bekommen haben wir anstelle der Diktatur des Politbüros die Diktatur des Geldes. Ich wollte und will keines von beiden. Und wir Ost-deutschen sind auch nicht als Bettler in die BRD gekommen; aber viele von uns wurden und werden zu Bettlern gemacht. Und das wollen wir nicht länger hinnehmen. (...)

Und wir lassen uns hier auch von niemandem als »rechtslastig« oder »ausländerfeindlich« abstempeln. Wir haben nichts gegen ausländische Kollegen, und wir wissen auch leider nur zu gut, daß es hierzulande meistens deutsche Unternehmenslenker sind, die gnadenlose Rationalisierung und Personalabbau betreiben. (...) Es geht hier nicht um schwarz, gelb oder weiß; es geht eindeutig um »die da oben« und um »uns hier unten«! Die da oben träumen davon, daß sie uns zu portugiesischen, polnischen, demnächst gar chinesischen Löhnen arbeiten lassen, ihre Waren und Dienstleistungen aber zu deutschen Preisen verkaufen können.

(...) Wir sind nicht länger bereit, uns mit »Hauptsache Arbeit« zu jedem Hungerlohn abspesen zu lassen. Wir wollen keine Gesetze, die die Reichen systematisch reicher machen und Millionen in die Armut drängen. Wir kommen wieder, und wir wissen: Millionen sind stärker als Millionäre!

<http://www.jungewelt.de/2004/09-06/013.php>

Breites Bündnis gegen Sozialkahlschlag

Streik- und Aktionstag in der Schweiz geplant. »Montagsdemonstrationen« im Gespräch

Peter Dzikowski (Junge Welt 17.9.)

In der Schweiz findet am 23. September ein landesweiter Streik- und Aktionstag gegen Sozialkahlschlag statt. Aufgerufen dazu hat eine Allianz von 17 Gewerkschaften, Berufsverbänden und politischen Organisationen. Das Aktionsbündnis zählt derzeit 330 000 Mitglieder. Doris Schüepp, Generalsekretärin der Gewerkschaft für den Service Public (vpod), bezeichnet die Breite des Bündnisses als »historisch«. Geplant sind Demonstrationen und Kundgebungen u.a. in Basel, Bern, Baden, Chur, Genf, Lausanne und Zürich. In den Kantonen Waadt und Genf werden mehrtägige Streiks erwartet; »Protestpausen« sind in Bern und in Kliniken des Kanton Jura geplant.

Auslöser für die Aktionen ist das von der Regierung geplante Abbauprogramm für den öffentlichen Dienst, mit dem neun Milliarden Franken eingespart werden sollen. Doch nicht nur darum geht es. Anders als in Deutschland

werden die Bürger in der Schweiz via Referendum sehr oft aufgefordert, für oder gegen ein Gesetzesvorhaben zu stimmen. Aus den Resultaten von Referenden läßt sich der Wille des Volkes ablesen – und genau darauf beruft sich das Bündnis, genauer: auf das Referendum vom 16. Mai.

Drei Vorlagen standen im Frühjahr zur Abstimmung: ein Steuerpaket, das – salopp gesagt – die Armen ärmer und die Reichen reicher macht; zweitens die Erhöhung der Mehrwertsteuer und drittens die Erhöhung des Rentenalters für Frauen. Das Ergebnis: Zwei Drittel der Menschen haben dreimal mit »Nein« gestimmt. Der Wille des Volkes ist offensichtlich. Folgerichtig erklärt einer der Initiatoren, Marco Feistmann von der Bewegung für den Sozialismus: »Am 16. Mai haben die Stimmberechtigten die unsoziale Politik des Bundesrates mit einem wuchtigen, dreifachen »Nein« zurückgewiesen. Trotzdem

machen Bund und Behörden munter weiter mit ihrer brutalen Kahlschlagspolitik!« Wie schwer die Folgen des Abbauprogramms wiegen, erläutert Alessandro Pelizzari, ebenfalls Mitorganisator und Sprecher von ATTAC Schweiz: »20 000 Stellen im öffentlichen Dienst werden abgebaut. Zusätzlich wird die Streichung von 1 000 Vollzeitstellen im Gesundheitswesen erwartet. Dies hätte die Schließung von mehreren Spitälern zur Folge.«

Der 23. September soll nach dem Willen der Initiatoren nur den Auftakt zu weiteren Aktionen bilden. »Montagsdemonstrationen« werden dabei nicht ausgeschlossen. Denn geplant ist eine ganze Kampagne gegen Sozialabbau.

www.jungewelt.de/2004/09-17/008.php
S. "Dreimal nein gegen Sozialkahlschlag" in Sand im Getriebe Nr. 35

Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV - Wir haben Alternativen!

Großdemonstration der bundesweiten Montagsdemonstrationen und ihrer Unterstützerorganisationen in Berlin:

Samstag, 2. Oktober 2004 Beginn um 13 Uhr Auftakt am Alexanderplatz

In Deutschland fehlen Millionen Arbeitsplätze. Viele Kindergärten, Schulen und Hochschulen sind in einem miserablen Zustand. Jugendclubs und kulturellen Einrichtungen fehlen finanzielle Mittel. 756.000 Millionäre verfügen mit 2900 Milliarden Euro über mehr als 70 Prozent des Geldvermögens, über 50% der Haushalte dagegen über kaum mehr als 5%. Die sozialen Gräben in der Gesellschaft werden mit Hartz IV tiefer, das verfügbare Einkommen von Kleinverdienern, Erwerbslosen, Rentnern und Studenten wird geringer. Kinder und Frauen, Migranten und Migrantinnen trifft es besonders hart. Diese unsoziale Politik der Umverteilung von unten nach oben wird von der Regierung, CDU und FDP betrieben, um den großen Unternehmen im globalen Konkurrenzkampf Extragewinne zu sichern. Damit werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Im Gegenteil, die Kaufkraft bricht weiter ein und die Wirtschaftskrise wird beschleunigt. Diese Politik schürt Angst und Verunsicherung und stärkt damit Rassisten und Neonazis.

Schluss mit der neoliberalen Politik von Bundesregierung, CDU/CSU und FDP! Eine andere Politik ist möglich.

Wir setzen uns ein für:

- die Rücknahme der Hartz-IV-Gesetzgebung
- Tarif- und Mindestlöhne gegen Niedriglohn- und Armutsarbeit
- ein menschenwürdiges Grundeinkommen, ohne diskriminierende Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang
- Arbeitszeitverkürzung statt Verlängerung der Arbeits- und Lebensarbeitszeit
- 60 Milliarden Euro sofort für Jobs zu menschenwürdigen Löhnen im Bereich Gesundheit, Bildung, Soziales, Kultur, Umwelt und öffentlicher Verkehr statt Arbeitszwang für 1 Euro
- angemessene Besteuerung großer Konzerne und Kapitalgesellschaften sowie der großen Vermögen
- gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen, statt Festung Europa

Die Grenze verläuft nicht zwischen Ost und West, nicht zwischen Nationen, sondern zwischen oben und unten. Unser Protest ist international.

Wir stehen auf:

Für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in Europa und weltweit.

Die solidarische Bürgerversicherung - Patentrezept für den kranken Sozialstaat?

Von Christoph Butterwege*

Nicht alles, was derzeit unter dem Etikett „Bürgerversicherung“ diskutiert wird, entspricht jenen Anforderungen, die an ein gerechtes und ausgewogenes Modell zu stellen sind. **Entscheidend ist nämlich, ob es sich um eine allgemeine, einheitliche und solidarische Bürgerversicherung handelt.**

1. Allgemein zu sein bedeutet, dass die Bürgerversicherung sämtliche dafür geeignete Versicherungsweige (Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung) umfassen muss. Zu Recht stellt die Gesetzliche Unfallversicherung bereits heute einen Sonderfall dar, da sie nicht paritätisch, sondern ausschließlich über Arbeitgeberbeiträge finanziert wird. Der einzige unberücksichtigte Versicherungsweig, die Arbeitslosenversicherung, müsste jedoch in eine „Arbeitsversicherung“ umgewandelt werden, die auch alle Selbstständigen und Freiberufler/innen aufnehmen soll, wie es das Modell des „Forums Demokratische Linke 21“ vorsieht.

2. Einheitlichkeit heißt, dass neben der Bürgerversicherung keine mit ihr konkurrierenden Versicherungssysteme existieren dürfen. Den Veränderungen am Arbeitsmarkt sollte durch die Ausdehnung der Versicherungspflicht Rechnung getragen werden. Weil abhängige und selbstständige Arbeit, Selbstständigkeit und sog. Scheinselbstständigkeit zunehmend fließend in einander übergehen, bedarf es einer Versicherungspflicht aller Erwerbstätigen, einschließlich jener Gruppen, die bislang in Sonder-systemen bzw. zu besonderen Bedingungen abgesichert werden (Beamte, Landwirte, Handwerker, Künstler, freie Berufe). Private Versicherungsunternehmen müssten sich auf die Abwicklung noch bestehender Verträge (Wahrung des Bestandsschutzes), Zusatzangebote und Ergänzungsleistungen beschränken.

3. Solidarisch zu sein meint, dass die Bürgerversicherung zwischen ökonomisch unterschiedlich Leistungsfähigen einen sozialen Ausgleich herstellen muss. Nicht nur auf Löhne und Gehälter, sondern auf sämtliche Einkunftsarten (Zinsen, Dividenden, Tantiemen, Miet- und Pachtelöse) wären Beiträge zu erheben. Entgegen einem verbreiteten Missverständnis bedeutet dies nicht, dass Arbeitgeberbeiträge entfallen. Vielmehr könnten diese als Wertschöpfungs- bzw. als sog. Maschinensteuer erhoben und damit gerechter als bisher auf beschäftigungs- und kapitalintensive Unternehmen verteilt werden.

Nach oben darf es weder Beitragsbemessungs- noch Versicherungspflichtgrenzen geben, die es privilegierten Personengruppen erlauben würden, sich ihrer Verantwortung für sozial Benachteiligte zu entziehen und in exklusive Sicherungssysteme auszuweichen. Nach unten muss finanziell aufgefangen werden, wer den nach Einkommenshöhe gestaffelten Beitrag nicht selbst entrichten kann. Nur im Falle

fehlender, vorübergehender oder eingeschränkter Zahlungsfähigkeit der Versicherten hätte also der Staat die Aufgabe, Beiträge bedarfsbezogen zu „subventionieren“, d.h. aus dem allgemeinen Steueraufkommen zuzuschießen. Vorbild dafür könnte die Gesetzliche Unfallversicherung sein. Dort dient der Staat gewissermaßen als Ausfallbürge für Vorschulkinder, Schüler/innen und Studierende, die einen Kindergarten, eine allgemeinbildende Schule bzw. eine Hochschule besuchen.

4. Bürgerversicherung bedeutet schließlich, dass Mitglieder aller Berufsgruppen, d.h. nicht nur abhängig Beschäftigte, aufgenommen werden. Da sämtliche Wohnbürger/innen in das System einbezogen wären, blieben weder Selbstständige, Freiberufler/innen, Beamte, Abgeordnete und Minister noch Ausländer/innen mit Daueraufenthalt in der Bundesrepublik außen vor. Es geht primär darum, die Finanzierungsbasis des Sozialsystems zu verbreitern und den Kreis seiner Mitglieder zu erweitern.

5. Bürgerversicherung wiederum bedeutet, dass es sich um eine Versicherungslösung handelt, also gewährleistet sein muss, dass ihre Mitglieder, soweit sie dazu finanziell in der Lage sind, Beiträge entrichten und entsprechend geschützte Ansprüche erwerben. Dies schließt keineswegs aus, dass sich der Staat mit Steuergeldern am Auf- und Ausbau der Versicherung beteiligt. Die geplante Bürgerversicherung würde allerdings zum Einfallstor für einen Systemwechsel, wenn sie nicht nach dem Versicherungsprinzip konstruiert wäre, sondern allein aus Steuermitteln finanziert würde.

Eine solidarische Bürgerversicherung, wie sie hier skizziert wird, führt nicht zum Systembruch. Vielmehr verschwände dadurch der Widerspruch, dass sich derzeit nur abhängig Beschäftigte im sozialen Sicherungssystem befinden und dies auch nur bis zu höchstens einem Monatseinkommen von 5 150 EUR (2004). Über diese Bemessungsgrenze hinaus entrichten Versicherte (und ihre Arbeitgeber) zur Renten- und Arbeitslosenversicherung überhaupt keine Beiträge. Gesetzliche Kranken- und Soziale Pflegeversicherung können sie bei Überschreiten der Versicherungspflicht- bzw. -fluchtgrenze von 3862,50 EUR (2004) sogar verlassen. Mit dieser im Grunde systemwidrigen Begrenzung der Solidarität auf Schlechterverdienende muss die Bürgerversicherung endgültig Schluss machen.

Das beste Argument für die Bürgerversicherung liefert ihr sehr viel höheres Maß an Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich. Durch die Berücksichtigung anderer Einkommensarten würde der Tatsache Rechnung getragen, dass Arbeitseinkommen nicht mehr die einzige Lebensgrundlage für weite Bevölkerungsschichten bilden. Unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit spricht nichts dafür, dass der riesige private Reichtum

weiter so unangemessen wenig zur Finanzierung des sozialen Sicherungssystems beiträgt.

Kritik an der Bürgerversicherung

Wenn man von „interessierten Missverständnissen“ der Lobbyisten und Neoliberalen absieht, existieren im Wesentlichen drei Einwände gegenüber der Bürgerversicherung:

1. Sie sei, heißt es, mit dem Grundgesetz unvereinbar oder verfassungsrechtlich bedenklich. Man meint vor allem die Einbeziehung der Beamt(inn)en in eine Bürgerversicherung. Dieser Einwand fällt dann nicht ins Gewicht, wenn bestehende Versicherungsverhältnisse unangetastet bleiben und nur künftige Beamte von der Neuregelung betroffen sind. Schwieriger wird es, wenn man die Renten, nicht aber die Beiträge – wie in der Schweiz – ab einer bestimmten Höhe deckelt. Zu prüfen wäre, ob das – in der Krankenversicherung, wo ein Besserverdienender zwar höhere Beiträge zahlt, aber nicht mehr Arzneimittel bekommt als ein Geringverdienender, nicht geltende – Äquivalenzprinzip in der Rentenversicherung wirklich gebietet, Altersrenten zu zahlen, die weit über dem zur Sicherung des Lebensbedarfs erforderlichen Maß liegen.

2. Es handle sich bei der Bürgerversicherung, wird kritisiert, um ein „bürokratisches Monstrum“, das trotz seines Namens eher noch weniger Bürgernähe aufweise als das bestehende Kassenwesen. Auch dieser Vorwurf geht freilich ins Leere, denn von einer Zentralisierung kann jedenfalls dann nicht die Rede sein, wenn die Vielfalt der Versicherungsträger bestehen bleibt.

3. So genial die Idee der Bürgerversicherung als solche sei, meinen Kritiker, so wenig taue sie zur Verwirklichung. Tatsächlich dürfte die Umsetzung des Konzepts aufgrund der herrschenden Macht- und Mehrheitsverhältnisse nicht leicht fallen. Dies gilt jedoch für alle Reformen, die mit der neoliberalen Hegemonie brechen. Seit wann aber ist von Problemen bei der Realisierung einer Idee auf deren Unrichtigkeit zu schließen? Wenn alternative Vorstellungen zur Reform des Sozialstaates überhaupt eine Chance haben, dann die Bürgerversicherung.

Lauterbach gegen Rürup

Wie aber sehen – vor dem Hintergrund der oben genannten Kriterien für eine idealtypisch gerechte Bürgerversicherung – die konkreten Ansätze zu ihrer Umsetzung aus? Am weitesten entwickelt wurden sie im Zuge der Verhandlungen der sog. Rürup-Kommission. Dieser gelang es im Frühjahr 2003 nicht, sich auf ein neues Finanzierungsmodell für die Gesetzliche Krankenversicherung zu verständigen. Während der Kommissionsvorsitzende Bert Rürup das Kopfprämien-system präferiert, welches einen für alle Mitglieder

gleichen Beitrag bei staatlichem, über Steuern zu finanzierendem Ausgleich für Geringverdiener/innen vorsieht, hält der Kölner Gesundheitsökonom Karl Lauterbach sein Konzept der Bürgerversicherung dagegen, das eine Alternative zur Zwei-Klassen-Medizin bieten soll und drei Kernelemente beinhaltet:

1. die Aufhebung der Krankenversicherungspflichtgrenze, um zu verhindern, dass sich einkommensstarke, junge und gesunde Menschen der Solidargemeinschaft entziehen können. Damit wird dem Solidarprinzip Rechnung getragen.

2. die Berücksichtigung aller Einkommensarten, um die Beitragsgrundlage zu verbreitern, sowie die Erweiterung des Versichertenkreises auf die gesamte Wohnbevölkerung. Damit ist die erforderliche Bindung an den Bürgerstatus gegeben.

3. empfiehlt Lauterbach, die Beitragsbemessungsgrenze der Gesetzlichen Krankenversicherung beizubehalten, wenn auch auf das Niveau der Rentenversicherung (2004: 5 150 EUR in West-, 4 350 EUR in Ostdeutschland) anzuheben. Insoweit gilt das Solidarprinzip nur eingeschränkt. Gesetzliche und private Kassen sollen in seinem Modell nicht verschmolzen werden, sondern konkurrierende Angebote unterbreiten.

Grüne Rolle rückwärts

Als geistige Urheber und Wegbereiter der Bürgerversicherung im deutschen Parteiensystem gelten die Grünen. Sie haben die Forderung nach einer Bürgerversicherung zwar in ihr am 17. März 2002 verabschiedetes Grundsatzprogramm aufgenommen, sich aber bisher noch nicht auf ein konkretes, praktisch umsetzbares Modell geeinigt.

Mit neuer Stoßrichtung wurde das Prinzip Bürgerversicherung dagegen von Außenminister Fischer ins Gespräch gebracht. Entscheidend ist bei seinem Vorschlag „die dauerhafte Stabilisierung und Senkung der Lohnnebenkosten auch im Gesundheitssystem“. Um die Bürgerversicherung für die Unternehmer und ihre mächtigen Verbände leichter annehmbar zu machen, soll „eine prozentuale Deckelung des Arbeitgeberbeitrags in das Modell der Bürgerversicherung aufgenommen werden.“ Mit dem früheren Gesundheitsminister Horst Seehofer unterstützte ein prominenter Unionspolitiker diese Version der Bürgerversicherung, bis er nach Angela Merkels Votum für das Kopfprämienmodell der Herzog-Kommission wieder zurückruderte.

Ungeachtet der Ablehnung durch die Union genügt das Fischer'sche Modell den o.g. Anforderungen an eine gerechte Bürgerversicherung nicht. Entließe man die Unternehmen (wenn auch nur partiell) aus der sozialen Verantwortung für ihre Beschäftigten, könnte von einer Versicherung aller Bürger/innen, die je nach ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft daran finanziell beteiligt werden, nicht mehr die Rede sein. Mit der Beitragsparität, die bei

der Pflegeversicherung (Wegfall eines Feiertages), der sog. Riester-Rente (Teilprivatisierung der Altersvorsorge) sowie der Gesundheitsreform 2003 (Finanzierung des Zahnersatzes und des Krankengeldes durch die Versicherten) bereits durchbrochen ist, bliebe das Solidarprinzip endgültig auf der Strecke. Fischers bzw. Seehofers Variante einer „arbeitgeberfreundlichen“ Bürgerversicherung ist mit deren Grundidee daher kaum vereinbar.

Auf dem Weg zu einer „Bürgerversicherung für alle“, die sämtliche Standardrisiken abdeckt, muss beim Gesundheitswesen der Anfang gemacht gemacht werden. Hier handelt es sich einerseits wegen des hohen Maßes an für alle Kranken gleichen Sach- und Dienstleistungen um den Versicherungszweig mit den meisten Umverteilungselementen. Andererseits prallen die Interessen der Betroffenen und ihrer Lobbygruppen, z.B. der gesetzlichen und der privaten Krankenkassen, der Gesunden und der Patient(inn)en, der Versicherten und ihrer Arbeitgeber, der Ärzte, Apotheker sowie der Pharmaindustrie dort härter als irgendwo sonst aufeinander, was die „politische Gefechtslage“ schwierig und unübersichtlich, den Sicherungszweig mit dem größten Arbeitsplatzpotenzial aber umso regelungsbedürftiger macht.

Steuer- statt Beitragsfinanzierung der sozialen Sicherung?

Schon seit geraumer Zeit beklagen nicht nur Neoliberale die „Lohnarbeitszentriertheit“ des deutschen Sozialversicherungsstaates, welche ihn im Vergleich zu anderen, stärker aus Steuern finanzierten Modellen besonders konjunkturabhängig und krisenanfällig mache. Aus dieser Feststellung wird oft der Schluss gezogen, man müsse vom Versicherungs- zum Fürsorgeprinzip, sprich: zur Finanzierung durch Steuern, wechseln. Nach der herrschenden Meinung sind die (gesetzlichen) Lohnnebenkosten, d.h. vor allem die ständig steigenden Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich. Deshalb soll der „Faktor Arbeit“ – in Wahrheit: das investierende Kapital – entlastet und ein größerer Teil der sozialen Sicherung aus Haushaltsmitteln finanziert werden. Gedacht ist dabei meist an eine drastische Erhöhung indirekter Steuern, vor allem der Mehrwertsteuer, die besonders kinderreiche Familien zusätzlich belasten würde.

Gegen die Zurückdrängung der Beitrags- und einen Ausbau der Steuerfinanzierung des sozialen Sicherungssystems sprechen jedoch vier entscheidende Gründe:

1. Für die Betroffenen ist die Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen erheblich weniger diskriminierend als die Abhängigkeit von staatlicher Hilfe, die ihnen vermutlich noch mehr Missbrauchsvorfälle als derzeit schon eintragen würde, weil ihr keine „Gegenleistung“ in Form eigener Beitragsleistungen gegenüber stünde.

2. Da steuerfinanzierte – im Unterschied zu beitragsfinanzierten – Sozialausgaben der jährlichen Haushaltsgesetzgebung unterliegen, ist ihre Höhe nicht nur von wechselnden Parlamentsmehrheiten und Wahlergebnissen abhängig, vielmehr fallen sie auch eher den Sparzwängen der öffentlichen Hand zum Opfer. Aufgrund der Selbstverwaltung von Sozialversicherungssystemen dürfte die Verlässlichkeit einer beitragsfinanzierten Zukunftsvorsorge demnach größer sein als bei einer steuerfinanzierten.

3. Unternehmer und Kapitaleigentümer tragen im „Lohnsteuerstaat“ Deutschland kaum noch zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Angesichts dieser steuerlichen Schiefelage würde eine Verlagerung auf Steuern zur völlig einseitigen Finanzierung der Sozialleistungen durch die Arbeitnehmer/innen führen. Während sich alle Parteien die weitere Senkung von Einkommen- und Gewinnsteuern auf ihre Fahnen geschrieben haben, sorgt die (erst ansatzweise durchbrochene) Beitragsparität der Sozialversicherung für eine angemessene(re) Beteiligung der Arbeitgeberseite an den Kosten. Gerade angesichts der Umstellung von progressiven Einkommensteuern auf Stufensteuersätze (Friedrich Merz), welche sich nach US-Vorbild auf die Einheitssteuer (flat tax) zubewegen (Paul Kirchhof), wäre es naiv anzunehmen, ein sozialer Ausgleich könne künftig noch aus Steuermitteln erfolgen. Vielmehr sinkt das Steueraufkommen tendenziell, zumal – national und weltweit – ein regelrechter Steuersenkungswettlauf stattfindet.

4. Der weit verbreitete Glaube, die Umstellung des Sozialleistungssystems auf Steuerfinanzierung schaffe Arbeitsplätze, wirtschaftliche Stabilität und mehr soziale Gerechtigkeit, dürfte sich genauso als Illusion erweisen wie die Überzeugung, das Kapitaldeckungsprinzip („Riester-Rente“) löse die Probleme der Alterssicherung einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung (besser als das bisherige Umlageverfahren). Denn in beiden Fällen handelt es sich um eine bloße Problemverschiebung, die nichts an den eigentlichen Ursachen des Kostenanstiegs ändert.

Das geltende Versicherungsprinzip ist folglich keineswegs antiquiert, vielmehr gerade im Zeichen von Globalisierung und neoliberaler Modernisierung aller Gesellschaftsbereiche ausgesprochen zeitgemäß. Es hat sich nicht erschöpft, sondern bietet hervorragende Anschlussmöglichkeiten für die Schaffung einer Bürger- bzw. Volksversicherung. Die allgemeine, einheitliche und solidarische Bürgerversicherung böte eine Möglichkeit, die Nachteile des deutschen Sozial(versicherungs)staates auszugleichen, ohne dass man seine spezifischen Vorzüge preisgeben müsste.

* Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951, leitet die Abteilung für Politikwissenschaft und ist Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln.:

Gegen Lohn- und Sozialabbau: Analysen, Berichte, Vorschläge

Veröffentlichungen in „Sand im Getriebe“ (Nummern 29 bis 36)

Die Hefte kann man herunterladen: <http://www.attac.de/rundbriefe/index.php>

Einzelne Artikel über: <http://www.attac-austria.org/sandimgetriebe/spip151/>

Die neoliberale Politik

SiG 33 Chossudovsky: Die globale Niedriglohnökonomie

Die Lohnkarawane deutscher Unternehmen *
Anti-Sweatshop Bewegung

SiG 36 Samir Amin Der kapitalistische Genozid

SiG36b Elmar Altvater: Die Globalisierung frisst ihre Kinder

Agenda 2010

SiG 31 Frankfurter Appell: Alle gemeinsam gegen
Sozialkahltschlag, für Umverteilung von oben nach unten
Attac D: Genug für alle
Thomas Fritz: Gegen die Reduktion auf die Verteilungsfrage
Astrid Kraus: Alternativen zur "Agenda 2010"

Für eine radikale Arbeitszeitverkürzung

SiG 31 Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr, Roland Roth: Sich
selbst Arbeit geben: Alternativen zur "Repressanda 2010":

SiG 34 Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen

**30 Stunden sind schon lange genug! Arbeit solidarisch
verteilen!** Artikel von Mohssen Massarrat, Winfried Wolf,
Sybille Stamm, Stefan Krull, Thomas Sablovski, Mag Wompel,
Fritz Vilmar, Klartext

SiG 35 Helmut Spitzley Arbeitszeitverlängerung ist
skandalös

Gegen Lohnabbau

SiG 31 Thomas Fritz: Gegen die Reduktion auf die
Verteilungsfrage
Rainer Roth: Sozialabbau dient dem Lohnabbau

SiG 34 Rainer Roth: 10 Euro Mindestlohn!

Steuerpolitik

SiG 31 Rainer Roth: Zu den Ursachen der gegenwärtigen Krise
der Staatsfinanzen und der Sozialversicherung

ATTAC-De Kampagne „Genug für alle“: <http://www.attac.de/genug-fuer-alle/>

AG Soziale Sicherung: <http://www.attac-freising.de/cgi-tdb/basics/sozsich/basics.prg?main=main-start.htm>

Weitere Informationen:

<http://www.klartext-info.de/> (Flugblätter, Zeichnungen, Graphiken)

<http://www.labournet.de> (Viele Infos, Analysen)

<http://www.isw-muenchen.de/download/hartz4.pdf> (8-seitige Informationsbroschüre und vieles mehr)

<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2004/brj-info-hartz.pdf>

Aktuelle Informationen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht und Arbeitslosengeld II

www.gegeninformationsbuero.de/hartz/hartz4_materialien_broschuere.pdf

<http://www.alg-2.info/> Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. - BAG-SHI

<http://www.anti-hartz-buendnis-nrw.de/hartz-iv-zuruecknehmen.pdf>

SiG 35

ATTAC Schweiz Nein zum Steuerpaket
ATTAC-D und Verdi Solidarische Einfachsteuer
ATTAC-Österreich Gewinnbesteuerung

Strategie der sozialen Bewegungen

SiG 29: ZWEITES EUROPÄISCHES SOZIALFORUM:
Aufruf der Versammlung der Sozialen Bewegungen
Agenda der Sozialen Bewegungen

SiG 30 WSF Aufruf der am WSF versammelten Sozialen
Bewegungen
Charta des WSF Eine andere Welt ist möglich

SiG31 Maria Mies: Lokalisieren statt Globalisieren
Rainer Roth: Zu den Ursachen der gegenwärtigen Krise der
Staatsfinanzen und der Sozialversicherung

SiG 33 Karl Heinz Roth Umbruch in Deutschland

SiG 35 Peter Wahl: Vor neuen Herausforderungen
medico-Thesen Jenseits des nationalen Sozialstaats:
Weltbürgerliche Solidarität
Werner Rätz: Richtungsforderungen
Deutsche Vorbereitungsgruppe für ESF Programm des ESF
in London

Berichte, Analysen aus anderen Ländern:

SiG 29 Die Auseinandersetzungen zur österreichischen
Pensionsreform
Das US-amerikanische Pensionsversicherungssystem: Systeme
im Chaos

SiG 31 Sozialabbau: EU-Länder im Überblick
USA: Vier Jobs, drei Kinder, keine Wohnung
Geheuert, gefeuert - Weltmarktarbeiterinnen im Rennen nach
unten * Armut aus der Sicht der lateinamerikanischen Frau

SiG 35 ATTAC Schweiz Dreimal Nein zum Sozialkahltschlag
ATTAC Schweiz Nein zum Steuerpaket

Sommerakademien

Rede von Ilona Plattner bei der Eröffnungsveranstaltung der Sommerakademie von ATTAC-De in Dresden

Widerstand bilden – Alternativen entwickeln

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Ich möchte mich zunächst bei der Dresdner Vorbereitungsgruppe bedanken, dass ich zur Eröffnung der Attac-Sommerakademie ein paar meiner Gedanken ausbreiten darf. Ich freue mich besonders darüber weil ich selbst durch den Besuch einer Sommerakademie zur Mitarbeit bei Attac angeregt worden bin. Vor genau zwei Jahren saß ich in Marburg auf der anderen Seite und hörte denen auf dem Podium zu. Wenn mir damals jemand gesagt hätte, dass ich schon bald selbst am RednerInnenpult stehen würde hätte ich dies für sehr unwahrscheinlich - ja - für unmöglich gehalten. Und das liebe Freundinnen und Freunde ist es wovon ich heute abend sprechen möchte -- von der Möglichkeit des Unwahrscheinlichen und Unmöglichen.

Der Strich, der im Motto der diesjährigen Sommerakademie »Widerstand bilden – Alternativen entwickeln« abgebildet ist kommt dieser Absicht in wunderbarer Weise entgegen. Gewöhnlich wird der Strich Gedankenstrich genannt ist also ein Platzhalter für Gedanken, die noch nicht da oder zumindest noch unklar sind. Erst mit der Zeit, im Ausprobieren, im Nachhinein können die Begriffe, die Gedanken gefasst werden. Im Duden wird dieser Strich auch als Streckenstrich bezeichnet was den Weg – der erst zurückgelegt werden muss um beschrieben werden zu können – andeutet. Der Platz der da freigehalten wird ist also offen, offen auch für Überraschungen und Unvorhergesehenes.

Ich erlaube mir nun diesen freien Platz, diesen unbeschriebenen Ort in dreifacher Weise zu beschreiben und dennoch offen zu lassen. Erstens geht es um die Art und Weise wie die Strecke zwischen Widerstand bilden und Alternativen entwickeln zurückgelegt werden kann. Zweitens ist die prinzipielle Offenheit, das Noch-Nicht-Wissen der Ausgangspunkt für die Bildung von Widerstand und Entwicklung von Alternativen und drittens ist das Unbestimmte bzw. das noch nicht klar zu Bestimmende das Ziel. Die Stelle wo wir anfangen, die Wege die wir betreten, die Ziele die wir uns setzen und die Art und Weise wie wir handeln sind also gekennzeichnet von Offenheit, noch nicht

genau Wissen und der Möglichkeit des Unvorhersehbaren und Unwahrscheinlichen.

Ich werde mich nun diesem unbeschriebenen Raum, diesem offenen Noch-Nicht-Ort nähern – indem zunächst die Rede ist von der Welt und den Zuständen gegen die Widerstand einzulegen ist. Dann werde ich einige Gefahren hervorheben und zum Schluss wird auf die andere mögliche unmögliche Welt hingewiesen.

In den letzten Jahrzehnten wird mit Hilfe der Gehirnforschung, der Kommunikationstheorien und anderer Wissenschaften – aber auch zunehmend durch unsere eigenen konkreten Erfahrungen deutlicher, dass wir uns immer ein Bild von der Welt machen also nie unmittelbar die Welt erleben. Nichts kann von uns wahrgenommen werden ohne nicht durch Filter aller Art ausgewählt, bestimmt, bewertet und eingeordnet zu werden. Eine Folge der Erkenntnis, dass wir uns immer ein Bild machen ist die einfache Tatsache, dass es dann für unsere weiteren Handlungsweisen und Zielsetzungen eine große Rolle spielt welches Bild wir uns von der Welt machen – wie wir das was wir Realität nennen beschreiben und bewerten und was wir aus dem Meer des Wahrnehmbaren auswählen und verknüpfen.

Wenn wir z. B. – allein wegen der ständigen Wiederholung – der Botschaft Glauben schenken, dass wir alle den Gürtel enger schnallen müssen, werden wir kaum den Willen zum Widerspruch aufbringen, vielmehr werden wir uns dann in das anscheinend Unvermeidliche einrichten. Wenn wir hingegen die gleiche Botschaft und ihre Form also die ständige Wiederholung als Massensuggestion begreifen werden wir zumindest nach fragen zu welchem Zweck und in wessen Interesse wir uns eigentlich mit dem behaupteten Mangel zufrieden geben sollen.

So gesehen kann der erste Akt zur Bildung des Widerstandes die Schaffung eines bestimmten Bildes sein. In meinem Bild und ich behaupte in immer mehr Bildern von immer mehr Menschen werden die gegenwärtigen Zustände in der Welt als Sackgassen in jeglicher Hinsicht gezeichnet.

Die Versprechungen derjenigen zum Beispiel, die glaubten auf den internationalen Finanzmärkten würden ein für alle mal die kapitalistischen Konjunkturschwankungen und -krisen einem immer währenden Wachstum, einem immer währenden Goldregen weichen haben sich im wahrsten Sinne des Wortes als Luftnummern erwiesen. Die Helden von damals sind die korrupten Abzocker von heute. Was blüht und gedeiht ist nicht das Paradies sondern die Ausbreitung der Massenarbeitslosigkeit, der Armut, der Kriege, der Flüchtlings- und Migrationsströme, der Umweltzerstörungen.

Auf den kleinsten (zynischen) Nenner gebracht zeigt unser Bild eine Menschheit, die erfolgreich, effizient und nachhaltig dabei ist sich selbst abzuschaffen. Für die Mehrheit der Menschen bedeutet Leben Überleben im Kampf gegen Hunger, Krankheit, ökologische Katastrophen, Ausbeutung und Gewalt.

Die Ursachen und Gründe für diese in weiten Teilen zerstörerischen Auswirkungen sind äußerst widersprüchlich und vor allem sind dies neue Formen des Terrors. Terror bedeutet Schrecken – ein angemessenes Wort für die zunehmende Verunsicherung, Verwirrung und Hilflosigkeit auch in den reichen Ländern des Nordens. Neu ist nicht nur das Ausmaß des Schreckens – neu ist die Geschwindigkeit, sind die Bündnisse zwischen Technik und Medien, zwischen Technik, Medien und Religion, zwischen Technik, Medien und Kapital. Gerade die Verbrüderung zwischen den digitalen Technologien und der weltumfassenden kapitalistischen Wirtschaftsweise beschleunigt schon lange bestehende Entwicklungen. In geradezu außerirdischen Dimensionen jagt das Kapital auf virtuellen Datenbahnen um die Welt – enthoben jeglicher Kontrolle – operierenden in fiktiven Größen aber mit sehr konkreten Folgen. Die menschengemachte aber irgendwie entfesselte Maschine zwingt Mensch, Tier und Erde unter die kapitalistische Verwertungsknute.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Der erste Akt wäre vollbracht wir haben genügend Bilder von der Welt, die uns motivieren sollten neue, andere Bilder von einer anderen Welt zu schaffen. Jetzt geht es darum Gestaltungskraft zu entwickeln,

Handlungsfähigkeit zu gewinnen und uns nicht von alten Konzepten oder neuen Schrecken beirren zu lassen.

Zu oft haben emanzipatorische Bewegungen von der Arbeiter- bis zur Frauenbewegung erleben müssen, dass ihre Forderungen und Ideen nur zur Verschiebung der Ungerechtigkeiten beitragen. Das immer gleiche Stück vom Kuchen wird dorthin verteilt wo der Widerstand anders nicht zu brechen ist und immer auf Kosten derer die keinen Widerstand leisten können. Zu oft haben die verschiedensten Akteure und Akteurinnen im Namen einer besseren Welt sich gegenseitig geschwächt und behauptet nur ihr Programm wäre das einzig Wahre. Und viel zu schnell gaben wir auf und richteten uns in unseren privaten Räumen ein während »draußen« alles abgeschafft wurde was den Namen Emanzipation verdient.

In Kenntnis der Gefahren und Irrwege richten wir heute unseren Blick auf das ganze Bild, auf die ganze Welt. Wir besinnen uns auf größere Zeiträume, erstellen genaue Analysen, schärfen unsere Kritik und fassen dabei nahe und ferne Ziele ins Auge. So unbestimmt und ungenau das Bild von der anderen Welt auch sein mag, kann einfaches dennoch gesagt werden: Auf die weiße Leinwand mit dem offenen Rahmen setzen wir ein ganz unwahrscheinliches Blau für die Weite und die Freiheit unserer Gedanken. Für die Wärme und den Respekt im Umgang miteinander nehmen wir ein unmöglich schillerndes Rot und ein ganz unglaublich frisches Grün gibt uns die Gewissheit, dass Unmögliches doch möglich ist.

Liebe Freundinnen und Freunde, es ist noch nicht lange her, dass es für mich und andere sehr schwierig war in diesen Teil von Deutschland zu reisen. Wer von uns hätte es

wirklich für möglich gehalten, dass die Mauer, die für die Ewigkeit zu stehen schien und die ganze Welt zweiteilte so einfach fallen würde? Die Menschen in dieser Stadt, die Menschen im Osten der Republik sind geübt im Unwahrscheinlichen, sie sind geübt in Unmögliches möglich machen. Und es ist alles andere als erwiesen wohin uns dieser Fall noch bringen wird. Noch ist der Raum von uns zu besetzen, der Platzhalter, der Streckenstrich ist noch offen – frei für Unvorhergesehenes.

Ja, wir leben in ganz unwahrscheinlichen Zeiten! Und überall dort wo Menschen anfangen ihre selbst bestimmten Bilder von der Welt zu machen, das vorhandene Wissen auf ihre Weise verknüpfen und gemeinsam mit anderen anderes, unmögliches tun – ist sie da – die andere, die mögliche unmögliche Welt.
Vielen Dank

Rosa Luxemburg

Zusammengestellt aus 30 Jahre Rosa Luxemburg für die Eröffnungsveranstaltung der Attac Sommerakademie 2004 in Dresden von Ilona Plattner

Es ist kein Wunder, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung es als Verbrechen gebrandmarkt wird, wenn man gegen den Menschenmord, gegen den Völkermord predigt. Wenn Sie sich die Gesellschaftsordnung näher betrachten, in der wir leben, so müssen Sie sich selbst sagen, **diese Gesellschaftsordnung beruht ja auf dem organisierten Mord**, und es heißt ihr die Lebensbasis entziehen, wenn man gegen den Mord die besten und edelsten Geister der Menschheit aufruft.

(...)

Verehrte Anwesende! Wenn ein »freier Bürger« von einem anderen gegen seinen Willen, zwangsweise in ein enges, unwohnliches Gelaß gesteckt und dort eine Zeitlang gehalten wird, so versteht jeder, daß dies Gewalt ist. Sobald jedoch die Operation aufgrund eines gedruckten Buches, genannt Strafkodex, geschieht und das Gelaß **Zuchthaus** heißt, dann verwandelt sie sich in einen Akt der friedlichen Gesetzlichkeit. Wenn ein Mensch von einem anderen gegen seinen Willen zur systematischen Tötung von Nebenmenschen gezwungen wird, so ist das ein Gewaltakt. Sobald aber dasselbe »**Militärdienst**« heißt, bildet sich der gute Bürger ein, in vollem Frieden der Gesetzlichkeit zu atmen. Wenn eine Person von einer anderen gegen ihren Willen um einen Teil ihres Besitzes oder Verdienstes gebracht wird, so zweifelt kein Mensch, daß ein Gewaltakt vorliegt, heißt aber dieser Vorgang »**indirekte Steuererhebung**«, dann liegt bloß eine Ausübung der Gesetze vor.

Mit einem Worte: Was sich uns als bürgerliche Gesetzmäßigkeit präsentiert, ist nichts anderes als **die von vornherein zur verpflichtenden Norm erhobene Gewalt der herrschenden Klasse**. Ist diese Festlegung der einzelnen Gewaltakte zur obligatorischen Norm einmal geschehen, dann mag die Sache sich im bürgerlichen Juristenhirn und nicht minder im sozialistischen Opportunistenhirn auf den Kopf gestellt bespiegeln; die »gesetzliche Ordnung« als eine selbständige Schöpfung der »Gerechtigkeit« und die Zwangsgewalt des Staates bloß als eine Konsequenz, eine »Sanktion« der Gesetze. In Wirklichkeit ist umgekehrt die bürgerliche Gesetzlichkeit (und der Parlamentarismus als die Gesetzlichkeit im Werden) selbst nur eine bestimmte gesellschaftliche Erscheinungsform der aus der ökonomischen Basis emporgewachsenen politischen Bourgeoisie. (...)

In der gegenwärtigen Lage der Weltpolitik **droht jeder Krieg zweier Mächte** in einen bewaffneten Zusammenstoß der widerspruchsvollen Interessen aller Mächte umzuschlagen, **droht zu einem allgemeinen Blutbad zu werden**. Dem Kapitalismus wird es in Europa und Amerika zu eng; alle kapitalistischen Mächte haben begonnen, Asien und Afrika in den Wirbel der kapitalistischen Entwicklung hineinzuziehen, daher die ständige Gefahr von Weltkonflikten in diesen beiden Weltteilen. Dieses ist nun in den letzten Jahrzehnten der sechste Krieg, der den Weltfrieden gefährdet. Im Jahre 1894/1895 der Krieg zwischen Japan und China, nachher Griechenland und Türkei, Vereinigte

Staaten und Spanien, England und die Buren und der Krieg der ganzen kapitalistischen Welt mit den chinesischen Boxern. Besonders ist es Asien, mit seinen ungeheuren natürlichen Reichtümern und seiner halben Milliarde Bevölkerung, und in Asien ganz besonders China, die eine außerordentliche Anziehungskraft auf das kapitalistische Gelüste ausüben. Dort winkt ein riesenhafter Absatzmarkt für Waren, die das Kapital mit Hilfe der Arbeiterhände in immer größerer Menge herstellt, ohne zu wissen, wie man sie absetzt. Dort kann das angesammelte, aus den Arbeitern herausgepreßte Kapital rentabel angelegt werden; dort ist billige Arbeitskraft, mit deren Hilfe man Eisenbahnen bauen, Bergwerke anlegen und Fabriken errichten kann. Dort können die Kapitalisten ihre Reichtümer, mit denen sie nichts anzufangen wissen, anlegen und neue Reichtümer hinzugewinnen. Daher sind auch die Lebensinteressen der kapitalistischen Mächte heute in Asien konzentriert. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Frankreich und Deutschland sind am stärksten in Asien engagiert.

(...)

Verehrte Anwesende! **Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken. Aber sie machen sie selbst**. Das Proletariat ist in seiner Aktion von dem jeweiligen Reifegrad der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig, aber die gesellschaftliche Entwicklung geht nicht jenseits des Proletariats vor sich, es ist in gleichem Maße ihre Triebfeder und Ursache, wie es ihr Produkt und Folge ist. Seine Aktion selbst ist mitbestimmender Teil der

Geschichte. Und wenn wir die geschichtliche Entwicklung sowenig überspringen können wie der Mensch seinen Schatten, wir können sie wohl beschleunigen oder verlangsamten.

(...)

Ach, Sonitschka, ich habe hier einen scharfen Schmerz erlebt, auf dem Hof, wo ich spazierte, kommen oft Wagen vom Militär, voll bepackt mit Säcken oder alten Soldatenröcken und Hemden, oft mit Blutflecken, die werden hier abgeladen, in die Zellen verteilt, geflickt, dann wieder aufgeladen und ans Militär abgeliefert. Neulich kam so ein Wagen, bespannt, statt mit Pferden, mit Büffeln. Ich sah die Tiere zum erstenmal in der Nähe. (...) Sie stammen aus Rumänien, sind Kriegstrophäen ... die Soldaten, die den Wagen führen, erzählen, daß es sehr mühsam war, diese wilden Tiere zu fangen, und noch schwerer, sie, die an die Freiheit gewöhnt waren, zum Lastdienst zu benutzen. Sie wurden furchtbar geprügelt, bis daß für sie das Wort gilt »vae victis« ... (...) Sie werden schonungslos ausgenutzt, um alle möglichen Lastwagen zu schleppen, und gehen dabei rasch zugrunde. – Vor einigen Tagen kam also ein Wagen mit Säcken hereingefahren, die Last war so hoch aufgetürmt, daß die Büffel nicht über die Schwelle bei der Toreinfahrt konnten. Der begleitende Soldat, ein brutaler Kerl, fing an, derart auf die Tiere mit dem dicken Ende des Peitschenstieles loszuschlagen, daß die Aufseherin ihn empört zur Rede stellte, ob er denn kein Mitleid mit den Tieren hätte! »Mit uns Menschen hat auch niemand Mitleid«, antwortete er mit bösem Lächeln und hieb noch kräftiger ein ... Die Tiere zogen schließlich an und kamen über den Berg, aber eins blutete ... Sonitschka, die Büffelhaut ist sprichwörtlich an Dicke und Zähigkeit, und die war zerrissen. Die Tiere standen dann beim Abladen ganz still und erschöpft, und eins, das, welches blutete, schaute dabei vor sich hin mit einem Ausdruck in dem schwarzen Gesicht und den sanften schwarzen Augen wie ein verweintes Kind. Es war direkt der Ausdruck eines Kindes, das hart bestraft worden ist und nicht weiß, wofür, weshalb, nicht weiß, wie es der Qual und der rohen Gewalt entgegen soll ... ich stand davor, und das Tier blickte mich an, mir rannen die Tränen herunter – es waren seine Tränen, man kann um den liebsten Bruder nicht schmerzlicher zucken, als ich in meiner Ohnmacht um dieses stille Leid zuckte. (...) Oh, mein armer Büffel, mein armer, geliebter Bruder, wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumpf und sind nur eins in Schmerz, in Ohnmacht, in Sehnsucht. – Derweil tummelten sich die Gefangenen geschäftig um den Wagen, luden die

schweren Säcke ab und schlepten sie ins Haus; der Soldat aber streckte beide Hände in die Hosentaschen, spazierte mit großen Schritten über den Hof, lächelte und pfiß leise einen Gassenhauer. Und der ganze herrliche Krieg zog an mir vorbei.

(...)

Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als die zusammengedrückte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen verschiedene Momente. Das ganze Geheimnis der geschichtlichen Umwälzungen durch den Gebrauch der politischen Macht liegt ja gerade in dem Umschlage der bloßen quantitativen Veränderungen in eine neue Qualität, konkret gesprochen in dem Übergange einer Geschichtsperiode, einer Gesellschaftsordnung in eine andere.

Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten.

(...)

Verehrte Anwesende! Wird es in Deutschland aus irgendeinem Anlaß und in irgendeinem Zeitpunkt zu großen politischen Kämpfen, zu Massenstreiks kommen, so wird das zugleich eine Ära gewaltiger gewerkschaftlicher Kämpfe in Deutschland eröffnen, wobei die Ereignisse nicht im mindesten danach fragen werden, ob die Gewerkschaftsführer zu der Bewegung ihren Segen gegeben haben oder nicht. Stehen sie auf der Seite oder suchen sich gar der Bewegung zu widersetzen, so wird der Erfolg dieses Verhaltens nur der sein, daß die Gewerkschaftsführer genau wie die Parteiführer im analogen Fall von der Welle der Ereignisse einfach auf die Seite geschoben und die ökonomischen wie die politischen Kämpfe der Masse ohne sie ausgekämpft werden.

(...)

Es kann keine gröbere Beleidigung, keine ärgere Schmähung gegen die Arbeiterschaft ausgesprochen werden, als die Behauptung: theoretische Auseinandersetzungen seien lediglich Sache der »Akademiker«. Schon Lassalle hat einst gesagt: Erst, wenn Wissenschaft und Arbeiter, diese entgegengesetzten Rôle der Gesellschaft, sich vereinigen, werden sie alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken. Die ganze Macht der

modernen Arbeiterbewegung beruht auf der theoretischen Erkenntnis.

(...)

Genossen! Die Frauen des Proletariats sind wirtschaftlich selbständig, sie sind für die Gesellschaft produktiv tätig so gut wie die Männer. Nicht in dem Sinne, daß sie dem Manne durch häusliche Arbeit helfen, mit dem kargen Lohn das tägliche Dasein der Familie zu fristen und Kinder zu erziehen. Diese Arbeit ist nicht produktiv im Sinne der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und mag sie in tausendfältigen kleinen Mühen eine Riesenleistung an Selbstaufopferung und Kraftaufwand ergeben. Sie ist nur eine private Angelegenheit des Proletariats, sein Glück und Segen, und gerade deshalb bloße Luft für die heutige Gesellschaft. Als produktiv gilt – solange Kapitalherrschaft und Lohnsystem dauern werden – nur diejenige Arbeit, die Mehrwert schafft, die kapitalistischen Profit erzeugt. Von diesem Standpunkt ist die Tänzerin im Tingeltangel, die ihrem Unternehmer mit ihren Beinen Profit in die Tasche fegt, eine produktive Arbeiterin, während die ganze Mühsal der Frauen und Mütter des Proletariats in den vier Wänden ihres Heimes als unproduktive Tätigkeit betrachtet wird. Das klingt roh und wahnwitzig, entspricht aber genau der Rohheit und dem Wahnwitz der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und diese rohe Wirklichkeit klar und scharf zu erfassen, ist die erste Notwendigkeit für die proletarischen Frauen.

(...)

Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei ... Wir stehen – heute – vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur wie im alten Rom, Entvölkerung, Verderbung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, das heißt der bewußten Kampfaktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg. Dies ist ein Dilemma der Weltgeschichte.

(...)Werte Anwesende! **Mensch sein** ist vor allem die Hauptsache. Und das heißt: fest und klar und heiter sein, ja, heiter trotz alledem und alledem, denn das Heulen ist das Geschäft der Schwäche. Mensch sein heißt sein ganzes Leben »auf des Schicksals große Waage« freudig hinwerfen, wenn's sein muß, sich zugleich aber an jedem hellen Tag und jeder schönen Wolke freuen.

- Die Welt ist so schön bei allem Graus-

Christa Wichterich

Zur Demokratisierung von Arbeitsteilung und Arbeitsbewertung - für eine faire, nachhaltige Weltökonomie

(Beitrag auf der ATTAC- Sommerakademie in Österreich)

Die Krise der Arbeit und Beschäftigung wird im folgenden aus zwei Blickwinkeln her behandelt

1) aus einer feministischen Perspektive, deren analytischer Ansatzpunkt ist, dass die neoliberale Globalisierung sich auf Grundlage internationaler und geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung vollzieht,

2) aus der internationalistischen Perspektive von attac, einer globalisierungskritischen Bewegung und eines neoliberalismuskritischen Projekts, das auf globale soziale Gerechtigkeit orientiert.

Dazu vier Thesen:

1) In der Krise von Arbeit und Beschäftigung drückt sich der globale Standortwettbewerb und das Ende des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses aus.

Die Krise von Arbeit und Beschäftigung signalisiert in einem europäischen Land nach dem anderen, dass unsere Arbeitsmärkte nun vollständig in die Dynamik des globalen Standortwettbewerbs geraten sind. Diese Standortkonkurrenz ist ein erbarmungsloser Unterbietungskampf – „race to the bottom“ nennt man das in Asien. Jedes Land oder jede Region versucht mit Strategien der Deregulierung, Produktivitätssteigerung und Kostensenkung die Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszubooten. Mit Deregulierung - der Aushöhlung von Tarifrecht, Kündigungsschutz, Mutterschutz etc. -, und Kostensenkung – Lohndumping in Mini-Jobs, Arbeitszeitverlängerung, Etablierung von Niedriglohnbereichen, Informalisierung und Flexibilisierung - wird das Ende des sog. Normalarbeitsverhältnisses besiegelt. Dieses Normalarbeitsverhältnis war das Kernstück, der Grundstein des fordistischen Gesellschaftsvertrags im keynesianischen wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Im Rahmen gewerkschaftlich erkämpfter Rechte ermöglichte die industrielle Massenproduktion in den Ländern des Nordens einen Konsumwohlstand und die Entstehung einer relativ breiten kaufkräftigen Konsumklasse. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass der so geschaffene Wohlstand und Konsum im Norden auf einer massiven Ressourcenausbeutung der Länder des Südens durch ungerechte Handelsbedingungen of Trade und einen Nettokapitaltransfer von Süd nach Nord infolge der Auslandsverschuldung basierte, d.h. dass unser Wohlstand sich von Ungleichheit und einer Machtasymmetrie in der Weltwirtschaft nährte.

Dem fordistischen Gesellschaftsvertrag von Arbeit und Wohlstand entsprach ein zutiefst patriarchales Familienmodell: der lebenslang vollbeschäftigte weiße Ernährermann und seine Ehefrau, die nicht erwerbstätig war oder lediglich geringfügig „zuverdient“ und unbezahlt Sorge- und Reproduktionsarbeit leistete. D.h. das Normalarbeitsverhältnis existierte nur auf Grundlage von Geschlechterungleichheit, nämlich der Ausgrenzung von Frauen aus der Erwerbstätigkeit und ihrer Zuständigkeit für die soziale Reproduktion. Vollbeschäftigung war eine historische Ausnahmesituation in wenigen Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, die doppelte Ungleichheitsverhältnisse im internationalen wie auch im Geschlechterregime zur Voraussetzung hatte und auf der massiven

Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten aus dem Wertschöpfungsprozess basierte.

Der Umbau der Arbeitsmärkte, den die neoliberale Politik – von rot-grüner Couleur in Deutschland bis zu konservativ-nationalistischer Prägung in Italien – nun eine Reform tauft, macht Arbeit und Arbeitsverhältnisse, Menschen und Märkte fit für den globalisierten Unterbietungswettbewerb. Diese euphemistisch „Modernisierung“ oder Reform genannte Umstrukturierungspolitik ist Strukturanpassungspolitik im Norden und vollzieht Prozesse nach, die in Ländern des Südens längst stattgefunden haben. Dazu zählen die deregulierte Niedriglohnproduktion, der Boom ungeschützter informeller Arbeit, das Aufblühen von Schattenökonomien und immer häufiger von Gewaltmärkten, Lohndumping und die verstärkte Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten aus den Marktprozessen.

2) Post-fordistische Arbeitsverhältnisse werden auf Grundlage der Geschlechterungleichheit durchgesetzt. Frauen haben den Weg in die neuregulierte Arbeitswelt gebnet, jetzt folgen ihnen Männer.

Durch Kostensenkung und Sozialabbau werden nun post-fordistische Arbeits- und Wettbewerbsverhältnisse eingeführt, in denen Erwerbsarbeit, Existenzsicherung und staatlich garantierte soziale Sicherheit voneinander entkoppelt sind. Bei dieser Transformation spielen Frauen eine wichtige strategische Rolle und es ist kein Zufall, dass gerade jetzt eine Feminisierung der Beschäftigung stattfindet. Im letzten Jahrzehnt ist die Frauenbeschäftigung schneller gewachsen als die Beschäftigung von Männern, während Männer durch die De-Industrialisierung massenhaft von struktureller Erwerbslosigkeit betroffen sind. Feminisierung der Beschäftigung meint aber nicht nur den wachsenden Anteil von Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt, nämlich von über 40 %, sondern auch die Veränderung der Beschäftigungsformen durch Flexibilisierung, Informalisierung und Lohn-Dumping. Das heißt: die Mehrzahl der Frauen findet sich in ungeschützten, prekären, geringentlohnten Jobs wieder. Es bedeutet weiter, dass die Beschäftigungsgewinne von Frauen weder mit Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen noch mit gleichem Zugang zu sozialer Sicherung einhergehen. Das Lohn- und Einkommensgefälle ist unverändert: Frauen verdienen im Europadurchschnitt 25 % weniger als Männer, und Frauen machen nach neuen ILO-Angaben 60 % der „working poor“ aus, mit den entsprechenden lebensgeschichtlichen Spätfolgen für die Alterssicherung.

Der Umbau der Arbeitsmärkte findet zu einem Teil entlang der Geschlechterlinien statt. Frauen gelten als prädestiniert für die Niedriglohnjobs, Mini-Jobs, Heimarbeit und Teilzeitarbeit im Dienstleistungssektor, weil ihnen immer noch die „Zuverdienerin“-Rolle und die Verantwortung zugeschrieben wird, Sorge- und Erwerbsarbeit individuell vereinbaren zu müssen. Mit ihnen als billigen, gering bewerteten Arbeitskräften sind die niedrigen Standards und Löhne sowie ungeschützte und rechtsunsichere Arbeitsformen zuerst durchsetzbar. Durch Umbaustrategien wie der Verlagerung von

arbeitsintensiven Fabrikation in die Exportproduktionszonen, Teleports, Call Centres und Datenverarbeitungszentren im globalen Süden und Osten oder der Auslagerung von Arbeitsprozessen in informelle und flexibilisierte Tätigkeitsbereiche entstanden in den vergangenen Jahrzehnten große geschlechtsspezifische Segmente auf den Arbeitsmärkten. Die strategische Bedeutung von Frauen liegt darin, eine Niedrighaltung oder gar Senkung der Lohnkosten sowie eine Prekarisierung der Beschäftigung möglich zu machen. Deregulierung der Märkte durch Abbau bestehender Rechte, einschließlich gewerkschaftlicher Organisation, und Regeln ist immer auch ein Prozess politischer Neuregulierung durch die Einführung anderer Regulierungs- und Steuerungsmechanismen. Wegen ihrer Flexibilisierungsrolle sind Frauen die Prototypen der Zu- und Abrufarbeitskräfte, just-in-time, die Call Girls der globalen Märkte, die je nach Auftragslage und Bedarf geheuert und gefeuert werden.

Auf diese Weise werden bei der Transformation der Arbeitsmärkte bestehende soziale Ungleichheiten wie die Geschlechterunterschiede, Alter, Migration usw. genutzt. Für Frauen, die bisher von Erwerbsarbeit und eigenständiger Existenzsicherung über den Markt ausgeschlossen waren, bleibt dies ein ambivalenter Prozess. Da Erwerbsarbeit und effizienzorientierte Leistung die zentralen Vergesellschaftungsmechanismen in europäischen Gesellschaften sind, sind Frauen durch die Integration in die Lohnarbeit als Homo oeconomica, als wertschöpfender und wertvolle Gesellschaftsmitglieder aufgewertet. Andererseits ist es gerade die fortbestehende Ungleichheit und die Ungleichwertigkeit, die der Markt als komparativer Vorteil nutzt und die für Kostensenkung und Deregulierung instrumentalisiert wird.

3) Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung ist die Grundlage für die Neuverteilung und Neubewertung von Arbeit und die Schaffung neuer Ungleichheiten

Feministische Ökonomie hat immer das Ganze der Wirtschaft und das Gesamt von Arbeit, nämlich alle ihre gesellschaftlich notwendigen Formen, in den Blick genommen. Außerdem hat sie den Charakter aller Arbeit als soziale Verhältnisse und soziale Prozesse akzentuiert. Zeitbudgetstudien zeigen, dass Männer zwei Drittel der bezahlten und Frauen zwei Drittel der unbezahlten Arbeit in Europa leisten. Unbezahlte und ehrenamtliche Sorge-, Subsistenz- und Reproduktionsarbeit wird als quasi natürliche und unendliche dehnbare Ressource für das Funktionieren der Wirtschaft vorausgesetzt, gleichzeitig aber von der Ökonomie als nicht produktiv und nicht wertschöpfend diskreditiert. In der neoklassischen Theorie und der marktwirtschaftlichen Praxis zählt nur die Arbeit, die sich den Kriterien der Effizienz, der Produktivitätssteigerung, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit unterwirft. Arbeit, die anderen Prinzipien folgt, nämlich der Vorsorge und Fürsorge, der Kooperation und Wechselseitigkeit, der Solidarität oder anderen moralischen Prinzipien gehorcht, wird aus der Ökonomie ausgegliedert und als unökonomisch abgewertet. Das hat zum einen die Zerstörung der moralischen oder solidarischen Formen von Ökonomie zur Folge, zum anderen die Entbettung der Ökonomie aus den sozialen Bezügen. Dabei entsteht eine Abspaltung der Effizienzrationalität von Arbeit von der Versorgungsrationalität. Das Effizienzprinzip steht quer zum Sorgeprinzip. Dies zeigt sich am deutlichsten an den personennahen Dienstleistungen. Fürsorge- und Pflegearbeit sind nun einmal nicht grenzenlos zu beschleunigen und rationalisieren. Die

Effizienz hat hier ihre Grenze an der Menschlichkeit. Das zeigt die Einführung von Pflegemodulen mit der In-Wert-Setzung von Handreichungen im Minutentakt. Streicheleinheiten und Beziehungspflege haben in diesen zeitterroristischen Modulen keinen Platz. Ökonomisierung von Dienstleistungen und Fürsorge führt deshalb zur Abwertung und Abspaltung der Sorgearbeit. Produktivitätssteigerung kann nur auf Grundlage dieser Abspaltung stattfinden.

Nun hatten westliche Frauenbewegungen als einen zentralen Anspruch, die geschlechtshierarchischen Arbeitszuweisung zu knacken. Doch trotz der Integration von Frauen in die Erwerbsmärkte ist die gesellschaftliche Reproduktions- und Sorgearbeit eine weiblich dominierte Ökonomie geblieben. Es ist weder gelungen, die Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern zu teilen, noch eine Gleichbewertung der unterschiedlichen Formen von Arbeit als wertvoll, produktiv und gesellschaftlich notwendig zu erreichen.

Stattdessen wird Sorgearbeit zunehmend international organisiert und geteilt, jedoch nicht zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen verschiedenen Frauen, nämlich zwischen preiswerten, oft undokumentierten Migrantinnen und mittelständischen, gutqualifizierten und besser verdienenden weißen Frauen. Im Reproduktionssektor hat sich eine „Global Care Chain“ entwickelt. Migrantinnen arbeiten bei uns als Hausangestellte und Altenpflegerinnen, als Krankenschwester und Sexarbeiterin und lassen ihre Kinder, Kranken und Alte zur Pflege bei ihren Schwestern, Tanten und Müttern zurück. Im Norden wird der sog. Pflegenotstand in Krankenhäusern und Altenheimen und unsere Probleme mit der Sorgearbeit erneut mithilfe und auf Kosten anderer in der globalen hierarchisierten Arbeitswelt gelöst. Und gleichzeitig sind die Migrantinnen, die die Arbeitspyramide ständig neu von unten auffüllen und unterschichten, und aufgrund ihrer prekären Situation gezwungen sind, Minilöhne und ungeschützte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, einmal mehr instrumentell zur Lohndrückerei und Neuregulierung von Arbeitsverhältnissen. So greift die Neuorganisation der Beschäftigungsverhältnisse auf die hierarchische Bewertung von Sorge- und marktförmiger Arbeit und die hierarchische Bewertung der Geschlechter zurück.

Auch bei der marktförmigen oder weltmarktförmigen Organisation der überwiegend von Frauen geleisteten gesellschaftlichen Reproduktions- und Sorgearbeit bleibt es bei der Geringbewertung. Gerade Pflege- und Sorgejobs werden derzeit erneut abgewertet und als 1-Euro-Jobs für Lohndumping freigegeben. Gleichzeitig mit der Abwertung und Unterbezahlung von flexiblierter und fürsorgender Arbeit auf den Teilzeit-, Gelegenheits-, Leiharbeits- und Migrantinnenmärkten findet eine zunehmende Polarisierung der Bewertung von Leistung durch die Überbezahlung und Überbewertung von Arbeit der sog. Effizienzelite im Management und auf den Finanzmärkten statt. Dies spiegelt sich einerseits in den schwindelerregenden Gehältern und utopischen Abfindungen von Konzernleitern und andererseits der nach unten offenen Skala von Niedriglöhnen und Minijobs jenseits aller tariflichen Regelungen.

Diese Bewertungshierarchie von Arbeit entlang der Kriterien von Effizienz, Rentabilität und Wachstum verschärft Konkurrenz, Entsolidarisierung und soziale Polarisierung und verunmöglicht eine sozial gerechte und solidarische Ökonomie, die moralischen Leitorientierungen folgt. Differenzierung der

Leistungsbewertung und Entlohnung verhindert Solidarisierung und Organisierung und folgt der Logik der Spaltung und der Individualisierung des homo oeconomicus auf dem Markt. Arbeit als soziale Beziehungsform wird unsichtbar hinter Arbeit als individueller, differenziert entlohnter Leistung.

4) Arbeit und Arbeitsteilung müssen im Kontext einer gerechtigkeitsorientierten solidarischen Wirtschaft diskutiert werden.

Aus einer internationalistischen und globalisierungskritischen Perspektive muss das Thema Arbeit auf die normative Zielorientierung globaler sozialer Gerechtigkeit abgestellt und jenseits der Realpolitik im Bezugsrahmen einer solidarischen Weltwirtschaft radikal und visionär neu gedacht werden. Der Umbau von Arbeit und Beschäftigung sowie die Neuregulierung der Arbeitsmärkte sind paradigmatische Globalisierungs- bzw. Glokalisierungsthemen. Es gilt, den Zusammenhang zwischen den Sachzwängen des globalen Marktes und neoliberaler Politik zwecks Standortsicherung einerseits und den Veränderungen der Mikroebene der Arbeitsverhältnisse andererseits zu dekonstruieren. Aufgrund der internationalen Arbeitsteilung können weder die Krise der Arbeit noch ihre Lösung nur in einem national-staatlichen Rahmen gedacht werden. Hierzu muss vielmehr eine globalistische weltbürgerliche Perspektive entwickelt werden.

Der Angriff auf das Tarifrecht wie auch die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme ist eine machtpolitische Auseinandersetzung, durch die die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschoben, soziale Kräfte entmachtet sowie soziale und wirtschaftliche Rechte ausgehebelt werden sollen. Zweifellos ist es Aufgabe der Gewerkschaften, diese historisch erkämpften Rechte zu verteidigen. Weitergehend aber müssen aus diesen realpolitischen Positionen heraus die Mechanismen von Herrschaft auf den Märkten und in den Verteilungsmechanismen analysiert werden, um radikaleres und weltbürgerliches Denken zu entwickeln. Dies muss die Ränder viel stärker einbeziehen, die Erwerbslosen, die VerliererInnen, die Marginalisierten, die MigrantInnen, den globalen Süden. Denn wenn der Tarifvertrag oder die 35 Stunden-Woche den mitteleuropäischen Lohnarbeitern erhalten bleiben, ändert dies nichts an den Ungerechtigkeiten, die in der internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung strukturell inhärent sind.

Gleichwohl ist es, spätestens seit der Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ entdeckte, eine Binsenweisheit, dass die keynesianische Sozialstaatlichkeit auf dem Wohlstands- und Konsumniveau der Mittelklassen im globalen Norden nicht verallgemeinerbar ist und im Süden alle Projekte nachholender Entwicklung gescheitert sind und unter den Voraussetzungen bestehender Macht- und Ungleichheitsparameter auf dem Weltmarkt auch scheitern mussten. Die Wiederherstellung der fordistischen Sozial- und Wohlfahrtsstaatlichkeit wäre aus einer internationalistischen Perspektive höchst bedenklich, weil sie nur auf Kosten des Südens und der Umwelt möglich ist und immer auf Prinzipien der Ungleichheit beruht. Ebenso wenig ist Vollbeschäftigung wiederherstellbar, zum einen weil aufgrund der Produktivitätssteigerung und der technologischen Entwicklung immer weniger Arbeitskräfte benötigt werden, um immer mehr Güter zu produzieren, zu handeln und Dienste zu leisten. Zum anderen aber weil Vollbeschäftigung des weißen Ernährermannes auf Kosten seiner unbezahlt Sorgearbeit leistenden und aus dem Erwerbsmarkt ausgegrenzten oder marginalisierten „Hausfrau“ ging.

Die Rede vom Ende der Arbeit, die gerade eine Renaissance erlebt, haben Feministinnen schon immer korrigiert: es geht die existenzsichernd bezahlte Arbeit aus oder die Bezahlung für Arbeit, nicht aber die Arbeit. Im Gegenteil: tendenziell nimmt die unbezahlte Arbeit wieder zu. Denn überwiegend Frauen fangen durch Mehrarbeit in der Haushalt- und Subsistenz-ökonomie Einkommensrückgänge auf, soziale Aufgaben und Projekte, die die Regierungen im Zuge des Sparzwangs nicht mehr öffentlich finanzieren, werden von Frauen erneut in ihre haushalts- oder ehrenamtliche Gemeindearbeit übernommen. In Deutschland organisieren sich vor allem Frauen, damit Frauenhäuser, Schwimmbäder, Bibliotheken, kleine Museen von den Kommunen nicht geschlossen werden. Ohnehin wächst die Konsumarbeit – von Gemüseabwiegen im Supermarkt bis zum Bankautomaten.

Die weltweite Umstrukturierung der Arbeitsmärkte ist eine Neuverteilung von Arbeit durch neoliberale Politik nach Maßgabe von Standort- und Rentabilitätsinteressen und jenseits aller demokratischen Kontrolle durch die Arbeitenden selbst. Angesichts von Massenerwerbslosigkeit und der Tendenz zur Prekarisierung der Existenz bis zur Verarmung rückt die Verteilungsfrage ins Zentrum, Verteilung von Arbeit und zwar von aller Arbeit – bezahlter und unbezahlter Arbeit. Sie geht weit über die Frage von Arbeitszeitverkürzung, von Tariflöhnen und Mindeststandards hinaus. Aus feministischer Sicht hatte die Forderung nach Umverteilung von Arbeit stets mehrere Dimensionen, nämlich eine quantitative Neuverteilung und eine qualitative Neubewertung von bezahlter und unbezahlter, marktförmiger und sorgeorientierter Arbeit. Eine solche Umverteilung und Umbewertung von Arbeit müsste demokratisch ausgehandelt werden, zwischen den AkteurInnen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

Wenn aber Vollbeschäftigung für Männer und Frauen eine Utopie ist und soziale Sicherung ohnehin zunehmend prekarisiert und von Erwerbsarbeit entkoppelt wird, dann muss soziale Sicherung und Sozialstaatlichkeit völlig neu konzipiert werden. Genauso dieses Aufmachen von Visionen ist Aufgabe von attac: es gilt, die gesellschaftliche Hegemonie im Denken und in bezug auf die bloß marktförmige und effizienzorientierte Zurichtung und Verausgabung von Arbeit aufzubrechen. Andere Arbeitsformen müssen als ebenso bedeutende Vergesellschaftungsmechanismus anerkannt werden. Soziale Sicherung muss unabhängig von Erwerbsarbeit, Voll- und dauerhafter Beschäftigung staatlich garantiert werden.

Daraus leitet sich die Forderung nach einem Existenzgeld oder einem Grundeinkommen ab, auf das jeder Mensch in jedem europäischen Land ein Anrecht hat, weil ausreichend gesellschaftlicher Reichtum für alle da ist. Auf dieser Grundlage kann dann eine Demokratisierung der Arbeitsteilung und Arbeitsbewertung wie auch eine Neuregulierung der Verteilung von Arbeit und Reichtum angedacht und entworfen werden. Die Diskussion über die Demokratisierung von Arbeitsverhältnissen ist eine Richtungsdiskussion mit Blick auf eine Demokratisierung der Ökonomie. Es geht darum, internationale und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung mit der Perspektive einer fairen, nachhaltigen, bedürfnisorientierten Ökonomie zu demokratisieren, die sich nicht über Ungleichheit vermittelt und Ungerechtigkeit zum Resultat hat, sondern globale soziale Gerechtigkeit zum Ziel hat.

Alex Callinicos

Alternativen zum Kapitalismus

Unter diesem Titel fand auf der Sommerakademie von ATTAC-D in Dresden eine Podiumsdiskussion zwischen Alex Callinicos, Professor an der Universität York (UK) und Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf und Joachim Bischoff statt. Diskutiert wurden die Thesen in seinem Buch „Ein antikapitalistisches Manifest“, in dem er unter anderem eine solidarische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Strömungen in der globalisierungskritischen Bewegung führt, wie sie so im deutschen Sprachraum bisher selten vorgetragen wurde. Seine Analyse der Globalisierung bleibt nicht bei einer Kritik des IWF und der WTO stehen. Sie macht auch nicht nur die Eigentumsverhältnisse dingfest für die vom Kapitalismus verursachten Desaster. Sie sucht die Ursachen eher in der durch die Globalisierung verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten. Wie der frühe Engels 1844 (siehe S. 20 dieser Ausgabe) kritisiert Callinicos die abstrusen Irrationalitäten der marktwirtschaftlichen Mechanismen. Er hat den Mut, konkrete Alternativen zum herrschenden Konkurrenzsystem zu formulieren: Ein alternatives Weltwirtschaftssystem müsse sich nach unseren humanistischen Werten richten und „so weit wie möglich den Erfordernissen der Gerechtigkeit, der Effizienz, der Demokratie und der Nachhaltigkeit genügen“. In seinen hier übersetzten Beiträgen erläutert er, was er unter einer „demokratischen Planwirtschaft“ versteht und reflektiert – wie kann es anders sein – das Verhältnis von Reform und Revolution..

Vielen Dank dafür, dass ihr mich eingeladen habt, heute Abend zu euch zu sprechen. Es ist mir eine große Ehre, an einer Diskussion teilnehmen zu dürfen, in der ein Buch von mir zumindest ein Bezugspunkt in der Debatte darstellt.

Ich sollte aber auch hinzufügen, dass ich in den mehreren Jahren meiner aktiven Beteiligung an der Antiglobalisierungsbewegung - oder wie auch immer wir sie bezeichnen mögen - des öfteren Gelegenheit hatte, mit ATTAC-Aktivisten aus verschiedenen Ländern zusammenzuarbeiten, und ATTAC-Deutschland, denke ich, hat sich etabliert als eine sehr bedeutende Variante unserer breiteren Bewegung. Und in diesem Zusammenhang möchte ich euch alle herzlich einladen, im **Oktober nach London** zu kommen, zum Europäischen Sozialforum, das dieses Jahr vom 14. bis zum 17. Oktober stattfindet. Die beiden Vorgängerforen fanden in Genua und Paris statt, Städte, die in mancherlei Hinsicht attraktiver sein mögen als London. Dennoch bietet London den Reiz, dass wir dort die Gelegenheit haben werden, die Werte unserer Bewegung direkt unter der Nase von Tony Blair, George Bushs bester Freund in Europa, zu bekräftigen. Ich denke, das sollte ein Anreiz sein.

Bilanz nach 5 Jahren

Beinahe **fünf Jahre** nach den Protesten von Seattle ist es, meine ich, an der Zeit, uns viel klarer und konkreter Rechenschaft darüber abzulegen, was unsere **Alternativen** zu diesem neoliberalen Kapitalismus sind. Ich denke, dass wir ein hohes Maß an Übereinstimmung feststellen würden wenn wir uns über die Werte unserer Bewegung unterhalten würden. Wir können die Frage der Effizienz später debattieren, wenn wir das möchten. Die grundlegende Frage aber ist: In welchem sozialen Kontext, auf der Grundlage welcher sozialen Beziehungen können wir unsere Werte tatsächlich **verwirklichen**? Ich würde die These vertreten, dass wir diese Werte im Rahmen des Kapitalismus als System nicht verwirklichen können. Mit anderen Worten: **Das Problem liegt tiefer als die Welthandelsorganisation. Es liegt tiefer als die ganz realen Torheiten der Finanzmärkte.** Es geht hier um die genetische **Struktur** des Wirtschaftssystems, unter dem wir leben, um die grundlegende Logik des Kapitalismus als ökonomisches System. Um es mit einfachen Worten auszudrücken, würde ich



diese Logik so zusammenfassen: Es ist die **Logik der Marktwirtschaft**. Mit anderen Worten, es ist die Logik einer Wirtschaft, in der die Zuteilung von Ressourcen das Ergebnis eines **blinden Prozesses der Konkurrenz zwischen Kapitalien** ist.

Um diese Elemente näher zu bezeichnen: Es geht darum, wo tätigen wir Investitionen, wohin lenken wir unsere Ressourcen, das alles ist das Ergebnis eines **blinden Prozesses**. Ein Charakteristikum des Kapitalismus ist, dass es **keine demokratische Entscheidungsfindung** gibt, wo wir unsere **Prioritäten** setzen sollten.

Die Prioritäten, die uns in der Wirklichkeit gesetzt werden, sind das Ergebnis eines Konkurrenzkampfes. Eines **Konkurrenzkampfes** zwischen wem? Zwischen den riesigen multinationalen Konzernen und den Investmentbanken, die die Weltwirtschaft dominieren, in der wir leben. Das ist ein Prozess, aus dem beinahe jeder und jede auf diesem Planeten ausgeschlossen ist, wenn es darum geht, ein echtes Wort mitzureden.

Konkurrenzdruck bedroht Profite

Und ich denke es ist wichtig uns zu vergegenwärtigen, wie mächtig dieser Prozess überhaupt ist. Denn, wenn wir einen Blick auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts werfen, entdecken wir Momente großer und wirkungsvoller Bewegungen und Kämpfe, hauptsächlich seitens arbeitender Menschen mit Hilfe ihrer Organisationen, die sich das Ziel setzten, den Kapitalismus menschlicher zu gestalten, ihn zu zivilisieren, um Bedingungen zu schaffen . mit Hilfe solcher Instrumente wie dem Wohlfahrtsstaat in Westeuropa, die es vielen Menschen trotz der Ungerechtigkeit und der Anarchie des Systems ermöglichten, ein anständiges Leben zu führen. Eins kann man aber in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder beobachten: wenn der Konkurrenzdruck zu mächtig wird, wenn die dominierenden Kapitalisten ihre Profite bedroht sehen, dann werden alle gemachten **Zugeständnisse**, die das System menschlicher gestalteten, **beiseite geschoben** und vernichtet.

Das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen, denn ich komme ja aus Großbritannien. Und dort sind wir seit 25 Jahren Opfer eines gigantischen Sozialesperiments . nämlich des Versuchs, zunehmend reine Formen des Neoliberalismus durchzusetzen, wobei die **Schranken**, die bis dahin die Menschen vor den rauesten Zügen des Kapitalismus geschützt hatten, einfach **weggefegt** wurden.

Ich dachte, wir hätten es schon schlimm genug in Großbritannien. Aber hier in Deutschland gewinne ich den Eindruck, dass ihr es noch viel schwerer habt als wir. Denn es scheint mir, als ob das, was **Thatcher** und Blair in einem Zeitraum von 25 Jahren zu bewerkstelligen versuchten, **Schröder** in zwei Jahren zusammenpacken will.

Das macht klar, wie **anfällig** jeder Versuch zur Humanisierung des Kapitalismus bleiben muss, wie er einfach beiseite geschoben werden kann durch die sehr mächtigen Konkurrenzkräfte, die im System am Wirken sind. Das ist der Grund, warum ich der Meinung bin, dass wir eine Revolution brauchen. Und in diesem Kontext meine ich mit **Revolution** nicht zwangsläufig einen gewaltsamen Wechsel - das wäre ein Thema für eine getrennte Debatte - ich meine damit, dass wir eine **andere gesellschaftliche Logik** einführen müssen. Und diese gesellschaftliche Logik ist eine der **demokratischen Planung**.

Planung – unterschiedliche Modelle

Ich werde später die Gelegenheit bekommen, detaillierter auf die Frage der Planung zurückzukommen. Lasst mich daher nur noch ein ganz wichtiges Argument vortragen, das besonders in einer Stadt wie Dresden, das wie das gesamte Ostdeutschland so schmerzlich unter einer so genannten Planung zu leiden hatte, von größter Bedeutung ist: Die Art Planung, von der ich rede, unterscheidet sich grundlegend von der Sorte Planung, die unter dem alten stalinistischen System existierte. Jene Planung (ich glaube nicht, dass es sich im eigentlichen Sinne des Wortes überhaupt um Planung handelte), aber insofern geplant wurde, geschah das unter dem Stern einer enormen Zentralisation der Macht. Wenn ich von Planung rede, meine ich damit, Mittel und Wege, wie - größtenteils auf horizontaler Ebene - **Netzwerke von Konsumenten und Produzenten** sich demokratisch organisieren können mit dem Ziel, miteinander **auszuhandeln**, was sie produzieren müssen, um ihre Bedürfnisse decken zu können. Das ist der Kern meiner Vorstellung von Planung. Ich meine damit einen Prozess, in dem einfache Menschen dieser und anderer Gesellschaften rund um die Welt in zunehmenden Maße ihre Macht behaupten, ja, ihre Macht zur **Übernahme der Kontrolle**. Denn im Grunde geht es in der Politik um Kontrolle, und das Schicksal der Erde wird in letzter Instanz davon abhängen, wer die Weltwirtschaft in den kommenden 50 Jahren kontrollieren wird. Ich rede von einem Prozess, in dem die Masse der einfachen Menschen sich zunehmend **selbst organisieren** und ihre Macht behaupten, die Kontrolle über eine Welt zu übernehmen, die sie ja tagein tagaus durch ihre Arbeit am Leben erhalten.

Mit anderen Worten: Wenn ich von einer **Revolution** rede, um eine andere Gesellschaft zu schaffen, rede ich von einem Prozess der **Selbstemanzipation**. Einem **Prozess**, in dem die Menschen sich ihrer Leben bemächtigen und einer Welt, die vor unseren eigenen Augen in vielerlei Hinsicht immer wahnsinniger wird, **ihre eigenen Prioritäten aufzuzwingen**.

Obwohl ich von Revolution rede und etwas vorschlage, was sehr im Widerspruch zu der allgemein akzeptierten Sicht der Dinge heutzutage steht, entspricht das, wovon ich rede, in gewisser Weise dem allgemeinen Menschenverstand. Denn es handelt sich darum, dass die Prioritäten, die sich die Menschen in ihren demokratischen Organisationen und Handlungen setzen, zu den Prioritäten der Gesellschaft als Ganzes werden.

Utopie ist machbar...

Der Slogan von der Machbarkeit der Utopie ist ein sehr guter Slogan, einer, den ich mir vom ganzen Herzen zu Eigen machen möchte. Wir müssen allerdings mit Worten wie „machbar“ oder „realistisch“ und so weiter sehr feinfühlig umgehen. Denn das mächtigste Argument im Arsenal der Autoren des Neoliberalismus, das sie anwenden, um uns zu kontrollieren und uns daran zu hindern, Widerstand zu leisten, ist der Slogan: Es gibt keine Alternative, es ist unrealistisch, sich eine Vorstellung davon zu machen, wie wir unser Leben anders als wie es zur Zeit der Fall ist organisieren könnten. Innerhalb unserer eigenen Reihen ist es natürlich gerechtfertigt und notwendig, uns die Frage nach der Realisierbarkeit zu stellen. Gleichzeitig müssen wir aber ständig bemüht sein, unsere Vorstellungskraft von dem, was möglich ist, **nicht** einfach von dem **im Rahmen der bestehenden Machtapparate** als realisierbar Definierten uns vorschreiben zu lassen.

Wir sollten außerdem eine genauere Vorstellung entwickeln davon, was zwischen dem kommt, was wir am gegenwärtigen Zustand ablehnen, und den Werten, die wir in der Zukunft verwirklicht sehen möchten. Wir brauchen eine in Bezug auf die Umwelt nachhaltige Zukunft, müssen allerdings das sehen, dass es der durch und durch imperialistische Prozess der kapitalistischen Akkumulation ist, der im Weltmaßstab vonstatten geht, der unsere Zukunft möglicherweise zu zerstört. Das ist keineswegs nur ein Problem der so genannten entwickelten kapitalistischen Länder. Die Art der kapitalistischen Umgestaltung, die sich gnadenlos in immer weiteren Gebieten Chinas durchsetzt, könnte sehr wohl jede nachhaltige Zukunft, von der wir träumen, in Frage stellen. Daher müssen wir die uns zur Verfügung stehenden bzw. für uns in Frage kommenden alternativen Möglichkeiten, die Wirtschaft zu organisieren und unsere Werte und gemeinsamen Ziele zu verwirklichen, ganz genau unter die Lupe nehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein paar Worte darüber verlieren, **wie eine demokratisch geplante Wirtschaft aussehen** würde, wie sie nicht bloß die Produktion, sondern auch die Konsumtion verwalten würde. Es sind drei Elemente, die ich an dieser Stelle besonders hervorheben möchte.

Drei Elemente demokratischer Planung

Das **erste** wird wohl am utopischsten erscheinen. Es geht um eine **radikal andere Form der Demokratie**, eine, in der die Macht durch Netzwerke von Arbeiter- und Nachbarschaftsräten ausgeübt wird, mit anderen Worten, in der Entscheidungen so weit möglich dort gefällt werden, wo deren Auswirkungen am direktesten die beteiligten Menschen tangieren: am Arbeitsplatz und in den Nachbarschaften, in denen sie leben. Das ist ein grundlegendes Element. Es mag sehr utopisch klingen, aber Utopie ist machbar.

Zweitens, durch diese Art demokratischen Mechanismus, den ich gerade skizziert habe, muss Diskussion gewährleistet sein und Entschlüsse über unsere allumfassenden **Prioritäten** gefasst werden - durch einen Prozess der Debatte, des Aushandelns und in letzter Instanz der Mehrheitsentscheidung - darüber, wohin wir unsere **Investitionen lenken** wollen, darüber beispielsweise, für welche Energieformen wir uns entscheiden wollen, um unsere Bedürfnisse zu decken. Gerade diese Art der Debatte um die radikalen Entscheidungen, die die Lebensgrundlagen unser aller betreffen. wie wir alle wissen sind solche Entscheidungen über Formen des Energieverbrauchs absolut ausschlaggebend für unsere Zukunft. es sind gerade solche Fragen, die unter einem System der Planung zum Gegenstand der demokratischen Debatte gemacht würden, wie es heute nicht der Fall ist.

Drittens - und das ist etwas, worauf eine ganze Reihe Ökonomen, die mit der Bewegung in Verbindung stehen, hinweisen, so beispielsweise *Michael Albert* in den USA - kann man Prozesse einrichten, die ich "**ausgehandelte Koordination**" genannt habe, in denen Gruppen oder sogar Individuen ihre Vorschläge bezüglich ihrer Bedürfnisse unterbreiten. In diesen demokratischen Diskussionsprozess würden alle verschiedenen Vorschläge aufgenommen und auf einander bezogen und angepasst werden, bis ein übergreifendes Bild entsteht davon, was produziert werden muss und wie die Ressourcen zugeteilt werden sollten. Ich meine hier einen ziemlich komplexen Entscheidungsfindungsprozess, der eine beträchtliche Menge an **Zeit** erfordern würde. In mancherlei Hinsicht würde sich die Gesellschaft, von der ich rede, **langsamer** bewegen, als es der Kapitalismus tut. **Aber eine der größten Gefahren im Kapitalismus ist gerade seine Geschwindigkeit.** Die Geschwindigkeit, mit der Geld zwischen den Kontinenten bewegt wird. Die Geschwindigkeit, mit der ganze Industriezweige platt gemacht werden. Die Geschwindigkeit, mit der Energieressourcen gekapert und rücksichtslos aufgebraucht werden. Ich rede hier womöglich von einer langsameren Form der wirtschaftlichen Organisation, aber einer, die uns die Zeit lassen würde für die wirklich wichtigen Entscheidungen über die Prioritäten, die uns alle betreffen und die nicht nur unsere eigene Zukunft, sondern die vieler nachkommenden Generationen tangieren.

Wer ist dieses WIR?

Wenn wir davon reden, dass wir die Welt verändern wollen, wer ist dieses WIR? Nun, wir sollten ganz einfach mit uns Anwesenden hier in diesem Saal den Anfang machen, und nicht nur den Menschen in diesem Raum, sondern uns, den Menschen, die in ATTAC in verschiedenen Gegenden der Welt aktiv sind, den Menschen, die an den vielen Sozialforen beteiligt sind, nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt. **Dieses WIR gab es vor fünf Jahren noch nicht.** Die Proteste von Seattle und Genua haben ein **neues politisches Subjekt** hervorgebracht, das wir und andere Menschen wie wir, hier in Europa und in anderen Teilen der Welt selbst geschaffen haben, etwas, was es nach der vor Seattle allherrschenden neoliberalen, wirtschaftsfatalistischen Orthodoxie nicht hätte geben dürfen. Wir, im Rahmen dieser politischen Bewegung, haben also bereits damit begonnen, ein neues politisches Subjekt zu schaffen.

Nun, es befindet sich noch in einem sehr frühen Stadium.

Hier ist es allerdings sehr wichtig, die Geschichte rückblickend nicht zu idealisieren. Es gibt ein ganz berühmtes Buch von dem englischen Historiker *Edward Thompson* mit dem Titel „*The Making of the English Working Class. (Die Erschaffung der englischen Arbeiterklasse)*“. Es ist ein exzellentes Buch, aber der Titel ist etwas irreführend, insofern er nahe legt, dass sich die englische Arbeiterklasse ein für allemal erschaffen hat. In Wirklichkeit ist die gesamte Geschichte der Arbeiterkämpfe und der Arbeiterbewegungen eine von Perioden der Stabilität und Instabilität. Im Zuge der Veränderungen im Kapitalismus gibt es Prozesse, während derer die bestehende Arbeiterklasse und die bestehenden Arbeiterbewegungen aufgerieben werden und sich dann **neu erfinden** müssen. Und ich denke, das ist es genau, womit wir **heute** zugange sind. Die **Arbeiterklasse** von heute ist **sehr verschieden von dem, was sie vor 30 oder 100 Jahren** war. In London, wo ich lebe, umfasst die Arbeiterklasse eine enorme Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern in flexiblen Arbeitsverhältnissen, Arbeitern, die aus allen Ecken und Enden der erweiterten Europäischen Union stammen und sehr schlecht bezahlte Jobs verrichten, eine riesige Anzahl von Menschen, die so genannten ethnischen Minderheiten angehören, eine riesige Anzahl von Muslimen. All diese verschiedenen Menschen sehen sich **nicht von sich aus** als Teil eines gemeinsamen kollektiven Subjekts. Aber die **Herausforderung** liegt gerade darin, **eine Bewegung zu schaffen**, in der beispielsweise junge Alleinerziehende in schlecht bezahlten Teilzeitjobs sich als Teil dieser Kollektive empfinden. Das ist die eigentliche Herausforderung, vor der wir heute stehen.

Ich glaube, dass die jüngsten Entwicklungen in Deutschland, die Art und Weise, wie die Gewerkschaften und ATTAC am 3. April zusammengekommen sind, ein wichtiges Beispiel für andere europäische Länder und darüber hinaus darstellt.

Krise der parlamentarischen Vertretung

Es gibt eine tiefe Krise der Demokratie, unter der wir heute leben. Diese ist in Großbritannien überaus akut. Eine Mehrheit der Bevölkerung dort war gegen den Krieg in Irak, eine riesige Zahl von Menschen protestierte dagegen, nicht einmal, sondern mehrmals auf den Straßen Großbritanniens, und die Menschen fahren fort, die Besetzung des Iraks abzulehnen. Aber wir haben eine Regierung, die sich einen Dreck darum schert, was wir denken. Bei den kommenden Parlamentswahlen werden wir mit einem Problem konfrontiert werden: Wem sollten wir unsere Stimme geben, um diese Regierung loszuwerden? Wenn man auf die anderen großen Parteien schaut, auch sie haben diesen Krieg unterstützt!

Das ist jedoch nur ein kleines Beispiel für die allgemeinere Krise

der parlamentarischen Vertretung. Wir haben den Washington Konsens, wir haben die neoliberale Orthodoxie, die von allen wichtigen Parteien akzeptiert wird. so weit ich das überblicke, zumindest in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Dieser Allparteien-Konsens bezieht sich auch auf die imperialistischen Interventionen des Westens rundum den Globus. Das alles ist eine enorme Quelle für **Entfremdung** und **Fatalismus**. Weil die Menschen auf das etablierte politische System schauen und sich sagen: Die sind doch alle gleich! Was soll das bringen, uns in die Politik einzumischen, das ist doch nur Zeitvergeudung! Für unsere Bewegung ist das deshalb keine einfache Herausforderung. Denn wir vereinigen

Menschen mit ganz unterschiedlichem Hintergrund, mit vielfältigen politischen Loyalitäten und auch ohne besondere politische Loyalitäten. Wir stehen vor der Aufgabe, aus diesen Bewegungen heraus politische Alternativen zu schaffen, die den Neoliberalismus herausfordern und den Imperialismus in Frage stellen. Wir müssen anfangen, den Menschen tatsächlich eine Alternative zu bieten. Nun, in Großbritannien hat sich aus der Anti-Kriegsbewegung heraus **RESPECT**, eine Einheitskoalition der radikalen Linken, herausgebildet. Sie fängt an, Blair und den Sozialliberalismus der Labour Party bei den Wahlen herauszufordern, und hat inzwischen eine Reihe ziemlich bedeutender Erfolge errungen.

Das ist keineswegs das einzige Beispiel in Europa. Ähnliche, wenn auch in mancherlei Hinsicht anders geartete Versuche, gibt es auch in anderen Ländern, beispielsweise die Wahlalternative hier in Deutschland, oder Rifondazione Comunista in Italien, die starke Parallelen zu unseren Anstrengungen in Großbritannien aufweisen. Als Bewegung müssen wir nicht nur dabei helfen, ein neues kollektives, politisches Subjekt zu schaffen. welches, denke ich, eine neue Form der Arbeiterbewegung sein wird, das anfangen kann, unsere Utopien Wirklichkeit werden zu lassen. Im Verlauf dieser Bewegung sollten wir auch politische Alternativen aufbauen, die im öffentlichen Raum den Menschen wieder das Gefühl vermitteln können, dass sie einen Beitrag zur Veränderung der Welt leisten können.

Keynesianischer Kapitalismus – geht das noch?

Als Antwort auf die hier vorgebrachten Einwände möchte ich im Wesentlichen drei Punkte vortragen. **Erstens** verstehe ich ganz gut die Kritiken, die an meinem Konzept der demokratischen Planung vorgebracht wurden. Da wäre noch viel mehr zu debattieren, und ihr könnt mein Buch oder andere Bücher lesen, *Michael Alberts* Buch „*ParEkon*“, das meines Wissens noch nicht ins Deutsche übersetzt wurde, ist sehr gut und sehr interessant und verfiert eine ähnliche Konzeption. Was ich allerdings für mich in Anspruch nehmen würde, ist, dass ich zumindest eine **konkrete** Darstellung bieten, wie wir uns eine demokratisch organisierte Alternative zum Kapitalismus vorstellen. Wenn ich mir die auf dem Podium heute Abend vorgetragenen Argumente um die Demokratisierung und Humanisierung des Kapitalismus anhöre, folgt daraus kein konkretes Modell. **Es gab** eine Zeit, in der es tatsächlich etwas gab, das eine Demokratisierung und Humanisierung des Kapitals versprach, wenn wir uns den Typus des keynesianischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg anschauen. Glauben wir ernsthaft daran, dass dies unter Bedingungen eines stark globalisierten Kapitalismus, der seit 30 Jahren von einer Akkumulationskrise geplagt wird, wiedererrichtet werden kann? **Glaubt ihr wirklich daran?** Wenn ja, dann möchte ich das Argument, mit dem Menschen wie ich in der Regel konfrontiert werden, zurückwerfen und fragen: Wenn ihr wirklich glaubt, dass es Mittel und Wege gibt, einen humanen und regulierten Kapitalismus zu organisieren, dann sagt uns, wie das genau aussehen und funktionieren soll. In meinen Augen ist das eine echte Herausforderung für diejenigen, die die Ideen, die ich hier vertreten habe, ablehnen.

Zu komplex?

Zum **zweiten** möchte ich Folgendes hervorheben: Jemand sagte bereits, lasst uns das ganze Projekt in all seiner Komplexität genauer betrachten, und in einem weiteren Beitrag wurde

darauf hingewiesen, dass die Menschen in diesem Raum alle gut ausgebildet sind. Nun, ein Merkmal von **Intellektuellen** ist, dass sie die Dinge gern **verkomplizieren** (ich weiß, wovon ich rede, weil ich das selber die ganze Zeit tue). Das Konzept, das ich im Grunde vorschlage, ist aber gar nicht so besonders kompliziert. Alles, was es besagt, ist einfach, dass die Menschen, die allen Reichtum auf dieser Welt produzieren und ihn auch konsumieren, sich demokratisch zusammenschließen sollten, erstens, um die Produktion unter ihre Kontrolle zu stellen und dann um untereinander zu koordinieren, wie von dieser Produktion der sinnvollste Gebrauch gemacht werden kann. das alles unter Berücksichtigung der Werte, die wir haben, von allem der Umweltverträglichkeit ist.

Das ist die Grundidee. Wenn wir uns beispielsweise die Frage stellen, was mit den Menschen in den **ölproduzierenden** Gegenden Nigerias geschehen sollte, denke ich in der Tat, dass sie ein **Vetorecht** in der Frage haben müssten, ob Öl aus dieser Region ausgebeutet wird oder nicht. Wenn das für die übrigen unter uns Schwierigkeiten bereiten sollte, wegen der äußerst zerstörerischen Energieverbrauchsmustern von denen wir abhängen, würden wir gezwungen werden, uns schneller auf umweltverträglichere Entwicklungsformen zuzubewegen. Ich glaube nicht, dass **globale Demokratie** eine Wahlmöglichkeit ist, sie ist vielmehr **eine Notwendigkeit**, wenn wir uns von den Schwierigkeiten, die uns heute konfrontieren, befreien wollen.

Reform und Revolution

Zum Dritten: Es besteht kein Widerspruch, wenn jemand wie ich behauptet, dass letztendlich **nur eine Revolution** zur Schaffung einer anderen Gesellschaft eine Lösung für unsere Probleme ist, wenn jemand wie ich, der solchen Ideen anhängt, **zugleich** um die **Reformierung** des Systems im Hier und Jetzt kämpft. In meinem Buch vertrete ich gerade ein solches Reformprogramm, das ich über weite Strecken von Organisationen wie ATTAC abgekupfert habe. Ihr wisst schon: Tobinsteuer, Kapitalkontrollen, usw. Man muss doch nicht ein weiser Intellektueller sein, um ein solches Programm zusammenzustellen, denn die verschiedenen Bewegungen haben diese Arbeit bereits geleistet. Ich denke, dass wir **für diese Reformen im Hier und Jetzt kämpfen** und auch die zügellosen Angriffe eines Schröders abwehren müssen. Wir sollten Seite an Seite kämpfen, um die Gesellschaft zu einem humaneren Ort zu machen.

Schranken

Wir werden im Verlauf dieser Kämpfe, so denke ich, auf Schranken stoßen, Schranken, die uns durch das ausbeuterische und konkurrenzbedingte System des Kapitalismus auferlegt werden. **Wir werden dann erkennen**, dass wir nur dann unsere Reformen verwirklichen und unsere Lebensbedingungen bessern können, wenn wir den Kapitalismus abschaffen. Das ist mein Einsatz, die Wette, die ich zu schließen bereit bin. Das Wichtige aber ist, dass wir für unsere gemeinsamen Werte und für die Reformen, die wir erreichen wollen, Seite an Seite kämpfen. Wenn wir uns in diesem Kampf um Reformen inmitten eines **fantastischen Lernprozesses** befinden, werden wir entdecken, ob wir eine Revolution brauchen oder nicht.

Ins Deutsche von David Paenson

Die gesamte Veranstaltung wurde mitgeschnitten und kann im Frankfurter Büro als CD bestellt werden

Friedrich Engels (1844)

Globalisierung, Privateigentum und Konkurrenz

Der Neoliberalismus ist eine Neuauflage des Liberalismus alter Prägung a la Adam Smith und teilt seine Grundannahme: Die Konkurrenz auf dem Markt ist die Quelle von Harmonie und Fortschritt. Der einzelne Betrieb verfolgt seine Profitinteressen und gerade dadurch dient er - vermittelt über das Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Markt - dem Wohle der Gesellschaft - weltweit.

Die Wirklichkeit sah immer schon ganz anders aus. Die Globalisierung der letzten Jahrzehnte ist jedoch ganz deutlich eine Verschärfung der Konkurrenz weltweit. Der Weltmarkt universalisiert das Spektakel von Angebot und Nachfrage mit allen Folgen und Nebenwirkungen. Der Gegensatz zwischen mikroökonomischer und makroökonomischer Rationalität wird durch die globalisierte Konkurrenz auf die Spitze getrieben. Einige geniale Gedankenblitze, gewonnen zur Zeit der ersten Globalisierung, hat der frühe Friedrich Engels(1844) formuliert. „Die Konkurrenz hat alle unsere Lebensverhältnisse durchdrungen und die gegenseitige Knechtschaft, in der die Menschen sich jetzt halten, vollendet“

Feindselige Interessenwidersprüche aufgrund der Konkurrenz

Kauf und Verkauf Dieser Handel muß unter der Herrschaft des Privateigentums, wie jede Tätigkeit, eine unmittelbare Erwerbsquelle für den Handeltreibenden werden; d.h. jeder muß suchen, so teuer wie möglich zu verkaufen und so billig wie möglich zu kaufen. Bei jedem Kauf und Verkauf stehen sich also zwei Menschen mit absolut entgegengesetzten Interessen gegenüber; **der Konflikt ist entschieden feindselig**, denn jeder kennt die Intentionen des andern, weiß, daß sie den seinigten entgegengesetzt sind. Die erste Folge ist also auf der einen Seite gegenseitiges Mißtrauen, auf der andern die Rechtfertigung dieses Mißtrauens, die Anwendung unsittlicher Mittel zur Durchsetzung eines unsittlichen Zwecks. So ist z.B. der erste Grundsatz im Handel die Verschwiegenheit, Verheimlichung alles dessen, was den Wert des fraglichen Artikels herabsetzen könnte. Die Konsequenz daraus: Es ist im Handel erlaubt, von der Unkenntnis, von dem Vertrauen der Gegenpartei den möglichst großen Nutzen zu ziehen, und ebenso, seiner Ware Eigenschaften anzurühmen, die sie nicht besitzt. Mit einem Worte, der Handel ist der legale Betrug. Daß die Praxis mit dieser Theorie übereinstimmt, kann mir jeder Kaufmann, wenn er der Wahrheit die Ehre geben will, bezeugen....

Nix da Harmonie

...Wir haben gesehen, daß am Ende alles auf die **Konkurrenz** hinausläuft, solange das Privateigentum besteht. Sie ist die **Hauptkategorie des Ökonomen**, seine liebste Tochter, die er in einem fort hätschelt und liebkost - und gebt acht, was für ein Medusengesicht da herauskommen wird.

Die nächste Folge des Privateigentums war die Spaltung der Produktion in zwei entgegengesetzte Seiten, die natürliche und die menschliche; den Boden, der ohne die Befruchtung des Menschen tot und steril ist, und die menschliche Tätigkeit, deren erste Bedingung eben der Boden ist. Wir sahen ferner, wie sich die menschliche Tätigkeit wieder in die Arbeit und das Kapital auflöste und wie diese Seiten sich wieder feindselig gegenübertraten. Wir hatten also schon den Kampf der drei Elemente gegeneinander, anstatt der gegenseitigen Unterstützung der drei; jetzt kommt noch dazu, daß das Privateigentum die **Zersplitterung** jedes dieser Elemente mit sich bringt. Ein Grundstück steht dem andern, ein Kapital dem andern, eine Arbeitskraft der andern gegenüber. Mit andern Worten: **Weil das Privateigentum jeden auf seine eigne rohe Einzelheit isoliert** und weil jeder dennoch dasselbe Interesse hat wie sein Nachbar, so steht ein Grundbesitzer dem andern,

ein Kapitalist dem andern, ein Arbeiter dem andern feindselig gegenüber. In dieser **Verfeindung der gleichen Interessen** eben um ihrer Gleichheit willen ist die Unsittlichkeit des bisherigen Zustandes der Menschheit vollendet; und diese Vollendung ist die Konkurrenz...

Konkurrenz und Monopol

Der Gegensatz der Konkurrenz ist das Monopol. Das Monopol war das Feldgeschrei der Merkantilisten, die Konkurrenz der Schlachtruf der liberalen Ökonomen. Es ist leicht einzusehen, daß dieser Gegensatz wieder ein durchaus hohler ist. Jeder Konkurrierende muß wünschen, das Monopol zu haben, mag er Arbeiter, Kapitalist oder Grundbesitzer sein. Jede kleinere Gesamtheit von Konkurrenten muß wünschen, das Monopol für sich gegen alle andern zu haben. **Die Konkurrenz beruht auf dem Interesse, und das Interesse erzeugt wieder das Monopol**; kurz, die Konkurrenz geht in das Monopol über. Auf der andern Seite kann das Monopol den Strom der Konkurrenz nicht aufhalten, ja es erzeugt die Konkurrenz selbst, wie z.B. ein Einfuhrverbot oder hohe Zölle die Konkurrenz des Schmuggelns geradezu erzeugen. - Der Widerspruch der Konkurrenz ist ganz derselbe wie der des Privateigentums selbst. Es liegt im Interesse jedes einzelnen, alles zu besitzen, aber im Interesse der Gesamtheit, daß jeder gleich viel besitze. **So ist also das allgemeine und individuelle Interesse diametral entgegengesetzt.** Der Widerspruch der Konkurrenz ist: daß jeder sich das Monopol wünschen muß, während die Gesamtheit als solche durch das Monopol verlieren und es also entfernen muß. Ja, die Konkurrenz setzt das Monopol schon voraus, nämlich das Monopol des Eigentums - und hier tritt wieder die Heuchelei der Liberalen an den Tag - und solange das Monopol des Eigentums besteht, solange ist das Eigentum des Monopols gleichberechtigt; denn auch das einmal gegebene Monopol ist Eigentum. Welche **jämmerliche Halbheit** ist es also, die kleinen Monopole anzugreifen und das Grundmonopol bestehen zu lassen. Und wenn wir hierzu noch den früher erwähnten Satz des Ökonomen ziehen, daß nichts Wert hat, was nicht monopolisiert werden kann, daß also nichts, was nicht diese Monopolisierung zuläßt, in diesen Kampf der Konkurrenz eintreten kann, so ist unsere Behauptung, daß die Konkurrenz das Monopol voraussetzt, vollkommen gerechtfertigt.

Angebot und Nachfrage, bewusstloser Zustand

Das Gesetz der Konkurrenz ist, daß Nachfrage und Zufuhr sich stets und ebendeshalb nie ergänzen. Die beiden Seiten sind wieder auseinander gerissen und in den schroffen Gegensatz verwandelt. Die Zufuhr ist immer gleich hinter der Nachfrage,

aber kommt nie dazu, sie genau zu decken; sie ist entweder zu groß oder zu klein, nie der Nachfrage entsprechend, weil in diesem **bewußlosen Zustande der Menschheit** kein Mensch weiß, wie groß diese oder jene ist. Ist die Nachfrage größer als die Zufuhr, so steigt der Preis, und dadurch wird die Zufuhr gleichsam irritiert; sowie sie sich im Markte zeigt, fallen die Preise, und wenn sie größer wird als jene, so wird der Fall der Preise so bedeutend, daß die Nachfrage dadurch wieder aufgereizt wird. So geht es in einem fort, nie ein gesunder Zustand, sondern eine stete Abwechslung von **Irritation** und **Erschlaffung**, die allen Fortschritt ausschließt, ein **ewiges Schwanken**, ohne je zum Ziel zu kommen. Dies Gesetz mit seiner steten Ausgleichung, wo, was hier verloren, dort wieder gewonnen wird, findet der Ökonom wunderschön. Es ist sein Hauptruhm, er kann sich nicht satt daran sehen und betrachtet es unter allen möglichen und unmöglichen Verhältnissen. Und doch liegt auf der Hand, daß dies Gesetz ein reines Naturgesetz, kein Gesetz des Geistes ist. Ein Gesetz, das die Revolution erzeugt.

Zersplitterte Atome

Der Ökonom kommt mit seiner schönen Theorie von Nachfrage und Zufuhr heran, beweist euch, daß »nie zuviel produziert werden kann«, und die **Praxis antwortet mit den Handelskrisen**, die so regelmäßig wiederkehren wie die Kometen und deren wir jetzt durchschnittlich alle fünf bis sieben Jahre eine haben. Diese Handelskrisen sind seit achtzig Jahren ebenso regelmäßig gekommen **wie früher** die großen **Seuchen** - und haben mehr Elend, mehr Unsittlichkeit mit sich gebracht als diese (vgl. Wade, »Hist[ory] of the Middle and Working Classes«, London 1835, p. 211). Natürlich bestätigen diese Handelsrevolutionen das Gesetz, sie bestätigen es im vollsten Maße, aber in einer andern Weise, als der Ökonom uns glauben machen möchte. Was soll man von einem Gesetz denken, das sich nur durch periodische Revolutionen durchsetzen kann? Es ist eben ein **Naturgesetz, das auf der Bewußlosigkeit der Beteiligten beruht**. Wüßten die Produzenten als solche, wieviel die Konsumenten bedürften, organisierten sie die Produktion, verteilten sie sie unter sich, so wäre die Schwankung der Konkurrenz und ihre Neigung zur Krisis unmöglich. Produziert mit Bewußtsein, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome **ohne Gattungsbewußtsein**, und ihr seid über alle diese künstlichen und unhaltbaren Gegensätze hinaus. Solange ihr aber fortfahrt, auf die jetzige unbewußte, gedankenlose, der **Herrschaft des Zufalls** überlassene Art zu produzieren, solange bleiben die Handelskrisen; und jede folgende muß universeller, also schlimmer werden als die vorhergehende, muß eine größere Menge kleiner Kapitalisten verarmen und die Anzahl der bloß von der Arbeit lebenden Klasse in steigendem Verhältnisse vermehren - also die Masse der zu beschäftigenden Arbeit, das Hauptproblem unserer Ökonomen, zusehends vergrößern und **endlich eine soziale Revolution herbeiführen, wie sie sich die Schulweisheit der Ökonomen nicht träumen läßt**.

Fairer Handel?

Die ewige Schwankung der Preise, wie sie durch das Konkurrenzverhältnis geschaffen wird, entzieht dem Handel vollends die letzte Spur von **Sittlichkeit**. Von Wert ist keine Rede mehr; dasselbe System, das auf den Wert soviel Gewicht zu legen scheint, das der Abstraktion des Wertes im Gelde die Ehre einer besondern Existenz gibt - dies selbe System zerstört durch die Konkurrenz allen inhärenten Wert und verändert das

Wertverhältnis aller Dinge gegeneinander täglich und stündlich. **Wo bleibt in diesem Strudel die Möglichkeit eines auf sittlicher Grundlage beruhenden Austausches?** In diesem fortwährenden Auf und Ab muß jeder suchen, den günstigsten Augenblick zum Kauf und Verkauf zu treffen, **jeder muß Spekulant werden, d.h. ernten, wo er nicht gesäet hat, durch den Verlust anderer sich bereichern, auf das Unglück anderer kalkulieren oder den Zufall für sich gewinnen lassen**. Der Spekulant rechnet immer auf Unglücksfälle, besonders auf Mißernten, er benutzt alles, wie z.B. seinerzeit den Brand von New York, und der Kulminationspunkt der Unsittlichkeit ist die Börsenspekulation in Fonds, wodurch die Geschichte und in ihr die **Menschheit zum Mittel herabgesetzt wird, um die Habgier des kalkulierenden oder hasardierenden Spekulanten zu befriedigen**. Und möge sich der ehrliche, »solide« Kaufmann nicht pharisäisch über das Börsenspiel erheben - ich danke dir Gott usw. Er ist so schlimm wie die Fondsspekulanten, er spekuliert ebensowohl wie sie, er muß es, **die Konkurrenz zwingt ihn dazu**, und sein Handel impliziert also dieselbe Unsittlichkeit wie der ihrige.

Fieberhitze

Der Kampf von Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen Arbeit, Boden gegen Boden treibt die Produktion in eine hinein, in der sie alle natürlichen und vernünftigen Verhältnisse **auf den Kopf stellt**. Kein Kapital kann die Konkurrenz des andern aushalten, wenn es nicht auf die höchste Stufe der Tätigkeit gebracht wird. Kein Grundstück kann mit Nutzen bebaut werden, wenn es nicht seine Produktionskraft stets steigert. Kein Arbeiter kann sich gegen seine Konkurrenten halten, wenn er nicht seine ganzen Kräfte der Arbeit widmet. **Überhaupt keiner, der sich in den Kampf der Konkurrenz einläßt, kann ihn ohne die höchste Anstrengung seiner Kräfte, ohne die Aufgebung aller wahrhaft menschlichen Zwecke aushalten**. Die Folge von dieser **Überspannung** auf der einen Seite ist notwendig **Erschlaffung** auf der andern. Wenn die Schwankung der Konkurrenz gering ist, wenn Nachfrage und Zufuhr, Konsumtion und Produktion sich beinahe gleich sind, so muß in der Entwicklung der Produktion eine Stufe eintreten, in der so viel **überzählige Produktionskraft** vorhanden ist, daß die große Masse der Nation nichts zu leben hat; daß die Leute **vor lauter Überfluß verhungern**. In dieser wahnsinnigen Stellung, in dieser **lebendigen Absurdität** befindet sich England schon seit geraumer Zeit. Schwankt die Produktion stärker, wie sie es infolge eines solchen Zustandes notwendig tut, so tritt die Abwechslung von Blüte und Krisis, Überproduktion und Stockung ein.

Die der Menschheit zu Gebote stehende Produktionskraft ist unermeßlich. Die Ertragsfähigkeit des Bodens ist durch die Anwendung von Kapital, Arbeit und Wissenschaft ins Unendliche zu steigern. Das »übervölkerte« Großbritannien kann nach der Berechnung der tüchtigsten Ökonomen und Statistiker (vgl. Alisons »Principle of population«, Bd. 1, Cap. 1 et 2) in zehn Jahren dahin gebracht werden, daß es Korn genug für das Sechsfache seiner jetzigen Bevölkerung produziert. Das Kapital steigert sich täglich; die Arbeitskraft wächst mit der Bevölkerung, und die Wissenschaft unterwirft den Menschen die Naturkraft täglich mehr und mehr. **Diese unermeßliche Produktionsfähigkeit, mit Bewußtsein und im Interesse aller gehandhabt, würde die der Menschheit zufallende Arbeit bald auf ein Minimum verringern; der Konkurrenz überlassen, tut sie dasselbe, aber innerhalb des**

Gegensatzes. Ein Teil des Landes wird aufs beste kultiviert, während ein anderer - in Großbritannien und Irland 30 Millionen Acres gutes Land - wüst daliegt. Ein Teil des Kapitals zirkuliert mit ungeheurer Schnelligkeit, ein anderer liegt tot im Kasten. Ein Teil der Arbeiter arbeitet vierzehn, sechzehn Stunden des Tages, während ein anderer faul und untätig dasteht und verhungert. Oder die Verteilung tritt aus dieser Gleichzeitigkeit heraus: Heute geht der Handel gut, die Nachfrage ist sehr bedeutend, da arbeitet alles, das Kapital wird mit wunderbarer Schnelligkeit umgeschlagen, der Ackerbau blüht, die Arbeiter arbeiten sich krank - morgen tritt eine Stockung ein, der Ackerbau lohnt nicht der Mühe, ganze Strecken Landes bleiben un bebaut, das Kapital erstarrt mitten im Flusse, die Arbeiter haben keine Beschäftigung, und das ganze Land laboriert an **überflüssigem Reichtum** und **überflüssiger Bevölkerung**.

Gegenseitige Knechtschaft

Die Konkurrenz hat alle unsere Lebensverhältnisse durchdrungen und die gegenseitige Knechtschaft, in der die Menschen sich jetzt halten, vollendet. **Die Konkurrenz ist die große Triebfeder**, die unsere alt und schlaff werdende soziale Ordnung, oder vielmehr Unordnung, immer wieder zur Tätigkeit aufstacheln, aber bei jeder neuen Anstrengung auch einen Teil der sinkenden Kräfte verzehrt. Die Konkurrenz beherrscht den numerischen Fortschritt der Menschheit, sie beherrscht auch ihren sittlichen. Wer mit der Statistik des **Verbrechens** sich etwas bekannt gemacht hat, dem muß die eigentümliche Regelmäßigkeit aufgefallen sein, mit der das Verbrechen alljährlich fortschreitet, mit der gewisse Ursachen gewisse Verbrechen erzeugen. Die Ausdehnung des Fabriksystems hat überall eine Vermehrung der Verbrechen zur Folge. Man kann die Anzahl der Verhaftungen, Kriminalfälle, ja die Anzahl der Morde, der Einbrüche, der kleinen Diebstähle usw. für eine große Stadt oder einen Bezirk mit jedesmal zutreffender Genauigkeit alljährlich vorausbestimmen, wie dies in England oft genug geschehen ist. Diese Regelmäßigkeit beweist, daß auch das Verbrechen von der Konkurrenz regiert wird, daß die Gesellschaft eine Nachfrage nach Verbrechen erzeugt, der durch eine angemessene Zufuhr entsprochen wird, daß die Lücke, die durch die Verhaftung, Transportierung oder Hinrichtung einer Anzahl gemacht, sogleich durch andere wieder ausgefüllt wird, gerade wie jede Lücke in der Bevölkerung sogleich wieder durch neue Ankömmlinge ausgefüllt wird, mit andern Worten, daß das Verbrechen ebenso auf die Mittel der Bestrafung drückt wie die Völker auf die Mittel der Beschäftigung. Wie gerecht es unter diesen Umständen, abgesehen von allen andern, ist, Verbrecher zu bestrafen, überlasse ich dem Urteil meiner Leser. Mir kommt es hier bloß darauf an, die Ausdehnung der Konkurrenz auch auf das moralische Gebiet nachzuweisen und zu zeigen, zu welcher **tiefen Degradation** das Privateigentum den Menschen gebracht hat.

Wissenschaft gegen die Arbeit

In dem Kampfe von Kapital und Boden gegen die Arbeit haben die beiden ersten Elemente noch einen besonderen Vorteil vor der Arbeit voraus - die Hülfe der Wissenschaft, denn auch diese ist unter den jetzigen Verhältnissen gegen die Arbeit gerichtet.... Die letzte große Erfindung in der Baumwollspinnerei, die Selfacting Mule, wurde ganz allein durch die Frage nach Arbeit und den steigenden Lohn veranlaßt - sie verdoppelte die Maschinenarbeit und beschränkte dadurch die Handarbeit auf die Hälfte, **warf die Hälfte der Arbeiter**

außer Beschäftigung und drückte dadurch den Lohn der andern auf die Hälfte herab; sie vernichtete eine Verschwörung der Arbeiter gegen die Fabrikanten und zerstörte den letzten Rest von Kraft, mit dem die Arbeit noch den ungleichen Kampf gegen das Kapital ausgehalten hatte (vgl. Dr. Ure, »Philosophy of Manufactures«, Bd. 2). Der Ökonom sagt nun zwar, daß im Endresultate die Maschinerie günstig für die Arbeiter sei, indem sie die Produktion billiger mache und dadurch einen neuen größeren Markt für ihre Produkte schaffe und so zuletzt die außer Arbeit gesetzten Arbeiter doch wieder beschäftige. Ganz richtig; aber vergißt der Ökonom denn hier, daß die Erzeugung der Arbeitskraft durch die Konkurrenz reguliert wird, daß die Arbeitskraft stets auf die Mittel der Beschäftigung drückt, daß also, wenn diese Vorteile eintreten sollen, bereits wieder eine **Überzahl von Konkurrenten für Arbeit** darauf **wartet** und dadurch diesen Vorteil illusorisch machen wird, während der Nachteil, die plötzliche Wegnahme der Subsistenzmittel für die eine und der Fall des Lohns für die andere Hälfte der Arbeiter, nicht illusorisch ist? Vergißt der Ökonom, daß der Fortschritt der Erfindung nie stockt, daß also **dieser Nachteil sich verewigt**? Vergißt er, daß bei der durch unsere Zivilisation so unendlich gesteigerten Teilung der Arbeit ein Arbeiter nur dann leben kann, wenn er an dieser bestimmten Maschine für diese bestimmte kleinliche Arbeit verwendet werden kann? daß der Übergang von einer Beschäftigung zu einer andern, neuern, für den erwachsenen Arbeiter fast immer eine entschiedene Unmöglichkeit ist?...

Soziale Polarisierung durch Konkurrenz

...Die Konkurrenz setzt also Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen Arbeit, Grundbesitz gegen Grundbesitz, und ebenso jedes dieser Elemente gegen die beiden andern. **Im Kampf siegt der Stärkere**, und wir werden, um das Resultat dieses Kampfes vorauszusagen, die Stärke der Kämpfenden zu untersuchen haben. Zuerst sind Grundbesitzer und Kapital jedes stärker als die Arbeit, **denn der Arbeiter muß arbeiten, um zu leben, während der Grundbesitzer von seinen Renten und der Kapitalist von seinen Zinsen, im Notfalle von seinem Kapital oder dem kapitalisierten Grundbesitz leben kann**. Die Folge davon ist, daß der Arbeiter nur das Allernotdürftigste, die nackten Subsistenzmittel zufallen, während der größte Teil der Produkte sich zwischen dem Kapital und dem Grundbesitz verteilt. Der stärkere Arbeiter treibt ferner den schwächeren, das größere Kapital das geringere, der größere Grundbesitz den kleinen aus dem Markt. Die Praxis bestätigt diesen Schluß. Die Vorteile, die der größere Fabrikant und Kaufmann über den kleinen, der große Grundbesitzer über den Besitzer eines einzigen Morgens hat, sind bekannt. Die Folge hiervon ist, daß schon unter gewöhnlichen Verhältnissen das große Kapital und der große Grundbesitz das kleine Kapital und den kleinen Grundbesitz nach dem Recht des Stärkeren verschlingen - die Zentralisation des Besitzes, in Handels- und Agrrikulturkrisen geht diese Zentralisation viel rascher vor sich. - Großer Besitz vermehrt sich überhaupt viel rascher als kleiner, weil von dem Ertrag ein viel geringerer Teil als Ausgaben des Besitzes in Abzug kommt. Diese **Zentralisation des Besitzes** ist ein dem Privateigentum ebenso immanentes Gesetz wie alle andern; die Mittelklassen müssen immer mehr verschwinden, bis die Welt in Millionäre und Paupers, in große Grundbesitzer und arme Tagelöhner geteilt ist. Alle Gesetze, alle Teilung des Grundbesitzes, alle etwaige Zersplitterung des Kapitals hilft nichts - dies Resultat muß kommen und wird kommen, **wenn**

nicht eine totale Umgestaltung der sozialen Verhältnisse, eine Verschmelzung der entgegengesetzten Interessen, eine Aufhebung des Privateigentums ihm zuvorkommt.

Alternative

Die Wahrheit des Konkurrenzverhältnisses ist das Verhältnis der **Konsumtionskraft** zur **Produktionskraft**. In einem der Menschheit würdigen Zustände wird es keine andere Konkurrenz als diese geben. Die Gemeinde wird zu berechnen haben, was sie mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln erzeugen kann, und nach dem Verhältnis dieser Produktionskraft zur Masse der Konsumenten bestimmen, inwieweit sie die Produktion zu steigern oder nachzulassen, inwieweit sie dem Luxus nachzugeben oder ihn zu beschränken

hat. Um aber über dies Verhältnis und die von einem vernünftigen Zustände der Gemeinde zu erwartende Steigerung der Produktionskraft richtig zu urteilen, mögen meine Leser die Schriften der englischen Sozialisten und zum Teil auch **Fouriers** vergleichen. Die subjektive Konkurrenz, der Wettstreit von Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen Arbeit usw., wird sich unter diesen Umständen auf den in der menschlichen Natur begründeten und bis jetzt nur von Fourier erträglich entwickelten **Wetteifer** reduzieren, der nach der Aufhebung der entgegengesetzten Interessen auf seine eigentümliche und vernünftige Sphäre beschränkt wird.

[Engels: Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie, Marx-Engels Werke Berlin, Bd. 1, S. 511 ff.]

Der gesamte Text unter http://www.attacberlin.de/fileadmin/Sommerakademie/Engels_Natinaloekonomie1.pdf

Christian Zeller

Globales Projekt Die Welt ist keine Ware – aber wem gehört sie? Zu den Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung

Die Begriffe Aneignung und gesellschaftliche Aneignung sind seit einiger Zeit wieder Gegenstand emanzipatorischer Diskussionen und Auseinandersetzungen geworden. Vor allem Menschen in libertär-sozialistischen und autonomen Zusammenhängen sowie in Bewegungsansätzen jenseits der klassischen Linken erkennen in der Perspektive der Aneignung Chancen, das Kräfteverhältnis zu verbessern und eine offensivere Gangart einzuschlagen. Robert Kurz benennt in seinem polemischen Artikel (Junge Welt vom 5. und 6. August) zu Recht wichtige Defizite der aktuellen Debatte über gesellschaftliche Aneignung. Dennoch ist seine Kritik steril. Robert Kurz bringt kein Verständnis dafür auf, wie politische Auseinandersetzungen, die an Alltagsproblemen entbrennen, eine radikalisierte Dynamik erlangen können.

In meiner Replik gehe ich auf **drei Aspekte** ein, die **zentral für die Entwicklung einer antikapitalistischen Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung sind**. Erstens benenne ich den Kontext der globalen Enteignungsökonomie und die Bedeutung der Eigentumsfrage, zweitens skizziere ich die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung im Sinne einer antikapitalistischen Strategie und drittens verbinde ich mit dieser Strategie die Herausforderung einer grundsätzlichen Neuformierung der Linken.

Akkumulation, Eigentum, Klassen

Mit der Durchsetzung eines **finanzdominierten Akkumulationsregimes** hat das mit den transnationalen Konzernen verflochtene Finanz- und Anlagekapital die Steuerung des Akkumulationsprozesses übernommen. Aufgrund der errungenen Position und Macht kann sich das finanzielle Anlagekapital mittels Investment- und Pensionsfonds einen Teil der Gewinne in Form von Einkommen aus Börsenplazierungen sowie Einkommen aus Mieten, Bodenrenten sowie über den öffentlichen Schuldendienst aneignen. Diese Einkommen sind einzig durch das Eigentum an Vermögen legitimiert. Die Abschöpfung eines

Teils des Profits erfordert allerdings die Steigerung der Mehrwertrate und eine genügende Akkumulation von produktivem Kapital, was aber gerade aufgrund der Verwertungsschwierigkeiten nur ungenügend erfolgt. Das Anlagekapital zeichnet sich durch die Neigung aus, der »Ökonomie« mehr abzuverlangen als diese zu liefern imstande ist. Das äußert sich in der harten Deregulierung der Arbeit, den Angriffen auf soziale Errungenschaften, den umfassenden Privatisierungen, den Enteignungsmechanismen in den sogenannten aufstrebenden Märkten (Zinszahlungen, Kapitalflucht) und schließlich in der imperialistischen und kriegerischen Aneignung von Territorien und ihren Ressourcen. Die Abschöpfung von Mehrwert und die Ausbeutung der Arbeitenden bleiben dennoch zentral im Akkumulationsprozeß und wurden mit wachsender Arbeitsproduktivität gesteigert.

Die herrschenden Klassen nehmen die Eigentumsfrage also sehr ernst. Ganz im Gegensatz dazu ist das Eigentum ein Tabu bei den Gewerkschaften. Auch die globalisierungskritischen Bewegungen schlagen einen Bogen um diese zentrale Frage. Das Privateigentum ist ein Pfeiler des Kapitalismus und der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Allerdings drücken das Eigentum an Konsumgütern, die wir verbrauchen, und das Eigentum an Produktionsmitteln, die eingesetzt werden, um mit menschlicher Arbeit neue Werte zu erzeugen, zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte aus. Noch wichtiger ist der Unterschied zwischen dem Eigentum an einem Gut, das Ergebnis der persönlichen Arbeit ist, und der Aneignung von Gütern durch Unternehmen, die im Rahmen des Produktionsprozesses von vielen Lohnabhängigen in gemeinsamer Arbeit hergestellt wurden. Infolge der starken Arbeitsteilung und der intensiven Kooperation von Lohnabhängigen, die am selben oder auch an verschiedenen Orten arbeiten, sind mittlerweile alle denkbaren Güter vom Brot bis zum Medikament, von der Musikanlage bis zur Versicherungspolice Ergebnis eines kollektiven und gesellschaftlichen Arbeitsprozesses.

Seit Beginn der neokonservativen Gegenreform vor über zwanzig Jahren versucht das Kapital, sich die Gesamtheit der materiellen und intellektuellen Bedingungen des Produktionsprozesses, also das historische Werk der gesellschaftlichen Arbeit der Menschheit, anzueignen. **Alles, was profitabel erscheint, soll zur Ware umgeformt werden. Voraussetzung dieser Umformung ist aber die Durchsetzung spezifischer Eigentumsrechte.** Wenn ein Pharmakonzern einen Wirkstoff oder eine Technologie patentiert, eignet er sich wissenschaftliche Kenntnisse an, die gesellschaftlich produziert und öffentlich mitfinanziert wurden. Das Patent ist immer Ergebnis einer langen Akkumulation von Wissen und Erfahrungen, die unabhängig vom patentierenden Unternehmen produziert wurden. Das Patent erlaubt es den oligopolistischen Konzernen, das privatisierte gesellschaftliche Wissen zur Erzielung von Renten und zu einem Instrument der gesellschaftlichen Herrschaft zu transformieren.

Gleichzeitig haben sich mit der Ausweitung der produktiven Basis von Kapital und Arbeit das Lohnabhängigkeitsverhältnis und die Ausbeutung durch Lohnarbeit ausgedehnt. Diese **Proletarisierung** schließt alle ein, die in den unterschiedlichsten Konfigurationen und Ausmaßen von Unsicherheit gezwungen sind, ihre Arbeitskraft und ihre Kreativität zu verkaufen. Dazu zählen mehr oder weniger fest angestellte Lohnabhängige ebenso wie prekär Beschäftigte, kleine Selbständige, Scheinselbständige, Ich-AGs und alle Menschen, die von deren Einkommen leben. Robert Kurz rät, sich vom Klassenkampf zu verabschieden. Gewiß können nicht alle Kämpfe gegen die Herrschaft und Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft auf den reinen Klassenkampf reduziert werden. **Aber wer, wenn nicht die – zwar heterogene – Klasse der Lohnabhängigen, also die große Mehrheit der Bevölkerung in den imperialistischen Ländern, soll Trägerin gesellschaftlicher Aneignungsprozesse und letztlich der Aufhebung der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln sein?**

Vom Widerstand zur Perspektive

Die Formulierung einer emanzipatorischen Perspektive besteht aus mindestens drei Elementen: Der Ausgangspunkt sind die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse auf Weltebene. Deren Befriedigung ist im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich. Daher ist theoretisch und praktisch ein antikapitalistischer Bruch zu formulieren. **Eine alternative Orientierung besteht schließlich in der demokratischen und gesellschaftlichen Aneignung der wichtigsten Ressourcen.**

Die Privatisierungen im Gesundheitswesen verdeutlichen die Herausforderungen. »Gesundheit ist keine Ware«, sagt das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC. Aber wie sieht ein soziales Gesundheitswesen aus, das seine Dienste nicht mehr warenförmig anbietet? Und die Dienstleistungen der Krankenversicherung: Sollen sie auch keine Ware mehr sein? Und die Medikamente: Wie sollen sie keine Ware mehr sein? Wer kontrolliert die Pharmaindustrie? Privatisierungen sind mit einer Verteidigung der obrigkeitstaatlichen Kontrolle kaum zu verhindern. Aber welche Vorschläge zielen in die Richtung einer gesellschaftlichen und demokratischen Aneignung der öffentlichen Dienste und anderer Schlüsselsektoren durch die Beschäftigten und die Benutzer? Diese Fragen zu stellen, heißt, die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln grundsätzlich neu aufzuwerfen.

Der Widerstand gegen Privatisierungen muß offensiv geführt werden. Gegen die betriebswirtschaftliche Effizienz ist eine Effizienz auszuarbeiten, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die gesellschaftliche Nützlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Direkte demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten und die Nutzer wird einen wirksameren Druck darstellen, Ressourcen nicht zu verschwenden, als das bisherige Bestreben einer maximalen privaten Profitaneignung. Öffentliche Dienstleistungen, die allgemein zugänglich sind und Grateinrichtungen basieren auf einem Verständnis von »gleichen Rechten für alle«. Diese Idee steht im Zentrum einer solidarischen Konzeption der öffentlichen Dienste. »Umsonst-Kampagnen« können diese Grundidee praktisch aufgreifen und im Kleinen durchsetzen. Öffentliche Dienste können Ansätze einer Alternative zu den Bereicherungsmechanismen des Marktes darstellen. Die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots ist aber nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen und hierarchischen Apparat.

Die Arbeit und die Arbeitsverhältnisse stehen im Zentrum der gesellschaftlichen Konflikte. Damit ist **die Frage nach der Umverteilung der Arbeit und einer radikalen, europaweiten Arbeitszeitverkürzung verbunden**, wie Winfried Wolf in der jW vom 10. August aufgezeigt hat. Es sind Vorstellungen für eine Neuverteilung der Arbeit, der Aneignung der eingesparten Arbeit und der Freizeit zu entwickeln. Ein solches Herangehen wirft unmittelbar die Frage nach der Neuorganisation der Arbeitsverhältnisse, der Umverteilung der reproduktiven Arbeiten und der solidarischen Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung auf. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentliches Instrument zur Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern.

Die gesellschaftliche Aneignung der öffentlichen Dienste sowie die Neugestaltung und Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse durch die Arbeitenden stellen uns vor die **Herausforderung der gesellschaftlichen Aneignung der strategischen Produktionsmittel**

Bislang obliegt es den Unternehmen, die Investitionsentscheidungen zu treffen. Diesen Entscheidungen liegen nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse, sondern die Profiterwartungen zugrunde. Eine gesellschaftliche Aneignung der Investitionen würde bedeuten, daß die Profite zusammengeführt werden und ihre Verwendung nicht entsprechend profitorientierter Firmenstrategien, sondern gemäß den demokratischen Entscheidungen einer Gesellschaft erfolgt. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wenn sich die Lohnabhängigen bei allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsbedingungen betreffen, gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern durchsetzen könnten. Ein weiterer Schritt wäre es, wenn die Lohnabhängigen und Bürger die Kontrolle der Unternehmen und Konzerne sowie eine Offenlegung aller wesentlichen Informationen durchsetzen könnten. Letztlich sind die Entscheidungen über die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen aber Angelegenheit der gesamten Bevölkerung.

Die gesellschaftliche Aneignung technologischen Wissens und die demokratische Gestaltung technologischer Entwicklungspfade stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Auseinandersetzungen über die Kernenergie, die Biotechnologien und die Zugänglichkeit des Internets sowie

über die Ausdehnung intellektueller Eigentumsrechte haben die Sensibilität gegenüber dem Herrschaftscharakter von Technologien geschärft. Selten werden diese Diskussionen aber im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Aneignung technologischer Entwicklungspfade geführt.

Jede emanzipatorische Perspektive muß sich mit dem Problem der Maßstäbe auseinandersetzen. Da große Konzerne global agieren, die Arbeitsteilung international strukturiert ist und die Mobilität der Lohnabhängigen stark angestiegen ist, **sind Alternativen transnational, mindestens auf europäischer Ebene zu formulieren.** Welche Bahnen und welche Sozialversicherungen wollen wir in Europa? Wer kontrolliert die internationalen Glasfasernetze für das Internet? Wie lassen sich die europäischen mit den nationalen und regionalen Strukturen verschränken? Ein Zurück zur nationalen Perspektive ist ausgeschlossen.

Für das **öffentliche Eigentum** sind alle Formen zwischen Munizipaleigentum und einer neuen öffentlichen Eigentumsform auf europäischer oder sogar globaler Ebene denkbar. Je nach Bedürfnissen, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften sind Dienstleistungen und die Produktion besser auf regionaler, nationaler, übernationaler, kontinentaler oder gar globaler Ebene zu organisieren. Ohne gesellschaftliche Planung ist das nicht möglich. Die Ausarbeitung des Planes entspringt einem doppelten Prozeß: erstens der Debatte der Bürger über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcen; zweitens der Debatte der Produzenten, die darüber befinden, wie die großen Entschiede umzusetzen sind. Die betrieblichen und territorialen Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung sind zu verknüpfen mit den bestehenden Formen parlamentarischer Demokratie sowie mit Abstimmungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen.

Neuformierung der Linken

Selbstverständlich läßt sich eine emanzipatorische Perspektive nicht auf die Eigentumsfrage reduzieren. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ändert noch nichts an den Ausbeutungsverhältnissen, und die Warenform bleibt erhalten. Andererseits wird der Begriff der Aneignung oftmals in einem verharmlosenden Sinn aufgegriffen. Das kritisiert Robert Kurz zu Recht. Die Aneignung von Konsumgütern, Kultur und Dienstleistungen durch soziale Bewegungen sowie die »Umsonst-Kampagnen«, die sich oft auf ein radikalisiertes Szenemilieu konzentrieren, können zwar Anknüpfungspunkte bieten, aber eine emanzipatorische antikapitalistische Perspektive ist damit noch nicht formuliert. Hierin liegt zweifellos eine Schwäche der Aneignungspraxis, wie sie zum Beispiel in der Zeitschrift Arranca! oder auch bei ATTAC diskutiert wird.

Die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung ist in den Rahmen einer antikapitalistischen Übergangsstrategie zu setzen. Es braucht den Aufbau eigener Strukturen, von Gegenmacht und schließlich einer gesellschaftlichen Hegemonie. Tatsächlich haben sich im Laufe von Kämpfen Lohnabhängige immer wieder eigene Strukturen gegeben, die eine Kontroll- oder sogar eine Doppelmachtfunktion gegenüber der Macht der Unternehmen einnahmen (Mai 1968 in Frankreich, 1969 in Italien, 1974 in Portugal, 1980/81 in Polen und 2002/03 in Argentinien). Eine umfassende gesellschaftliche Aneignung und letztlich Transformation der Gesellschaft ist im Rahmen der bürgerlichen Institutionen aber nicht möglich. Letztlich geht die konsequente Infragestellung des

Privateigentums mit der Infragestellung des bürgerlichen Staatsapparates einher. Mit der Durchsetzung und Institutionalisierung von Gegenmachtstrukturen wird automatisch auch eine Form neuer Staatlichkeit generiert.

Die Strategie der gesellschaftlichen Aneignung stützt sich auf die Selbstaktivität der Menschen. Sie soll Dynamiken auslösen, die den Lohnabhängigen ermöglichen, sich als ein selbständig politisch handelndes Subjekt zu erfahren und einzugreifen. Eine derartige Übergangsstrategie hilft, sich Kontrolle und damit Teile der Macht anzueignen – im Kleinen gewissermaßen das Große vorzubereiten. **Es geht nicht bloß um den Inhalt der Forderung selbst, sondern darum, politische Prozesse und Organisationsformen zu befördern, die das Kräfteverhältnis verändern und zu gemeinsamen Lernprozessen ermuntern.** Nur abstrakt und scheinradikal nach der Abschaffung der Warenform zu rufen, wie das Robert Kurz tut, bietet in dieser Hinsicht wenig Anknüpfungspunkte.

Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts eröffnete Phase der Arbeiterbewegung, die durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen geprägt wurde, ist abgelaufen. Die sozialdemokratischen Parteien haben sich in Modernisierungsinstrumente der kapitalistischen Herrschaft transformiert und die Organisationen, die aus der klassischen kommunistischen Bewegung stammen, sind aufgrund ihrer unverarbeiteten Geschichte nicht glaubwürdig für eine freiheitliche und emanzipatorische Perspektive. Die Zeit des klassischen Reformismus ist aber auch vorbei, weil die Spielräume für eine reformistische Politik so klein geworden sind, daß auch die Durchsetzung kleiner Reformschritte bereits die Machtfrage aufwirft.

Nun geht es darum, einen komplizierten und langanhaltenden Konstituierungsprozeß einer neuen, pluralen Bewegung der Lohnabhängigen voranzutreiben. Damit ist die Perspektive eines neuen politischen und sozialen Bürgerrechts verbunden, das die gleichen individuellen politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Rechte für alle in einem bestimmten Territorium lebenden Menschen beinhaltet. Dazu gehört auch das Recht auf gesellschaftlich sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit sowie auf ein Mindesteinkommen, das ein würdevolles Leben ermöglicht.

Voraussetzung für gesellschaftliche Aneignungsprozesse sind die Selbstorganisation und demokratische gesellschaftliche Kontrolle. Die Vorschläge zielen auf die Durchsetzung einer vollständigen politischen und ökonomischen, letztlich gesamtgesellschaftlichen Demokratie und eines globalen Bürgerrechts. Die gesellschaftliche Aneignung beginnt damit, daß Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. In ihrer Dynamik tragen sie zu einer gesellschaftlichen Transformation bei, welche die Logik der privaten Profitmaximierung und Aneignung sowie der Konkurrenz überwindet und in letzter Konsequenz auch die Warenform perspektivisch in Frage stellt. Damit werden Alltagskämpfe verbunden mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt einer sozialistischen Alternative, die sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt.

In Junge Welt erschienen, <http://www.jungewelt.de/2004/09-02/003.php>

.(S. auch Sand im Getriebe Nr 31 „Soziale Aneignung statt globale Enteignung!“)

Sommerakademie (Soak) von Attac Österreich

"Die Soak wurde auch dieses Jahr ihrem Status als Attac-Highlight wieder voll gerecht. Eine tolle Organisation mit einer Flut an hochinteressanten und spannenden Workshops, Podien und Diskussionen wartete auf uns. Die Soak hatte auch heuer wieder die Wirkung einer Initialzündung... " - Und, so der Teilnehmer weiter: "Ich habe wieder viel "Attac-Energie" getankt, die mit Sicherheit bis zur nächsten Soak anhält, auf die ich mich auch schon wieder riesig freue!"

So geht es nach den fünf Tagen in Müzzuschlag wohl den meisten von uns. Insgesamt wurden wieder knapp dreihundert TeilnehmerInnen gezählt, rund ein Drittel davon nutzte die SommerAttacademie als Erstkontakt. 80 Workshops, tägliche Plenarveranstaltungen, viel Programm rundum - vom Morgen bis zum (frühen) Morgen ...

Spannend und kontroversieller als in den letzten beiden Jahren waren die

Diskussionen zum Schwerpunktthema der Akademie: Losarbeiten - Arbeitslos. Ein hochinteressantes methodisches Novum war das Streitgespräch mit Attac-KritikerInnen am Abschlussabend, das nicht in Form einer Frontal-Podiumsdiskussion geführt wurde, sondern als "fish bowl": Die KritikerInnen saßen an einem Tisch in der Mitte, an den sich diskussionsfreudige Attacis jederzeit dazusetzen konnten.

Den akustischen Höhepunkt und wohl auch das deutlichste Zeichen unserer Anwesenheit im Ort brachte der Auftritt von SambAttac beim Country-Fest des Müzzuschlager Motorradklubs. (Ja, beim Country-Fest des Müzz...) Nach anfänglich eher distanzierter wechselseitiger Betrachtung mischten sich spätestens beim Spielefest der Attac-Regional- und Inhaltsgruppen auch einige Ortsansässige unter "die von der Akademie". Wieder unter uns ging's tanzend und sambatrommelnd durch die ganze Stadt.

Wir danken: Pia Lichtblau und dem gesamten Organisationsteam der Soak 2004, Karan d'Ache, Flow Bradlay, der Theatergruppe Bunte Mischung und tausendmal Edison Tadeu, ohne den SambAttac nie möglich geworden wäre!

Die Sommerakademie NullVier Foto-CD ist fertig! Es erwarten Euch über 600 Fotos von unseren fleißigen DigitalfotoknipserInnen. Die Fotos zeigen die Sommerakademie aus einer geschlechtsneutralen Perspektive - mind. 50% der Bilder und der Fotografierenden sind Frauen ;-)

Nebenbei sind auf der CD einige Schmankerl freier Software, für alle Windows & Mac-UserInnen, die gern etwas unabhängiger vom Softwarekonzern M\$ werden möchten: OpenOffice, Mozilla, u.a. zu Details zur Bestellung

Erste Sommerakademie und Jahresversammlung von attac schweiz: Richtungsentscheide für die globalisierungskritische Bewegung

Im wunderbaren Rahmen der Val d'Hérens folgten rund 150 Personen aus der ganzen Schweiz der Einladung von attac Wallis und nahmen während drei Tagen an der ersten Sommerakademie von attac schweiz teil.

Rednerinnen und Redner aus Österreich, Deutschland, Frankreich und der Schweiz analysierten in Bildungsveranstaltungen zusammen mit den attac-AktivistInnen die Mechanismen des globalisierten Kapitalismus und öffneten neue Arbeitsfelder wie die Geschlechterverhältnisse, die Landwirtschaft oder die Ökologie. Service Public und WTO, Finanzplatz und Finanzpolitik, neue imperialistische Kriege oder multinationale Unternehmen waren einige der Themen, die in Mobilisierungs-Workshops diskutiert und mit konkreten Aktionsperspektiven verbunden wurden.

Um den fünften Geburtstag von attac schweiz zu feiern, debattierten verschiedene Vertreter der schweizerischen sozialen Bewegungen

mit attac über die Bilanz und die Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung. Marianne Hochuli von der Erklärung von Bern, Dieter Drüssel vom Zentralamerika-Sekretariat, Paolo Gilardi vom Verband des Personals öffentlicher Dienste und Alessandro Pelizzari von attac beleuchteten die Legitimationskrise des aktuellen neoliberalen Kapitalismus, welche die Analysen und die Kritik der globalisierungskritischen Bewegung in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung hineinträgt. Dennoch wurde auch festgestellt, dass die globalisierungskritische Bewegung es in keiner Weise geschafft hat, realen Einfluss auf die konkreten Politiken der Regierungen und internationalen Institutionen auszuüben oder den Sozialabbau aufzuhalten.

Angesichts dieser offenen Fragen traf die Jahresversammlung von attac schweiz wichtige Entscheide über die politischen Prioritäten von attac in der nächsten Periode.

So wurde beschlossen, sich stärker in die sozialen Auseinandersetzungen in der Schweiz einzumischen und im Rahmen des Aktions- und Streiktages des Verbandes des Personals der öffentlichen Dienste vom 23. September eine bedeutende Kampagne gegen den Abbau des Service Public lancieren.

Auch wurde entschieden, den Druck auf multinationale Unternehmen zu erhöhen, insbesondere mit der Organisation einer öffentlichen Anhörung gegen Nestlé im nächsten Jahr.

Schliesslich beschloss die Jahresversammlung, im Rahmen der Mobilisierung gegen das World Economic Forum in Davos die internationale Konferenz „Das Andere Davos“ zu organisieren.

Die Idee, eine Volksinitiative zur Einführung einer Reichtumssteuer zu lancieren, fand hingegen nicht die nötige Mehrheit der attac-Mitglieder.

http://www.schweiz.attac.org/article.php3?id_article=492

Walden Bello und Aileen Kwa

Die Geschichte hinter dem Triumph Washingtons in Genf

Das *July Framework Document* (Juli-Rahmendokument) ist ein wichtiger Triumph für die großen Handelsmächte, besonders die Vereinigten Staaten. Für die Entwicklungsländer ist die Lage komplexer, wobei die meisten Länder verlieren aber einige behaupten, sie haben Gewinne gemacht. Unter denen, die behaupten auf der Gewinnerseite zu sein, sind Brasilien und Indien, die als Führer der G20 anerkannt wurden und als zwei der *Five Interested Parties* (FIPS) (fünf interessierten Parteien), die die führende Rolle beim Entwurf des Textes zur Landwirtschaft spielten.

Man muss die Dynamik der Rahmenverhandlungen vom Juli beachten, da sie ein Abweichen von dem traditionellen Nord-Süd-Handelsverhandlungen bedeutet und die Weichen für die Zukunft stellen kann.

Der General Council ersetzt den Ministerrat

Eine institutionelle Innovation ist, dass der General Council (GC) jetzt de facto das höchste Entscheidungsgremium der WTO geworden ist. Die Tagung im Juli brachte effektiv eine Ministererklärung, ohne dass der Ministerrat getagt hatte. Zweimaliges Scheitern des Ministerrates – Seattle und Cancún – machten dem WTO-Sekretariat und den Handelsgroßmächten deutlich, wie wenig geeignet der Ministerrat als Gremium für Entscheidungsfindung ist. Er zog die NROs und Massenproteste an. Er bestand aus Ministern, die meist keine professionellen Unterhändler sondern Politiker waren, die entschlossen waren, die Interessen ihrer eigenen Länder zu vertreten. Er brachte die Presse in großer Zahl und machte die Entscheidungsfindung transparenter, entgegen den Wünschen der Verhandellnden, die exklusive „Green Rooms“ gewohnt waren. Nur etwa 40 Handelsminister waren in Genf bei der GC-Tagung anwesend, wobei viele Vertreter von Ländern fehlten, die beim Ministerrat in Cancún eine Schlüsselrolle gespielt hatten, wie Kenia und Nigeria. Offensichtlich, da etwa 100 Minister von WTO-Mitgliedsländern abwesend waren, haben viele Regierungen es versäumt, die Bedeutung der Tagung voll zu erfassen.

Was die globale Zivilgesellschaft betrifft, die für das Ergebnis in Cancún eine entscheidende Rolle gespielt hatte, war sie weitgehend selbstgefällig, und versäumte, sich klar zu werden, wie schnell die Handelsmächte sich aus ihrem Zustand der Verwirrung fangen konnten. Nur wenige NROs hatten in den kritischen Tagen im Juli ihre Leute in Genf.

Umgang mit der G20

Das war aber nicht einfach das manipulative Verhalten alten Stils der Handelsgroßmächte und des WTO-Sekretariats der Zeit vor Cancún. Die Lage nach Cancún machte das unmöglich. In Cancún tauchte die G20 als Schlüsselfigur in den Handelsverhandlungen auf. Wie der Botschafter Clodualdo Huguenuy von Brasilien in der Debatte am Weltsozialforum in Mumbai im vergangenen Januar ausdrückte, „die G20 hat das Monopol der EU und der USA über die Handelsverhandlungen gebrochen.“

Die USA haben allerdings die Änderung der Lage nicht sofort erkannt. Im Anschluss an den Gipfel von Cancún kündigte der US-Handelsvertreter Robert Zoellick eine aggressiveres einseitiges Vorgehen bei den Handelsverhandlungen an, als er

sagte, dass die USA zukünftig sich auf zweiseitige Abkommen mit willigen („can do“) Ländern konzentrieren werde, damit implizierend, dass sie weniger Anstrengungen auf die Verhandlungen innerhalb der WTO verwenden würden. Washington griff die G20 frontal an, indem sie El Salvador, Kolumbien, Peru, Costa Rica und Guatemala innerhalb weniger Wochen aus dieser Gruppe löste.

Von den Entwicklungsländern war das Phänomen G20 positiv aufgenommen worden. Doch gab es unter ihnen Besorgnis darüber, dass die einflussreichsten Mitglieder Agro-Exporteure waren, wie Brasilien, und dass der Hauptschwerpunkt der Gruppe darin lag, das massive Subventionssystem der EU und der USA zu beenden und die Zollschränken für den Marktzugang zu diesen reichen Märkten zu beseitigen. Viele Länder, einschließlich Indonesien, waren besorgt, dass die G20-Regierungen sich viel weniger darum kümmerten, die Märkte der Entwicklungsländer und die Kleinbauern vor Billigimporten zu schützen. Daher brachte die G33 weiterhin Vorschläge auf den Tisch für geschützte „spezielle Produkte“ und „spezielle Schutzmechanismen“.

Andere Länder betrachteten den Schwerpunkt der G20 auf Landwirtschaft als unangemessene Strategie zur Verteidigung der Interessen von Entwicklungsländern. Das führte zur Bildung der G90 (bestehend aus der Afrika-Gruppe, der AKP [Afrikanische, Karibische und Pazifische Länder] und den am wenigsten entwickelten Ländern, die sich in dem Bemühen zusammen taten, die „Neuen Themen“ Investitionen, Beschaffung und Handelserleichterung aus der Zuständigkeit der WTO herauszuhalten.

Allerdings elektrisierte die Bildung der G20 die Ränge der Entwicklungsländer und viele Regierungen waren begeistert vom Versprechen des brasilianischen Außenministers Celso Amorim in seiner Rede in Cancún, dass das Ziel der G20 sei „es [das Welthandelssystem] näher an die Bedürfnisse und Bestrebungen derer zu bringen, die am Rande - wie die große Mehrheit - nicht die Chance hatten, die Früchte ihrer Mühen zu ernten. Es ist höchste Zeit, diese Realität zu ändern.“

Bis zum Frühjahr 2004, geriet die doppelte Strategie Washingtons - Anstrengung bilateraler Abkommen und Zerstörung der G20 - in Schwierigkeiten. Die Freihandelszone Amerika (*Free Trade Area of the Americas* – FTAA), die sie wollte, kam auf dem Ministergipfel in Miami im November 2003 nicht zustande und es begann zu erfahren, dass bilaterale Abkommen ein umfassendes multilaterales Rahmenwerk nur ergänzen aber nicht ersetzen können bei der Förderung der Handelsinteressen der Großfirmen. Gleichzeitig hielt die G20, trotz anfänglicher Überläufer zusammen.

Neue Gangart

Um die WTO wieder in Gang zu bringen, schaltete Washington in enger Zusammenarbeit mit Brüssel eine neue Gangart. Anstelle zu versuchen, die G20 zu zerstören oder zu untergraben, wählten sie die Führer, Brasilien und Indien als zentrale Figuren in den Landwirtschaftsverhandlungen, die das Haupthindernis für weitere Schritte in der Liberalisierung waren. So bildete sich Anfang April die informelle Gruppierung genannt die fünf interessierten Parteien (*Five Interested Parties* – FIPS), bestehend aus USA, EU, Australien,

Brasilien und Indien. In enger Zusammenarbeit mit dieser Gruppierung erstellte Tim Groser, der Vorsitzende des Landwirtschaftskomitees den vorgeschlagenen Text für das Juli-Rahmendokument.

Eine Strategieänderung war auch gegenüber anderen Ländern und Gruppierungen deutlich. Im Frühjahr begann US-Handelsvertreter Zoellick eine Reihe von strategisch wichtigen Entwicklungsländern zu besuchen. Anstatt Einladungen zum G90-Treffen in Mauritius Mitte Juli auszuschlagen, schickten die EU und USA hochrangige Delegierte einschließlich Zoellick. Hier wurde die Konfrontation auslösende Sprechweise ersetzt durch rhetorisches Bemühen, die Entwicklungsländer nicht nur zu Kompromissen bezüglich Landwirtschaft zu bewegen, sondern auch Verhandlungen zum Abbau von nicht-landwirtschaftlichen Zöllen, über Handelserleichterungen und über Dienstleistungen in die Wege zu leiten. Aber vielleicht die stärkste Botschaft, die die Entwicklungsländer zu hören bekamen, war, dass dies nun die letzte Chance war, ein multilaterales System in Gang zu setzen – dies würde bedeuten, dass sie verantwortlich gemacht würden, wenn gegen Ende Juli die Gespräche des General Council nicht zustande kämen.

Die amerikanisch-europäischen Bemühungen die WTO wieder in Gang zu bringen waren ein voller Erfolg. Die USA und die EU waren die Haupt-Nutznieser des Abkommens über Kürzungen von nicht-landwirtschaftlichen Zöllen, wobei die höchsten Zölle den tiefsten Einschnitten unterworfen werden; Zoellick kehrte nach USA zurück und posaunte den Anspruch heraus, dass die Vereinbarung zu NAMA (Non-agricultural Market Access – nicht-landwirtschaftlicher Marktzugang) einen massiven Sieg für die US-Firmen bedeute, da sie nur den Anfang eines Prozesses sei, der Zölle auf industrielle andere Erzeugnisse auf Null reduzieren würde. EU und USA gewannen Punkte indem sie die Entwicklungsländer die Zustimmung ab rangen, mit den Verhandlungen zu Handelserleichterungen, eine der „neuen Themen“, die diese in Cancún abgelehnt hatten. Aber die USA verbuchte den höchsten Gewinn, indem sie zusätzlich ihre „Blue Box“ erweiterte, in die ein beträchtlicher Teil der Subventionen an ihre Farmer aufgenommen wurde, die in der US-Farm Bill von 2002 gesetzlich geregelt waren.

Zum Teil war der Erfolg Washingtons das Ergebnis der **trickreichen Verhandlungsstrategie**. Z. B. Um die erweiterte „Blue Box“ zu erhalten, lenkte Washington die Aufmerksamkeit der Entwicklungsländer ab, indem es die Forderung stellte, dass sie ihre *de minimis* inländischen Unterstützungen reduzierten, das heißt die zulässigen Subventionen ihrer Produktion. In die Defensive gedrängt, verwendeten diese Länder viel Energie, um ihre Subventionen zu verteidigen, sodass sie nur zu erleichtert waren, als die USA in diesem Punkt einlenkte im Ausgleich der Anerkennung der Erweiterung der „Blue Box“. Ganz ähnlich: kurz vor der Tagung des General Councils brachte die EU plötzlich die Kategorie der „empfindlichen Produkte“ („sensitive products“) auf, um 20-40% ihrer Produkte vor bedeutenden Zollkürzungen zu schützen. Beunruhigt dass die EU ihre Forderung nach Schutz „Spezieller Produkte“, die für die Ernährungssicherheit wesentlich sind, blockieren könnte, stimmten die Entwicklungsländer zu.

Neutralisierung von Brasilien und Indien

Aber der Schlüssel zur erfolgreichen US-Strategie war, dass sie Brasilien und Indien in die Kerngruppe der Verhandlungen

einbezogen, dann deren Kernforderungen zustimmten, um sie so von den übrigen Entwicklungsländern zu trennen. Indiens Hauptanliegen war, die so genannte „Schweizer Formel“ für Zollkürzungen zu vermeiden, die verlangt hätte, ihre Landwirtschaftszölle wesentlich zu kürzen, etwas worin sie sich mit der Europäischen Union einig waren. Nach einem Unterhändler aus den Entwicklungsländern, der zum GC kam, war das Hauptbestreben Indiens, ihre Zölle zu schützen, und sie waren nicht darauf aus, darauf zu drängen, die Landwirtschaftssubventionen zu eliminieren, damit sie nicht die Unterstützung der EU für ihre Haltung in der Zollfrage gefährdeten. (Die Stellung der indischen Regierung zu Subventionen war durch die informelle Allianz mit der EU in Zollfragen nach der Doha-Ministerkonferenz verwässert, ehe die EU die Inder im Stich ließ, indem sie sich in einer gemeinsamen Position mit den USA in der Zeit vor Cancún verband. Sowohl die EU wie Indien sahen sich sicher gegenüber dem Ansatz der „Uruguay-Runde“ zu Zollsenkungen, da sie ihre durchschnittlichen Zollhöhen für hoch genug ansahen, um eine weitere Runde dieses Typs verkraften zu können. Es gab allerdings Entwicklungsländer mit viel niedrigeren durchschnittlichen Zollhöhen, für die auch ein Ansatz nach Art der Uruguay-Runde zu drastisch wäre [z. B. Honduras, Sri Lanka, Indonesien].)

Andererseits war es das Anliegen Brasiliens, die Landwirtschaftssubventionen abzuschaffen, und das hat es auch erreicht. Der endgültige Text bestätigt das Auslaufen der Exportsubventionen sowie bestimmter Arten von Exportkrediten. Es heißt, der große Gewinner im Auslaufen der Subventionen ist Brasilien und einige Schätzungen beziffern sie auf \$ 10 Mia. Nach Amorim bedeutet die Entscheidung vom Juli der „Anfang vom Ende“ der Exportsubventionen. Allerdings sind die „Gewinne“ Brasiliens noch nicht gesichert, es sei denn sie werden in den Verhandlungsmodalitäten festgezurrt. Ein spezifisches Enddatum für die Abschaffung der Exportsubventionen wird erst in der nächsten Phase der Diskussionen festgelegt. Übrigens, selbst wo die Abschaffung angeblich stattgefunden hat, ist bekannt, dass die EU Exportsubventionen durch indirekte Exportsubventionen ersetzt hat, indem direkte Zahlungen an Landwirte im Rahmen der „Green Box“ geleistet werden. Das ist auch die Absicht der derzeitigen Reform der allgemeinen Landwirtschaftspolitik (*Common Agricultural Policy* – CAP). Außerdem lässt das Rahmenwerk die „Green Box“ unberührt, die bis zu 70% aller US-Subventionen umfasst. Selbst die optimistischen Analysten können nicht mit Bestimmtheit sagen, dass die Gesamthöhe von Subventionen der zwei Landwirtschaftsgiganten gesenkt wird. Tatsächlich wird vorhergesagt, dass die Subventionshöhen aufrecht erhalten bleiben, wenn nicht sogar steigen.

Trotzdem ist das Agrobusiness in Brasilien zunächst sehr zufrieden. Es war tatsächlich der Druck des brasilianischen Agrobusiness, das angeblich Celso Amorim gezwungen hat, auf dem Thema der Subventionen fest zu halten zulasten einer starken Verteidigung von Interessen der Entwicklungsländer in anderen Bereichen. Da sie nichts von den gescheiterten Verhandlungen zu den FTTA- und EU-Mercosur-Handelsverträgen gewonnen hatten, waren die brasilianischen Landwirtschaftsexporteur gierig auf ein erfolgreiches WTO-Abkommen, das ihnen erlauben würde ihre Exporte in die EU und USA zu erhöhen.

Unter denen, die dadurch das Nachsehen hatten, dass Indien und Brasilien ihre spezifischen Interessen vorangestellt haben, waren:

- die Mehrheit der Entwicklungsländer, die erfahren werden, dass ihre Märkte weiter mit Überschussprodukten aus USA und EU überflutet werden. Für den gesamten Süden ist die Chance, die in der Uruguay-Runde legitimierte Verzerrungen im Landwirtschaftshandel zu korrigieren, vertan
- die afrikanischen Baumwollproduzenten, die versäumten, Verhandlungen über Baumwollsubventionen in den USA vorrangig unabhängig von den Landwirtschaftsverhandlungen in Gang zu setzen oder gar eine Verpflichtung zu erreichen, dass alle Baumwollsubventionen abgeschafft werden
- die Gruppe der 33, der nichts mehr übrig blieb als vage Zusagen, dass ihre Forderung nach „speziellen Produkten“ und „speziellen Sicherungsmechanismen“ und besonders die Abdeckung von Produkten durch solche Mechanismen Verhandlungsthema werden würden
- die meisten Entwicklungsländer, die mit Recht dem Text über Marktzugang für nicht landwirtschaftliche Produkte als Rezept für ihre Entindustrialisierung widerstanden haben. In der Tat hat die USA einen bedeutenden Gewinn für NAMA verzeichnet, da der Text eine detailliertes Programm für die radikale Liberalisierung ist, die die transnationalen Firmen seit Langem wünschen. Wie die US-nationale Vereinigung von Produzenten (National Association of Manufacturers) es sah, „Das ist ein riesiger Erfolg und ein großer Gewinn für die WTO, die Vereinigten Staaten und die Weltwirtschaft. Der wirklich große Erfolg für die industriellen Verhandlungen ist, dass alle Länder das Prinzip von großen Zollreduktionen und die Abschaffung sektoraler Zölle akzeptiert haben.“
- die meisten Entwicklungsländer, die jetzt zugesagt haben, ihr Angebot zur Liberalisierung von Dienstleistungen zu beschleunigen.

Dilemma

Nicht dass Indien und Brasilien sich nicht der Forderungen der anderen Entwicklungsländer bewusst gewesen wären. Tatsächlich erhielten sie gute Noten für Rückfragen an die

verschiedenen Gruppen von Entwicklungsländern. Es war einfach, dass sie dadurch, dass sie zentrale Akteure in der Ausarbeitung des vorgeschlagenen Rahmenwerks geworden waren, sie sich in eine unmögliche Situation hinein manövriert hatten. Je mehr Tagungsinteressen von der Strategie die Interessen der Mehrheit der Entwicklungsländer abzuweichen begannen, desto lauter posaunten sie die Behauptung, das Juli-Rahmendokument sei ein Sieg des Südens. Es zeugt vom Prestige Indiens und Brasiliens unter den anderen Ländern des Südens, dass bis heute viele Entwicklungsländer nicht begriffen haben, wie schlimm sie in Genf verloren haben.

Die Handelsgrößmächte haben von dem Debakel in Cancún gelernt. Der Übergang von einer konfrontierenden zu einer kooperierenden Strategie und subtilem Teilen und Herrschen hat die oberflächliche „Dritte-Welt-Einheit“, die in Cancún entstanden war, auseinander gerissen. Das Wesentliche an dieser Strategie lag darin, die Führer der G20, Indien und Brasilien, in den Mittelpunkt der Verhandlungen zu ziehen und deren spezifische Interessen zu zuspitzen. Sie sind in die Falle gelaufen. Da sie zentrale Spieler als Mitglieder der exklusiven „Fünf Interessierten Parteien“ waren, war Ihre Möglichkeit beschränkt, große Teile des Textes abzulehnen, zu dem sie vor der Herausgabe an den General Council zu Rate gezogen waren. Das hätte ihnen den Vorwurf eingebracht, für das „Scheitern“ der Doha Runde und des multilateralen Handelssystems verantwortlich zu sein.

Während und nach Cancún sah man die G20 in manchen Zirkeln als Repräsentant einer großen Machtverschiebung in der globalen Handelsordnung. Einige sahen die G20 als treibende Kraft für eine neu belebte „neue internationale Wirtschaftsordnung“. Die Wirklichkeit ist die, dass die G20 und besonders Brasilien und Indien in den Rang der Schlüsselkräfte des Welthandels aufgenommen wurden, aber es wird immer deutlicher, dass der Preis dafür die Aushöhlung der Stärke der Verhandlungsposition des Südens ist.

Mehr denn je braucht der Süden Führerschaft, solche die bereit ist, Risiken für das Ganze einzugehen, und der Versuchung widersteht, sich auf kleine und vielleicht illusorische Gewinne für das eigene Land einzulassen. Viele hatten erwartet, dass die Führer der G20 diese Rolle übernehmen würden. In der ersten entscheidenden Begegnung nach Cancún haben die letzteren diese Erwartungen enttäuscht.

http://www.focusweb.org/main/html/Article408.html?POST_NUKESID=0ddfb7a1c807445b2560b89b0bde8ccd
Übersetzung: Bernt Lampe

Aileen Kwa

Wie die Welthandelsorganisation (WTO) die arme Landbevölkerung bedroht: Die Auswirkungen der geplanten Agrarmarktordeung auf Indonesien.

Der „Entwurf einer Agrarmarktordeung“, der WTO vom 16. Juli, herausgegeben zur Vorbereitung der Ministerkonferenz, vom 27. bis 30. Juli, stellt eine Bedrohung für die Armen Indonesiens dar, besonders für die, welche jetzt schon ums Überleben kämpfen.

Indonesien lehnte den Entwurf ab und man sollte ihm dazu gratulieren. Das ist kein Zeichen von Starrsinn oder man-

gelnder Flexibilität. Der Entwurf bewahrt die Interessen der EU und der USA und schafft die legalen Rahmenbedingungen für diese beiden Supermächte, damit sie auch weiterhin mit ihren billigen Agrarprodukten die Entwicklungsländer überschwemmen können. Das hat verheerende Folgen für das Leben der einfachen Menschen. Die Indonesier hatten bereits unmittelbare Erfahrungen damit.

DIE LIBERALISIERUNG UND DIE FOLGEN

Als Folge der asiatischen Finanzkrise von 1997 verfügte der internationale Währungsfonds (IWF) weit reichende Handelsliberalisierungen als Bedingung für einen Kredit über mehrere Milliarden Dollar an Indonesien. Diese Bedingungen hießen, Zollsenkungen und das Ende der

Regulierungen durch das BULOG, der staatlichen Nahrungsmittel-Ankaufs- und Verteilungs-Agentur. Das war ganz nach den Wünschen der Weltmächte, besonders der USA. Sie erhielten damit Zugang zu einem riesigen Markt für ihre Agrarüberschüsse.

Indonesien senkte die Einfuhrzölle unter 5%, auch für Grundnahrungsmittel aus eigener Produktion. Der Zoll für Sojabohnen und Reis wurde auf Null gesenkt, für Mais auf 5%. Nur nach einem gesellschaftlichen und politischen Chaos und Unruhen wurde der Zoll für Reis auf 30% erhöht.

Vor der Deregulierung hatte das BULOG die ausschließliche Kontrolle über die Einfuhr von Grundnahrungsmitteln nach Indonesien und regelte somit die Nahrungsmittelversorgung und die Preise. Diese Kompetenz wurde fast vollständig ausgeschaltet. BULOG hat keine Kontrolle mehr über die Importkontingente. Private Händler genießen nun jede Freiheit. Die frühere Rolle des BULOG bei der Verteilung von Reis und anderen Landesprodukten zwischen den einzelnen Regionen wurde stark eingeschränkt.

Die Folgen dieser Liberalisierung waren dramatisch. Importe überfluteten das Land. Über Nacht verdreifachten sich die Reis-Importe und stehen nun bei 3,5 Mio. Tonnen pro Jahr (ca. 6% des Inlandsverbrauchs). Die Zuckerimporte schnellten von 20% des Inlandsverbrauchs auf 50% empor. Der Sojabohnenimport erreicht mindestens 50% des Inlandsverbrauchs.

Am deutlichsten spürt man die Auswirkungen auf die Beschäftigung im ländlichen Bereich bei Soja. Gab es 1996 noch 5 Millionen Soja-Produzenten waren es 2001 nur mehr 2,5 Millionen. Angenommen ein Produzent ernährt eine vierköpfige Familie, dann sind 10 Millionen Menschen davon betroffen.

Niemand würde klagen, wenn es in den Städten genug Arbeit gäbe. Wenn die Menschen die Kraft und die Reserven hätten, diese „Strukturanpassung“ auszuhalten, würden die Klagen auch verstummen. Tatsache ist aber, dass diese „Strukturanpassung“ nicht nur vorübergehend ist. Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung sind die tägliche Realität. Die Hälfte der 220 Millionen Menschen leben nahe der Armutsgrenze. Die Zeitungen berichten von einem Boom bei den Pfandleihern – die Menschen verpfänden ihre wenigen Wertgegenstände für die nächste Mahlzeit.

WAS IST SO UNFAIR AM WELTHANDEL?

Die EU und die USA subventionieren ihre Landwirte jährlich mit je 80 bis 90 Milliarden Dollar. Das drückt die Weltmarktpreise. Länder wie Indonesien, die ihre Märkte geöffnet haben, erfahren, dass ihre Landwirte mit diesen Preisen nicht einmal auf ihren lokalen Märkten mithalten können.

Reis und Soja sind in Indonesien Grundnahrungsmittel. Die Subventionen für diese Produkte in den USA stiegen in den letzten Jahren enorm an. Im Jahr 2002 betragen die Produktionskosten für ein bushel (ca. 35 l) Reis US\$ 18,26. Der Außenhandelspreis betrug US\$ 11,80. Die Produktionskosten für ein bushel Soja betragen US\$ 7,34. Es wurde um US\$ 5,48 exportiert.

Die Subventionen für Mais stiegen in den USA von 32 Mio. US\$ im Jahr 1995 auf 2,8 Milliarden im Jahr 2000. Die entsprechenden Beträge für Soja waren 16 Mio. US\$ gegen 3,6 Milliarden. Beim Reis, wo die USA nun als neuer Großexporteur auftreten, stiegen die Subventionen von 11,6 Mio. US\$ auf 763 Mio. im Jahr 2001.

DER ENTWURF DER WTO UND DIE FOLGEN FÜR INDONESIAEN.

Statt die Situation zu korrigieren, verstärkt der Agrarmarkt-Ordnungs-Entwurf der WTO, der in Genf verhandelt wird, nur die Marktverzerrung.

1. Die USA und die EU werden ihre Subventionen beibehalten und im Gegensatz zur Rhetorik vom Schutz der Schwächeren durch faire Regeln, gewährt die WTO legale Deckung für diese Ungerechtigkeiten.

2. Trotz dieser Dumpingmaßnahmen fordert man von den Entwicklungsländern, umfassende Zollsenkungen, um ihre Märkte weiter zu öffnen.

3. Mitten drin im kommerziellen Jargon des Entwurfes, der bei der Ministerkonferenz behandelt wurde steht ein Satz über staatliche Handelsunternehmen. Er sagt: „Der Einsatz von Monopolen ist Gegenstand künftiger Verhandlungen“. Das könnte sogar die jetzt schon beschränkten Möglichkeiten des BULOG weiter einengen und zugleich verhindern, dass das Mandat des BULOG in Zukunft je wieder ausgeweitet wird. Das wäre ein schwerer Schlag gegen Indonesien, da die Rolle des BULOG vor 1998 entscheidend war für die Sicherung der Nahrungsmittel-versorgung und für faire Produzenten-preise. Zölle sind ein wirksames Mittel gegen Importdumping. Dennoch war die Kontrolle des BULOG

über die Importkontingente sehr wirksam und ist auch für die Zukunft ein sehr brauchbares Werkzeug. Denn Zölle können zwar Importe beschränken, aber sie heizen die Inflation für heimische Produkte an – was die Regierung zu vermeiden sucht, wegen der historischen Erfahrung mit Aufruhr und politischem Chaos, wenn Nahrungsmittelpreise explodieren.

SENSITIVE PRODUKTE: EINE ECHTE ALTERNATIVE ODER EINE BERUHIGUNGSPILLE?

Die indonesische Regierung setzte sich vehement für das Konzept „sensitiver Produkte“ (SP) ein – die Idee, dass Produkte, die für die Ernährungssicherheit und das Überleben der Landbevölkerung wesentlich sind, von weiteren Zollbefreiungen ausgenommen sein sollen. Das war ein mutiger Schritt. Dennoch, die Regierung von Indonesien wäre schlecht beraten, die nationale Souveränität und das Überleben von Millionen auf die Hoffnung zu gründen, dass sie SP zugestanden erhält, aus zwei Gründen:

Erstens, der Entwurf vom Juli ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die entwickelten Länder nicht bereit sind nachzugeben. Die USA und die EU haben den SP keine Zustimmung gewährt, sondern nur von einer Prüfung gesprochen. Es gibt eine lange Geschichte in der WTO, dass die entwickelten Länder ihre Versprechen an die Entwicklungsländer nicht gehalten haben. Sie beherrschen dieses Spiel mit starken Muskeln, um ihren Starrsinn beizubehalten.

Zweitens, alles deutet darauf hin, dass die Liste der SP sehr kurz sein würde, z. B. drei bis fünf Produkte. Sensitive Produkte könnten dennoch von Zollsenkungen betroffen sein, wenn auch mit geringeren Prozentsätzen. Echte Ernährungssicherheit kann nicht auf einige wenige Produkte zusammen gestrichen werden.

SCHLUSSFOLGERUNG

Bis die indonesische Delegation die Gewissheit hat, dass ein Abkommen Gleichberechtigung im Handel mit Agrarprodukten bringt, wäre es im besten Interesse der Menschen, wenn sie in dieser Konferenz keinem Abkommen zustimmt. Ein schlechtes Abkommen liefert viele Millionen von Menschen dem Elend und er Arbeitslosigkeit aus – etwas was das Land absolut nicht brauchen kann.

Herbert Kaser, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen, coorditrad@attac.org

Der Stall des Augias

Bolkestein will totale Deregulierung des Dienstleistungssektors

Thomas Fritz

EU-Kommissar Frits Bolkestein entspricht dem Idealtyp des Neoliberalen. Siebzehn Jahre diente der 1933 geborene Niederländer dem Öl-Multi Shell, später war er Aufsichtsrat beim Pillendreher Merck. Seine politische Karriere begann in den 70er Jahren: Parlamentarier der niederländischen Liberalen, Handelsminister, Verteidigungsminister, Vorsitzender der Liberalen Internationale und schließlich Kommissar für den Europäischen Binnenmarkt. Daneben gehört Bolkestein der Mont Pélérin Society an, jenem reaktionären Think Tank, den Milton Friedman, Karl Popper und Friedrich August von Hayek 1947 gründeten und der fortan das ökonomische Programm des Neoliberalismus propagierte. Von den Urvätern der neoliberalen Konterrevolution lernte Bolkestein, dass staatlicher Interventionismus schnurstracks in die kommunistische Knechtschaft führt. Beseelt von derlei Ideen macht er sich heute über die Gesetze der EU-Mitglieder her. „Die nationalen Vorschriften sind z.T. archaisch, übertrieben aufwendig, und sie verstoßen gegen das EU-Recht“, beschied er im Januar dieses Jahres. „Diese Vorschriften müssen schlichtweg verschwinden.“ Zweifellos eine herkulische Aufgabe. Während Herkules kurzerhand die Flüsse Alpheus und Peneis durch den Stall des Augias leitete, um ihn auf elegante Weise vom Rindermist zu befreien, greift ein EU-Kommissar zur sauberen Methode der Richtlinie.

Im Januar präsentierte Bolkesteins Kommission einen Richtlinienentwurf, der den interventionistischen Mist im gesamten Dienstleistungssektor hinwegspülen soll. Bürokratische Hindernisse bedrohen nämlich das „Lissabon-Ziel“. Bis zum Jahr 2010 muss die Europäische Union „der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt“ werden. So zumindest will es der Beschluss des Europäischen Rates. Da der Dienstleistungssektor 70% der Wirtschaftstätigkeit in der EU ausmacht, spielt er eine Schlüsselrolle für die Formierung dieser transnationalen Wertschöpfungsgemeinschaft.

Den Dienstleistungsmarkt entfesseln

Ihren Deregulierungszweck verfolgt die Richtlinie mit einem Mix aus schrittweiser Beseitigung staatlicher Auflagen sowie dem systematischen Unterlaufen nationalen Rechts durch das sogenannte „Herkunftslandprinzip“. Danach unterliegen Dienstleistungsunternehmen in der EU nur noch den Anforderungen ihres Herkunftslands. Auflagen und Kontrollen des Tätigkeitslands würden gänzlich untersagt. Selbst die obligatorische Registrierung einer Geschäftsaufnahme will die Kommission verbieten. Damit setzt das Herkunftslandprinzip eine effektive Wirtschaftsaufsicht in der Europäischen Union faktisch außer Kraft. Künftig könnte sich jedes Unternehmen durch Sitzverlagerung oder die simple Gründung einer Briefkasten-Firma im EU-Ausland lästiger inländischer Auflagen entledigen. Örtliche Tarifverträge, Qualifikationsanforderungen, Standards beim Arbeits-, Umwelt- oder Verbraucherschutz würden auf einfache und billige Weise unterlaufen.

Als Krönung ihres Entwurfs stellt die Kommission die Mitgliedstaaten unter Zwangsverwaltung. Sie müssen nicht nur zahlreiche Anforderungen beseitigen, sondern dürfen neue Vorschriften nur noch mit Zustimmung der Eurokraten erlassen. Die Wirtschaftsverbände sind begeistert. Der

Deutsche Industrie- und Handelskammertag will den „Markt der Dienstleistungen entfesseln“. Dazu solle in Europa „grundsätzlich das Herkunftslandprinzip Anwendung finden“. Der Bundesverband der deutschen Industrie sekundiert. Nun werde Klarheit geschaffen, „welche öffentlich-rechtlichen Regeln für den Dienstleistungssektor gelten sollen“. Und die US-amerikanische Handelskammer lobt den Entwurf in den höchsten Tönen. Er enthalte „eine breite Palette exzellenter Maßnahmen“. Die Europäer sollten ihn rasch annehmen und „nicht durch nationale Ausnahmen verwässern“.

Öffentliche Aufgaben unter Beschuss

Das Lob der Industrie ist gerechtfertigt, denn tatsächlich unternimmt Bolkesteins Putztruppe einen radikalen Angriff auf die sozialen Regulierungen in der EU. Der Geltungsbereich der Richtlinie erstreckt sich auf sämtliche Dienstleistungen, die als „wirtschaftliche Tätigkeiten“ betrachtet werden. Wesentliches Kriterium: Sie werden „gegen Entgelt erbracht“. Da mittlerweile für zahlreiche öffentliche Aufgaben Entgelte erhoben werden, betrifft der Gesetzentwurf nicht nur alle kommerziellen Dienste, sondern auch weite Bereiche des öffentlichen und Non-Profit-Sektors: öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Verkehrsunternehmen, Ver- und Entsorger, Kindergärten, Volkshochschulen, Universitäten, Krankenhäuser und Sozialkassen. Gleiches gilt für die im öffentlichen Auftrag tätigen Institutionen, von den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege bis zum Technischen Überwachungsverein. Daneben schafft der Entwurf Fakten in umstrittenen Bereichen, wo erste Deregulierungsversuche zurückgeschlagen wurden. Dies gilt beispielsweise für den Öffentlichen Personenverkehr, in dem die Kommission eine Ausschreibungspflicht bei der Auftragsvergabe durchsetzen will. Auch könnte die Liberalisierung der Hafendienste durch Bolkesteins Hintertür wieder auf die Tagesordnung kommen. Der konzertierte Widerstand von HafearbeiterInnen sorgte dafür, dass das sogenannte „Port Package“ im November vergangenen Jahres im Europäischen Parlament durchrasselte. Schließlich geriete auch die Wasserversorgung unter Beschuss. Für sie sieht die Richtlinie lediglich eine Ausnahme vom Herkunftslandprinzip vor, nimmt sie jedoch nicht vom gesamten Anwendungsbereich aus.

Mit „peer pressure“ Auflagen schleifen

Sämtliche Vorschriften im Dienstleistungssektor müssen die Mitgliedstaaten einer rigiden gegenseitigen Überprüfung unterwerfen und gegebenenfalls beseitigen. Ins Visier geraten Anforderungen an die Rechtsform, die Kapitalausstattung, Qualifikationen, festgesetzte Mindestpreise oder Zulassungsgrenzen. Letztere verhindern durch gesteuerte Zulassung zahlreicher Gewerbe vom Taxiunternehmen bis zur Arztpraxis einen ruinösen Verdrängungswettbewerb. Im Gesundheitswesen sind derlei Maßnahmen unverzichtbar, um die Kostenentwicklung zu kontrollieren. Durch das Schleifen festgesetzter Mindestpreise geraten nicht nur Honorarordnungen unter Druck, sondern auch Dumpingverbote. Nach dem Willen der Kommission dürfen transnationale Konzerne künftig mit aggressiven Dumpingangeboten neue Märkte erobern.

Auflagen, nach denen für bestimmte Tätigkeiten „juristische Personen“, also Unternehmen, zu gründen sind, sollen ebenfalls verschwinden. Damit reagiert die Richtlinie auf den Trend, Beschäftigte und Erwerbslose in kaum überlebensfähige Mini-Selbständigkeiten zu drängen. Die mit den „Ich-AGs“ der Hartz-Gesetze betriebene Legalisierung prekärer „Scheinselbständigkeiten“ findet mit der Richtlinie ihre binnenmarktliche Fortsetzung. Vergünstigungen für Gesellschaften „ohne Erwerbszweck“ kommen ebenfalls auf den Prüfstand. Das betreffe die Gemeinnützigkeitsprivilegien freier Träger sozialer Dienste. In der Bundesrepublik können Wohlfahrtseinrichtungen exklusiv Subventionen erhalten, sie sind von Ertragssteuern befreit und Spenden sind abzugsfähig. Diese Privilegien diskriminieren aber kommerzieller Anbieter, die Klagen auf Gleichbehandlung gegebenenfalls auf die Dienstleistungsrichtlinie stützen könnten.

Wettbewerb der Rechtssysteme

Mit dem Herkunftslandprinzip kommt eine neue Qualität der Deregulierung ins Spiel. Die EU-Staaten haben dafür Sorge zu tragen, „dass Dienstleistungserbringer lediglich den Bestimmungen ihres Herkunftsmitgliedstaates unterfallen“. Eine Kontrolle durch Behörden des Ziellands soll gänzlich unterbleiben. Nur, welches Interesse sollte ein Staat haben, die Auslandsgeschäfte der bei ihm beheimateten Unternehmen zu kontrollieren? Warum sollte er ihnen Geschäftsmöglichkeiten verbauen, die sich positiv in seiner Außenwirtschaftsbilanz niederschlagen? Auf die naheliegendsten Einwände liefert die Richtlinie keinerlei Antworten. Stattdessen begnügt sie sich mit blumigen Maßnahmen der Verwaltungszusammenarbeit. Die Standards des Ziellands bestünden praktisch nur noch für inländische Unternehmen, nicht mehr für all jene, die ihren Sitz in anderen EU-Staaten haben oder dorthin verlagern, um strengere Auflagen zu umgehen. Im Effekt gäbe es im jeweiligen Mitgliedstaat kein einheitliches Recht mehr. Das

Recht wäre von Betrieb zu Betrieb je nach Herkunft des Dienstleisters verschieden. Damit treten die nationalen Rechtssysteme innerhalb eines jeden Mitgliedstaats direkt miteinander in Konkurrenz. In der Konsequenz werden inländische Betriebe, die sich strengeren Auflagen ausgesetzt sehen, die rechtliche Gleichstellung mit der ausländischen Konkurrenz einklagen. Auf diese Weise stimuliert das Herkunftslandprinzip einen unerbittlichen Abwärtswettkampf bei Standards und Normen.

Die Richtlinie stoppen!

Die Bolkestein-Richtlinie setzt eine unkontrollierbare Deregulierungslogik in Gang. Vorschriften, die sich nicht durch gegenseitige Evaluierung schleifen lassen, würden durch Briefkasten-Firmen unterlaufen. Die jeweils niedrigsten Standards verwandelten sich zur EU-weiten Norm. Kaum ein Sektor bliebe verschont. Der Verdrängungswettbewerb hielte fast überall Einzug. Die öffentlichen Aufgaben gerieten unter verschärften Privatisierungsdruck. Noch ist der Entwurf allerdings nicht durch. Nach den Plänen der Kommission sollen das Europäische Parlament und der Rat im kommenden Jahr zustimmen. Langsam rührt sich aber Protest. Belgische Gewerkschaften gingen bereits auf die Straße. Auch in anderen Ländern wächst die Entrüstung. Wichtigste Maßnahme, um Bolkesteins Pläne zu durchkreuzen, ist die Herstellung von Transparenz. Die Verhandlungen gehören ans Licht der Öffentlichkeit. Dann bestünde eine gute Chance, dass die Richtlinie das gleiche Schicksal erleidet wie das einst gescheiterte MAI.

Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21) / Attac AG Welthandel und WTO

Eine ausführliche Analyse der Bolkestein-Richtlinie gibt es im Internet unter: www.blue21.de

Gegen den Trend, Wissen immer weiter zu privatisieren

Softwarepatente, TRIPS, Filesharing, LAN-Parties - wie gehen wir mit Wissen um?

Von Oliver Moldenhauer

Mit dem Übergang zur Wissensgesellschaft gelten Informationen und Wissen inzwischen weltweit als wichtigstes Kapital. Leider geht damit der Trend einher, Wissen immer weiter zu privatisieren und seine freie Nutzung einzuschränken.

Die Industrieländer versuchen ihren Vorsprung zu halten, indem sie auf die Durchsetzung ihres "geistigen Eigentums" in den Ländern des Südens pochen. Das entsprechende WTO-Abkommen mit dem Namen TRIPS umfasst alle geistigen Kontrollrechte, unter anderem auf Saatgut, Software und Medikamente. Attac kämpft dafür, dass bei der Verteilung des Wissens nicht noch mehr Ungleichheit und Ungerechtigkeit erzeugt wird als ohnehin schon vorhanden.

Hier zu Lande wird die politische Auseinandersetzung um die Monopolisierung von Wissen derzeit insbesondere anhand von Softwarepatenten, Nachbaugebühren für Pflanzensorten und

bei der Kriminalisierung von Tauschbörsennutzern geführt.

Kriminalisierung der Tauschbörsianer?

Seit Anfang des Jahres verklagt die Musikindustrie nun auch in Deutschland Menschen, die privat und nichtkommerziell die Internet-Tauschbörsen nutzen. Damit beginnen die Konsequenzen des neuen Urheberrechts klar zu werden: Hunderttausende, oft jugendliche Filesharer werden kriminalisiert. Das jetzige Vorgehen ist allerdings erst der Anfang: Mit der vor drei Monaten beschlossenen neuen EU-Richtlinie zum "Copyright-Enforcement" sind die Internet-Provider verpflichtet, nicht nur der Polizei, sondern auch der Musikindustrie mitzuteilen, wer was aus dem Internet herunterlädt. Die Tauscher von Musik und Filmen werden sich davon aber zu einem großen Teil nicht abschrecken lassen, sondern ausweichen. Eine Möglichkeit sind die im Entstehen

begriffenen verschlüsselten Tauschbörsen. Selbst wenn sich diese als nicht praktisch und sicher genug

erweisen würden, bleiben immer noch die Orte, wo jetzt schon der größte Teil des Filesharings passiert: Schulhöfe und LAN-Partys ebenso wie Arbeitsplatz oder einfach der Besuch bei Freunden, wo man seinen Laptop mitbringt, wobei Letzteres im Übrigen oft völlig legal ist. Letztendlich gleicht heute der Versuch, das Kopieren von digitaler Musik und digitalen Filmen zu verhindern, dem Versuch der DDR, das Westfernsehen zu unterbinden:

Persönliche Freiheitsrechte werden auf unververtretbare Weise eingeschränkt - das eigentliche Ziel wird jedoch verfehlt.

Schöne neue DRM-Welt

Die Antwort der Industrie auf das Problem sinkender CDVerkaufszahlen lautet: mehr Überwachung. Durch Verschärfung von Gesetzen, durch mehr Staatsanwälte, Polizei

und Hausdurchsuchungen und vor allem dadurch, mehr Kontrolle über unsere Rechner zu erlangen. Mit Hilfe von "Digital Rights Management" (eigentlich besser: Digital Restrictions Management) sollen freie Musikformate wie MP3 der Vergangenheit angehören. Für jede Datei wird festgelegt, von wem sie wie oft wofür genutzt werden kann. Das ist auf heutigen Rechnern natürlich immer umgehbar, spätestens mit selbst geschriebenen Programmen unter Linux. Um das zu unterbinden, muss den

Usern die Kontrolle über ihre Rechner entzogen werden. Genau das wird derzeit unter dem Schlagwort "Trusted Computing" in Industriestandards gegossen.

Diese schöne neue Traumwelt der Industrie treibt nicht nur Datenschützern und Verbraucheraktivisten den Angstschweiß auf die Stirn, sie stellt auch eine zentrale Bedrohung für Linux und freie Software dar, die prinzipiell inkompatibel zu Computersystemen ist, über die User keine Kontrolle erlangen sollen, so dass neue Filme und Musik unter Linux nicht mehr abspielbar wären. Konsequenz zu Ende gedacht, kann es sogar Probleme für die freie Meinungsäußerung geben: Macht sich schon verdächtig, wer ein Indymedia-Video oder freie Musik herunterlädt, die natürlich nicht mit den Zertifikaten der Industrie versehen sind? Soll so ausgerechnet die Musik, die Kunstform von Millionen von Amateuren, die Rockmusik der Rebellen, der Vorreiter bei der Beschneidung der Informationsfreiheit werden?

Ein neues Phänomen?

Schwierigkeiten der Musik- und Filmindustrie mit neuen Technologien sind überhaupt nichts Neues. Bereits die Einführung der Schallplatte, des Radios, des Kassettenrekorders und des Videorekorders brachten Probleme, denen die Musikindustrie durch Überwachung und Einschränkung begegnen wollte. So musste in den sechziger Jahren das Bundesverfassungsgericht das Vorhaben stoppen, jeden Kassettenrekorder und jedes Spulengerät bei der Gema registrieren zu lassen. Und in den achtziger Jahren wurde in den USA Sony (letztlich erfolglos) verklagt, weil sie mit ihren Videorekordern "Raubkopiermaschinen" hergestellt haben.

Als gutes Modell für die Lösung der Probleme mit den Tauschbörsen bietet sich das Modell "Radio" an. Das "Raubkopieren" sprich Aufnahmen von Musik, die im Radio gesendet wird privaten Zwecken, ist nämlich völlig legal. Ebenso dürfen die Radiostationen Musik über den Äther schicken, ohne dafür mit jedem einzelnen Rechteinhaber eine Abmachung treffen zu müssen. Dennoch geht die Musikindustrie daran nicht kaputt, was zum großen Teil daran liegt, dass die Urheberrechte ja nicht

aufgehoben werden. Stattdessen erhalten die Rechteinhaber Geld aus dem Topf der Gema.

Die Alternative: Legales Musiktuschen

Übertragen auf den Online-Bereich hieße das, dass das nichtkommerzielle Tauschen von Musik und Filmen legalisiert wird und dafür eine Gebühr zur Entschädigung der Rechteinhaber erhoben wird - die Kultur-Flatrate beziehungsweise Musik-Flatrate. Erhoben werden könnte diese Gebühr auf Computer und vor allem auf Internet-Zugänge, differenziert nach deren Schnelligkeit. Schätzungen aus der Wissenschaft ergeben, dass rund fünf Euro im Monat Gebühr für eine DSL-Flatrate ausreichen würden, um die Musiker, Plattenlabels und Studios für ihre Verluste durch das Herunterladen zu entschädigen - wirklich nicht besonders viel für den freien Zugang zum größten Musikarchiv der Welt. Die spannende Frage ist natürlich, wie dieses Geld verteilt werden sollte. Hier sind viele Modelle denkbar. Am sympathischsten erscheint mir die Variante, das Geld einfach danach zu verteilen, welche Lieder wie oft heruntergeladen und gehört werden. Denkbar ist aber auch eine Förderung bestimmter Musik- oder Filmformen, wie das zum Beispiel die Gema mit der EMusik macht.

Auf alle Fälle aber gibt es einen wesentlichen Vorteil gegenüber der zu Recht unbeliebten und intransparent erscheinenden Gema: Mit digitaler Technik lässt sich relativ leicht anonym feststellen, welche Musik wie oft heruntergeladen und gehört wird, so dass eine neue "Verwertungsgesellschaft Online" nicht wie die Gema auf ungenaue und oft ungerechte Schätzungen angewiesen wäre. Das Modell der Flatrate wird seit einigen Jahren in der Wissenschaft lebhaft diskutiert, etwa von Volker Grassmuck von der Humboldt-Universität Berlin oder William Fisher aus Harvard, die zusammen mit zahlreichen anderen Vertretern von Wissenschaft und Zivilgesellschaft Anfang Juni die Berlin Declaration verfasst und unterstützt haben, mit der die EU-Kommission aufgefordert wird, beim aktuellen Richtlinienprozess die Idee der Flatrate zu berücksichtigen.

Vorteile der Kultur-Flatrate

Auf der Hand liegt der Vorteil, dass mit der Flatrate jeder legal auf ein riesiges Musik- und Filmangebot zugreifen kann. Ein zentraler Vorteil ist auch, dass nicht weiter Hunderttausende User kriminalisiert werden, mit all den Kosten, die das für die Opfer der Klagewelle hat und für Polizei und Gerichte, die durch eine Flut von Verfahren blockiert würden. Ebenfalls profitieren werden die Freiheit im Internet und die freie Software, die sonst durch

Digital Restrictions Management und "Trusted Computing" massiv eingeschränkt würde. Zu den Gewinnern zählten aber auch die kleinen Bands, die nun auch ohne Plattenlabel ihre Musik verbreiten könnten und dafür vergütet werden würden. Diese Dezentralisierung kann für die Künstler nur gut sein, die aus dem Würgegriff der großen Plattenkonzerne befreit würden.

Droht mehr Bürokratie?

Natürlich gibt es auch Nachteile. Einer ist, dass jeder Internet-Nutzer die Flatrate zahlen müsste, unabhängig davon, ob er Musik herunterlädt oder nicht. Das stimmt. Doch ist dieses Modell der pauschalen Abrechnung nichts Neues. Auch Gemeinden kassieren Straßenreinigungsgebühren, Krankenkassen Versicherungsbeiträge und die Gema Leerkassettenabgaben unabhängig davon, ob wirklich eine Leistung in Anspruch genommen wird. Eine Einzelabrechnung ist in all diesen Fällen wie bei der Kultur-Flatrate eben nicht praktikabel.

Ein zweiter Nachteil ist, dass eine neue Verwertungsgesellschaft aufgebaut werden müsste, die natürlich auch Kosten und Bürokratie verursachen würde. Allerdings dürften diese deutlich unter denen liegen, die ansonsten für Strafverfolgung, Kopierschutz und Gerichtskosten ausgegeben werden würden. Die eigentlichen "Nachteile", die eine Einführung der Flatrate behindern, liegen woanders: Verlieren würden nämlich die Plattenfirmen, die bisher wesentlich mehr Kontrolle über den Markt haben. Ebenfalls verlieren würden die Hersteller von DRM-Technologie und Online-Shops. Diese mächtige Lobby blockiert mit ihrer beispiellosen Verleumdungs- und Angstkampagne bisher den innovativen Vorschlag der Flatrate. Aber selbst in der Musikindustrie gibt es die ersten, die einsehen, dass auf die Dauer Geschäfte nicht gegen die Kunden und gegen die Musik gemacht werden können.

Die Kampagne

Hinter der Idee einer Kultur-Flatrate stecken neben Attac auch die Initiative Privatkopie, das Netzwerk Neue Medien, der Chaos Computer Club und die Stiftung Bridge, die in den nächsten Wochen eine Kampagne zu diesem Thema starten werden. Letztlich geht es hierbei nicht "nur" um Musik, sondern darum, wie wir mit Wissen umgehen: Wissen, Kultur und Kunst sollen geteilt und verbreitet werden, und nicht hinter hohen digitalen Mauern verschlossen bleiben, die sich nur gegen Geld öffnen. Dieses offene Verständnis der Wissensgesellschaft ist das, was wir propagieren. Und wozu passt das besser als zur Musik?

Pierre Khalfa

Europäische Vorbereitungsversammlung für das ESF Bericht von der Arbeitsgruppe über die Versammlung der sozialen Bewegungen

Die Versammlung der sozialen Bewegungen ist Teil des Prozesses des Europäischen Sozialforums. Sie wird in London am Sonntagvormittag, dem 17. Oktober, stattfinden. Auf der Vorbereitungsversammlung für das ESF in Brüssel, am 4. und 5. September, hat sich eine Arbeitsgruppe zusammengesetzt, um die Versammlung der sozialen Bewegungen vorzubereiten.

Nach zwei Ausgaben des ESF können wir anfangen eine **Bilanz** zu ziehen von dem was wir mit der Versammlung der sozialen Bewegungen aufbauen wollten. Das ESF hat seine Rolle erfüllt, ein **Raum für Debatten** und Auseinandersetzungen zwischen den Kräften zu sein, die sich dem Neoliberalismus widersetzen. Es beginnt auch, die **Erarbeitung von Alternativen** zu ermöglichen. **Aber die dritte Funktion, die die Charta von Porto Alegre den Sozialforen zuschreibt, nämlich die, eine Stütze für den Aufbau von sozialen und bürgerschaftlichen Mobilisierungen zu sein, wurde nur sehr mangelhaft umgesetzt.** Die Versammlung der sozialen Bewegungen in Florenz hat erlaubt, die große weltweite Demonstration gegen den Krieg am 15. Februar 2003 zu lancieren; die in Paris/St. Denis hat ermöglicht, eine Agenda von Aktionen zusammen zu tragen. Aber wir waren bisher nicht in der Lage, einen Mobilisierungsprozess gegen das europäische neoliberale Modell anzustoßen, uns der wirtschaftlichen und sozialen Fragen anzunehmen oder gar ein Kräfteverhältnis aufzubauen, das uns erlauben würde, in der europäischen Politik Gewicht zu haben. In diesen Fragen müssen wir einen qualitativen Schritt vorwärts kommen.

In der Debatte wurden zwei Sorten von Vorschlägen gemacht.

Die erste betrifft die Einrichtung von **drei Arbeitsgruppen: zum Krieg, zur EU-Verfassung, zu den wirtschaftlichen und sozialen Fragen.** Die Arbeitsgruppe zum Krieg soll nicht nur über Aktionstage, sondern vor allem auch darüber diskutieren, welche Antworten die Bewegung geben kann. Die Arbeitsgruppe zur Verfassung soll sich darum bemühen, eine gemeinsame Stellungnahme zu formulieren, trotz der unterschiedlichen Auffassung, die es über diese Frage gibt. Die Erklärung der Versammlung der sozialen Bewegungen in Paris/St. Denis hatte formuliert: „Der Verfassungsentwurf entspricht nicht unseren Vorstellungen.“ Wir müssen sehen, ob wir jetzt weiter gehen können. Die Arbeitsgruppe zu den wirtschaftlichen und sozialen Fragen soll Alternativen zur neoliberalen Politik in Europa erarbeiten. Diese Arbeitsgruppen sollen so schnell wie möglich eingerichtet werden, spätestens und in jedem Fall auf dem ESF in London.

Die zweite Sorte von Vorschlägen betraf die **Mobilisierungsvorschläge für das Jahr 2005.** Folgende Daten wurden herausgestellt:

- * **2. Oktober 2004:** Großdemonstrationen in den Niederlanden, aufgerufen von den Gewerkschaften und vom Bündnis Ker het Tij; in Deutschland wird für denselben Tag eine bundesweite Demonstration geplant;
- * **Ende Oktober:** Anlässlich der feierlichen Unterzeichnung des Verfassungsvertrags durch die Staats- und Regierungschefs wird es eine große Mobilisierung in Rom geben; Initiativen in anderen Ländern können ins Auge gefasst werden;
- * **9. November:** Internationaler Aktionstag gegen den Mauerbau in Palästina;
- * **10. Dezember:** Internationaler Aktionstag zu Palästina;
- * **Februar 2005:** Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Nizza;

* **Juli 2005:** Großmobilisierung gegen den G8-Gipfel in Schottland gegen Krieg und Neoliberalismus; Folgemobilisierung von Genua 2001 und Genf/Annemasse 2003.

Darüber hinaus gab es Übereinstimmung über die Notwendigkeit, eine **gemeinsame Initiative der Bewegungen gegen das europäische neoliberale Modell zu ergreifen** – für ein soziales und demokratisches Europa, das seinen Bewohnerinnen und Bewohnern mehr Rechte gibt. Eine solche Initiative könnte mit dem EGB diskutiert werden, dessen Generalsekretär John Monks in seiner Begrüßungsrede an die Teilnehmenden der Vorbereitungsversammlung für das ESF in Brüssel gesagt hat: „Wir müssen uns einander annähern und sehen, was wir gemeinsam machen können.“ Diese Erklärung sollten wir ernst nehmen und sie in die Praxis übersetzen.

Eine gemeinsame Initiative könnte anlässlich des EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs im März in Brüssel stattfinden. Dieser Gipfel ist besonders deshalb bedeutend, weil er zur Halbzeit der „Agenda von Lissabon“ stattfindet, die ja bis 2010 die EU zur „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Region der Welt“ machen will. Er wird über die großen wirtschaftspolitischen Orientierungen diskutieren. Er ist also der geeignete Moment für eine starke soziale und bürgerschaftliche Mobilisierung. Ein erster Entwurf für einen entsprechenden Aufruf der Versammlung der sozialen Bewegungen in London, der diese Punkte aufgreift, wird in den nächsten Tagen versandt werden, damit er in den verschiedenen Organisationen noch vor London diskutiert werden kann.

i.A. Pierre Khalfa, Paris 8.9.2004

Die offizielle Seite des Europäischen Sozialforums, 15-17. Oktober in London:
<http://www.fse-esf.org/de/>

Ergebnisse und Debatten zum europäischen Sozialforum 2003 in Paris: Sand im Getriebe Nr. 29

Infos über das Weltsozialforum: <http://weltsozialforum.org/news.wsf.2005.1/>

Infos zu den Aktionen am 2. Oktober:

Niederlande: Die niederländische Regierung will die Altersgrenze auf 65 Jahre heraufsetzen, das Arbeitslosengeld kürzen, den Zugang dazu einschränken, den Mindestlohn senken und die Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche verlängern
<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2oktober04.html>

Deutschland: <http://www.zweiter-oktober.de/>

Sog der Militarisierung

<http://www.german-foreign-policy.com//de/news//article/1094594400.php>

In Österreich regt sich politischer Widerstand gegen die Übernahme eines der größten österreichischen Industriebetriebe. Besondere Brisanz erhält die Expansion des deutschen Siemens-Konzerns vor dem Hintergrund der zunehmenden Militarisierung der Europäischen Union. Bisher untersagt die Verfassung Österreichs die Mitgliedschaft in einem Militärbündnis, wie es innerhalb der EU vom deutsch-französischen Machtkartell forciert wird. Die österreichische Friedensbewegung lehnt die Übernahme des halbstaatlichen Mischkonzerns VA Tech durch die deutsche Atom- und Rüstungsfirma entschieden ab, da mit ihr ein weiterer Bereich der österreichischen Industrieproduktion in den „Sog der im Aufbau befindlichen europäischen Rüstungsindustrie“ geriete.

Die jetzt von einer Übernahme und Aufspaltung durch Siemens bedrohte VA Tech gilt als österreichisches Industrieflaggschiff. Hauptaktionäre sind die staatliche Privatisierungsagentur ÖIAG und der österreichische Industrielle Mirko Kovats. Mit Geschäftsfeldern wie Infrastruktur, Energieerzeugung und Energieübertragung und weltweit gut 17.000 Mitarbeitern erzielt das Unternehmen einen jährlichen Umsatz von fast vier Milliarden Euro, schreibt aber zur Zeit rote Zahlen.

Kooperatives Verhältnis

Der deutsche Siemens-Konzern - das größte europäische Elektro- und Technologieunternehmen - hat jüngst Rückschläge bei seinen Expansionsversuchen hinnehmen müssen. Die Übernahme der Energiesparte und der Bahntechnik des Alstom-Konzern misslang.¹⁾ Gescheitert ist Anfang des Jahres auch der Versuch, gemeinsam mit der österreichischen Andritz-Gruppe bei VA Tech einzusteigen. Nun startet Siemens einen weiteren aggressiven Übernahmeversuch mit neuen Partnern. Die Kaufofferte von Siemens und der Gruppe um den Wiener Industriellen Kovats soll mit ÖIAG und Politik im Vorfeld abgestimmt worden sein und von den Gläubigerbanken der VA Tech unterstützt werden. Der deutsche Konzern kann auf erheblichen Einfluss in Österreich zurückgreifen: Siemens ist dort mit 17.200 Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber, profitiert von zahlreichen

öffentlichen Aufträgen und gilt als wichtiger Steuerzahler. Siemens Österreich-Chef Albert Hochleitner pflegt zu den Regierenden des Landes ein „stets freundschaftliches und kooperatives Verhältnis“.²⁾ Bis Anfang der 1990er Jahre war der Staat mit 25,1 Prozent an Siemens Österreich beteiligt.

Feindliche Übernahme

Der Übernahmeversuch von Siemens hat dennoch politischen Widerstand auf breiter Front ausgelöst. Das Münchner Unternehmen interessiert sich für die VA Tech-Sparten Energieübertragung und Energieinfrastruktur und insbesondere für das Turbinengeschäft des österreichischen Konkurrenten. Sollte Siemens den Zuschlag erhalten, droht die Zerschlagung des VA-Konglomerats und der Verlust tausender Arbeitsplätze. Den Gewerkschaften ist der deutsche Konzern zudem jüngst besonders unangenehm aufgefallen, weil er in Deutschland trotz Rekordarbeitslosigkeit der Belegschaft eine Arbeitszeitverlängerung abpresste. Gewerkschaften und Parteien protestieren deshalb energisch gegen die Siemens-Pläne. Während aber die Regierung und die staatliche ÖIAG sich verhandlungsbereit zeigen, lehnt das VA-Tech-Management die Offerte von Siemens ab und interpretiert sie als „feindlichen Übernahmeversuch“. Die Belegschaft droht mit Streik und demonstriert mit Unterstützung der deutschen Industriewerkschaft Metall (IGM) vor der Konzernzentrale von Siemens in München.

Widerstand gegen Militarisierung

Die österreichische Friedensbewegung will „die Belegschaft in ihrem Kampf gegen diese Übernahme so tatkräftig wie möglich unterstützen“ und weist auf den militärpolitischen Hintergrund hin: „Mit dem Einstieg von Siemens käme ein weiterer Bereich der österreichischen Industrieproduktion in den Sog der im Aufbau befindlichen europäischen Rüstungsindustrie.“ Das österreichische Unternehmen betreibt bisher keine Produktion von Rüstungskomponenten, Siemens dagegen ist massiv im Rüstungsgeschäft vertreten. Seit der Einigung auf eine EU-Verfassung wächst der Druck, die EU-Mitgliedschaft an Kriegsverpflichtungen zu koppeln. Dagegen richtet sich eine Neutralitätskampagne, die

unter dem Motto „Friedensvolksbegehren gegen EU-Militärverfassung“ für eine landesweite Abstimmung zugunsten der österreichischen Verfassungsgebote wirbt. Diese untersagen seit 1955 den territorialen Anschluss an Deutschland und den Beitritt zu Militärbündnissen.³⁾ Der Koordinator des derzeit in Einleitung befindlichen Friedensvolksbegehrens stellt den Übernahmeversuch durch Siemens in diesen Zusammenhang und erklärt: „Die Erhaltung österreichischen Eigentums in zentralen Industriebereichen ist eine Schlüsselfrage - sowohl zur Sicherung von Arbeitsplätzen als auch zur Sicherung der Neutralität. Mit dem Friedensvolksbegehren, das auch von vielen VertreterInnen der Gewerkschaftsbewegung unterstützt wird, leisten wir Widerstand gegen Militarisierung und Ausverkauf an Rüstungs- und Atomkonzernen.“⁴⁾

1) s. auch *Unter Brüdern und „Ignoranz gegenüber deutschen Interessen“*

2) *Österreichische Staatsholding geht auf Siemens zu; Financial Times Deutschland 06.09.2004*

3) s. auch *Europäischer Krieg und Beistand*

4) *Kein Verkauf der VA-Tech an den Rüstungs- und AKW-Produzenten Siemens!; Pressemitteilung der Friedenswerkstatt Linz 06.09.2004*

Quellen:

Feindliche Übernahme in den Alpen; Manager Magazin 02.09.2004

Siemens kreist VA Tech ein; Kurier 02.09.2004

Proteststurm gegen VA Tech-Verkauf; Kurier 02.09.2004

Widerstand gegen Übernahme von VA Tech; Frankfurter Allgemeine Zeitung 06.09.2004

Betriebsrat appelliert an Siemens-Belegschaft; Der Standard 06.09.2004

Österreicher demonstrieren in München gegen Arbeitsplatzverlust. Belegschaft von VA Tech wehrt sich gegen Übernahme durch Siemens; Handelsblatt 07.09.2004

Proteste vor Siemens-Zentrale; Kurier 07.09.2004

Siemens-Betriebsrat verteidigt mögliche Übernahme; Der Standard 07.09.2004

SOLIDARITÄTSADRESSE VON ATTAC ZUM VENEZOLANISCHEN REVOLUTIONSPROZESS

Chavez ist inzwischen durch das Referendum ist seinem Amt bestätigt worden, der Appell von Attac ist leider aktueller denn je

Quito, 30 Juli 2004

Im Rahmen des ersten Sozialforums der Amerikas erklären die Vertreter von ATTAC - Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, Chile, Ekuador, Frankreich, Holland, Italien, Quebec und Venezuela, sowie die Organisation Frankreich Lateinamerika (FAL) ihre Unterstützung und Solidarität zum demokratischen Revolutionsprozeß der Bolivarischen Republik Venezuela und zur Regierung des Präsidenten Hugo Chávez Frías anlässlich des Referendums am kommenden 15 August.

Es soll hervorgehoben werden, dass bei dem Referendum am 15 August nicht nur das Schicksal Venezuelas, wie das von ganz Lateinamerika auf dem Spiel steht. Daher verfolgen wir mit großer Sorge die Tatsache, dass parastaatliche Organisationen, wie NED (Nationale Stiftung für Demokratie - National Endowment for Democracy) und andere Beauftragte "die Demokratie zu fördern" indem sie Regierende fördern, die der Regierung der USA genehm sind, auf ihrer Haltung beharren, die Ergebnisse des Referendums nicht anzuerkennen.

Wir erinnern daran, daß die venezolanische Opposition sich, in ihren Versuchen die demokratisch gewählte Regierung von

Hugo Chávez zu stürzen, verfassungswidriger Mittel bedient hat, wie es bei dem Putschversuch des 11. April 2002 und bei dem Streik der Erdölförderung desselben Jahres der Fall war.

Jetzt weist alles darauf hin, dass Präsident Hugo Chávez die massive Unterstützung des venezolanischen Volkes bekommen und daher an der Macht bestätigt werden wird. Das bedeutet, daß der Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela, der bei 7 früheren Wahlen triumphierend wiedergewählt wurde, über ein Wahlverfahren nicht abzusetzen ist.

Es gibt jedoch viele Anzeichen, dass Teile der Opposition bereit sind sich jeden Mittels, selbst das einer Ermordung, zu bedienen, um den Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuelas zu stürzen. Exemplarisch dafür ist die vor kurzem abgegebene Erklärung des Ex-Präsidenten Carlos Andrés Pérez, in seinem Fluchort Miami, gegenüber der Tageszeitung El Nacional, dass "Chávez sterben soll, wie ein Hund". Diese Worte sind eine klare Widerspiegelung des antidemokratischen Geistes der schon immer bei den Gegnern des von Präsident Chávez angeführten revolutionären und demokratischen Prozesses vorhanden war.

In diesem Sinne rufen wir alle sozialen Organisationen und Bewegungen, die dafür kämpfen, dass eine andere Welt möglich werde, dazu auf:

Unterstützt diesen revolutionären Prozeß, der gefährdet ist von den Drohungen der G. W. Bush Regierung und von der reaktionären venezolanischen Opposition, die sich nicht verpflichtet sieht die Ergebnisse der Volksbefragung, wenn diese zu ihren Ungunsten ausfällt, zu akzeptieren.

Denise Mendez	Frankreich
Pablo Davalos	Ekuador
Jorge Carrillo	Ekuador
Henry Chávez	Ekuador
Rubén Díaz	Ekuador
Marco Bersani	Italien
Wiliam Gaviria	Kolumbien
Sergio Moya	Costa Rica
Raphael Hoetmer	Holland
Manuel Hidalgo	Chile
Martin Pascual	Chile
Gabriela Rodríguez	Venezuela
Marie-Josée Vachon	Québec
Antonio Martins	Brasilien
Renata Molina	FAL (Frankreich Lateinamerika)

Übersetzung : Helga Heidrich, coorditrad@attac.org

Aus aller Welt – Kurze Meldungen und Hinweise auf Artikel

Die Macht der Zivilgesellschaft in einer imperialen Zeit, von Arundhati Roy
Democracy Now! / ZNet 24.08.2004
oder: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Globalisierung/roy3.html>

USA:
Der Mythos des »Jewish Vote« in den USA
Die reaktionäre Ausrichtung der proisraelischen Lobbys in den USA und ihr Widerspruch zur Mehrheit der jüdischen US-Amerikaner (von Knut Mellenthin)
<http://www.jungewelt.de/2004/09-16/005.php>

Argentiniens Schulden müssen weg
<http://www.attac.de/argentinien/>

Indonesiens Luxusgut: Wasser:
Privatisierung treibt die Preise und senkt die Qualität, Von Gerhard Klas
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Indonesien/wasser.html>

Sudan
Teilen und Vertreiben: Blut für Öl im Sudan.
Unter der Menschenrechtsfahne wird ein

Stimmungsteppich für westliches Eingreifen ausgebreitet, von Thomas Steinberg (erschieden in Junge Welt vom 16.8.2004)
<http://www.steinbergrecherche.com/sudan.htm>

Irak
Kofi Annan: Der Irakkrieg war illegal
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/annan-bbc.html>

Tschetschenien
<http://www.jungewelt.de/2004/09-10/003.php>

Knut Mellenthin
Ausweglos in Tschetschenien
Moskau zum zweiten Mal in der Afghanistan-Falle

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Tschetschenien/kebir.html>

Tschetschenien: Befreiungskampf oder Terrorismus?
Drei Beiträge, die der Position Russlands gerecht zu werden versuchen
Im Folgenden dokumentieren wir drei Beiträge, die es sich mit der Verurteilung der

russischen Gewaltpolitik gegenüber Tschetschenien nicht so leicht machen. Die Beiträge haben wir der kritischen Wochenzeitung "Freitag" (Berlin) und der österreichischen Wochenzeitung "Die Furche" (Wien) entnommen.

Palästina /Israel
Werner Pirker
Abkehr von Roadmap
<http://www.jungewelt.de/2004/09-16/001.php>

Die Neugeburt der NATO - Von der Verteidigung der Weltordnung
Von Norman Paech
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/science/schlainin g04/paech.html>

Die Europäische Union als politisches Konzept, Von Ernst-Otto Czempiel
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/science/schlainin g04/czempiel.html>